



BAYERISCHE

GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Generationengerechte Gemeinde

Kooperationsveranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern im Konferenzzentrum München

Die Generationengerechte Gemeinde stand im Zentrum einer Fachtagung der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung in Kooperation mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern in München. Über 100 Teilnehmer informierten sich über die unterschiedlichen Aktivitäten der Kommunen, der Wohnungswirtschaft und der Bayerischen Staatsbauverwaltung zum generationengerechten Bauen.

Um die Kommunen bei den Herausforderungen des demographischen Wandels zu unterstützen, hat die Bayerische Staatsregierung laut Innenminister Joachim Herrmann im November 2011 als Teil ihrer Zukunftsinitiative „Aufbruch Bayern“ den Aktionsplan „Demographischer Wandel“ beschlossen. Ressortübergreifend wurden wesentliche Handlungsfelder konkretisiert, in denen insbesondere bei stark zurückgehenden Bevölkerungszahlen und hohem Anteil an älteren Menschen unterstützende Maßnahmen erfolgen sollen.

Das Innenministerium ist hier in mehreren Handlungsfeldern aktiv. Vom Städtebau und der städtebaulichen Erneuerung über Straßen und Plätze bis hin zu den staatlichen Gebäuden und dem Wohnungsbau wird Herrmann zufolge dafür gesorgt, dass die gebaute Umwelt in Stadt und Land allen Menschen zugute kommt. Ein sehr wichtiger Bereich sei dabei die Barrierefreiheit.

Innenentwicklung

Ein weiteres Handlungsfeld ist der Städtebau. Hier sei, so der Innenminister, entscheidend, dass die Stadt- und Ortsmitteln lebendig bleiben. Innenentwicklung habe deshalb Vorrang vor Außenentwicklung. Wenn die Einrichtungen des täglichen Bedarfs – vom Arzt über den Lebensmittelladen bis zum zentralen Busbahnhof – im Ortszentrum vorhanden sind, erspare dies den Bürgern unnötigen Zeitaufwand und lange Wege. Vor allem für die zunehmende Zahl an älteren Bürgern mache ei-

ne „Stadt der kurzen Wege“ ein großes Stück an Lebensqualität aus.

Breite Mischung

Mit dem Programm „Leben findet Innenstadt – Aktive Zentren“ soll die Funktionsfähigkeit der Innenstädte und Ortskerne mit einer breiten Mischung aus Wohnen, Arbeiten und der Nahversorgung gesichert werden. „Dabei

setzen wir auch darauf, dass sich die Bürger, die Geschäftsleute, die Gastwirte und Investoren ebenfalls mit einbringen. Das Programm lebt vom privaten Engagement“, betonte Herrmann.

Modellvorhaben

Das Bund-Länder-Programm „Stadtumbau“ richte sich an Städte und Gemeinden aller Größenordnungen, die vom demographischen und wirtschaftsstrukturellen Wandel betroffen sind. Zusätzlich zu diesen beiden wichtigen Programmen habe Bayern im Jahr 2011 das Modellvorhaben „Ort schafft Mitte“ gestartet. Ziel des Modellvorhabens ist es, Lösungen für den Umgang mit dem strukturellen und demographischen Wandel zu entwickeln und aufzu-

Reform der Landesentwicklung:

Zwei Seiten einer Medaille

Der Ministerrat hat den überarbeiteten Entwurf des neuen Landesentwicklungsprogramms Bayern (LEP) beschlossen. Bei dem im Juni gestarteten Anhörungsverfahren haben rund 2.500 Kommunen, Verbände sowie Bürgerinnen und Bürger Stellung genommen. Schwerpunkte der Äußerungen waren das Zentrale-Orte-System, der sogenannte strukturschwache Raum, die Zulässigkeit von Einzelhandelsgroßprojekten, die Energieversorgung sowie die Vermeidung von Zersiedelung (Anbindungsziel).

Im Rahmen der Reformvorgaben „Deregulierung, Entbürokratisierung und - soweit möglich - Kommunalisierung“ hat der Ministerrat Änderungsvorschläge aus dem Anhörungsverfahren aufgegriffen, ohne die Grundstruktur des LEP-Entwurfs in Frage zu stellen. Unter anderem wurde das Kapitel zur Energieversorgung deutlich überarbeitet. Zum Beispiel wurden Festlegungen zur Energieeinsparung und Energieeffizienzsteigerung sowie

zu allen regenerativen Energien aufgenommen – neben den bisher bereits enthaltenen Energien Windkraft und Fotovoltaik auch Wasserkraft, Biomasse und Tiefengeothermie). Darüber hinaus wurden die sog. Räume mit besonderem Handlungsbedarf in Frage zu stellen. Unter anderem wurde das Kapitel zur Energieversorgung deutlich überarbeitet. Zum Beispiel wurden Festlegungen zur Energieeinsparung und Energieeffizienzsteigerung sowie

zeigen, wie auch Gemeinden mit abnehmenden Einwohnerzahlen weiterhin Lebensqualität bieten können.

Allein in den letzten fünf Jahren hat Bayern laut Herrmann über eine Milliarde Euro in den Wohnungsbau investiert. Heuer stehen für die Wohnraumförderung wie im Vorjahr insgesamt 205 Millionen Euro Haushaltsmittel zur Verfügung. Davon sind 155 Millionen Euro Landesmittel und 50 Millionen Euro Kompensationsmittel des Bundes. „Diese Mittel, die der Bund befristet als Ausgleich für seine früheren Finanzhilfen im Wohnungsbau zahlt, brauchen wir auch künftig. Völlig unakzeptabel wäre für uns daher, wenn diese Kompensationsmittel des Bundes nach 2013 reduziert würden oder gar ganz wegfallen würden.“

Neue Wohnkonzepte

Bayern sorgt auch dafür, dass neue Wohnkonzepte umgesetzt werden, die den Bewohnern Entfaltungsspielräume bieten für geänderte Alters- und Familienstrukturen und die energetisch hohe

(Fortsetzung auf Seite 4)

Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags:

Maßnahmenbündel zur Kinderbetreuung

Bei Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss in Saarbrücken hat der Deutsche Städtetag ein Maßnahmenbündel zur Kinderbetreuung vorgeschlagen. Wie der Verbandspräsident, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, hervorhob, wollen die Städte in den kommenden Monaten den Ausbau der Kinderbetreuung mit ganzer Kraft weiter vorantreiben, um möglichst viele zusätzliche Plätze in Kindertagesstätten und der Tagespflege zu schaffen.

Vor dem Hintergrund, dass der Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder unter drei Jahren nach Lage der Dinge ab dem 1. August 2013 nicht überall voll erfüllt werden kann, sprechen sich die Städte vor allem für eine befristete Lockerung des Vergaberechts für den Bau von Kitas und eine Offensive aus, um kurzfristig mehr Fachkräfte zu gewinnen. Bund und Länder als Urheber des Rechtsanspruchs werden aufgefordert, weitere Lösungen für eine Übergangszeit bis zur vollen Deckung des Betreuungsbedarfs zu suchen. Vor kurzem hatte das Statistische Bundesamt die Zahl der bundesweit noch fehlenden Betreuungsplätze auf 220.000 beziffert.

chergestellt werden – weil dort der Bedarf so hoch ist, weil Finanzmittel in den vergangenen Jahren vor allem von den Ländern nicht rasch genug flossen, weil zu wenig Fachkräfte ausgebildet wurden und weil vor Ort inzwischen Grundstücke für Kita-Neubauten fehlen. „Die Städte werden den Ausbau weiterhin intensiv fortsetzen. Sie haben konkrete Vorschläge und Forderungen, um den Ausbau in nächster Zeit zu erleichtern. Sie erwarten aber auch, dass Bund und Länder gemeinsam mit den Kommunen Lösungen für eine Übergangszeit suchen, bis der volle Bedarf gedeckt werden kann“, so Ude.

Ausgabenerhöhung

Die öffentlichen Ausgaben für die Kinderbetreuung haben sich in den vergangenen Jahren um mehrere Milliarden Euro erhöht. (Fortsetzung auf Seite 4)

Riesige Fortschritte

Laut Präsident Ude haben die Kommunen in den vergangenen Jahren riesige Fortschritte beim Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren erreicht. Seit 2006 hat sich die Zahl der betreuten Kinder in Kindertagesstätten und der Tagespflege fast verdoppelt und ist um mehr als 270.000 gestiegen. Tatsache sei aber auch, dass mit der von Bund und Ländern zugrunde gelegten durchschnittlichen Versorgungsquote von 35 Prozent der unter Dreijährigen der Rechtsanspruch gar nicht überall erfüllt werden kann – auch nicht mit den inzwischen angenommenen 39 Prozent. Vor allem in einer Reihe von großen Städten suchen viel mehr Eltern Betreuung für ihre Kinder, der Bedarf liegt hier häufig zwischen 40 und 50 Prozent, zum Teil sogar über 60 Prozent. Darauf weise der Deutsche Städtetag seit langem beharrlich hin.

Inzwischen stehe fest: Der Rechtsanspruch könne trotz immenser Fortschritte und weiter bevorstehender Anstrengungen in einem Teil der Großstädte objektiv nicht in vollem Umfang si-

Neues von *Sabrina*

Droht in Deutschland wirklich eine Kultur der Genügsamkeit? Manchmal scheint es der Vorzimmerperle zwischen all den Bürgerbeschwerden und Protesten gegen neue Infrastrukturprojekte fast so, als würden wichtige Weichenstellungen für die Zukunft permanent nur noch verhindert. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Landtag ändert Kindergartengesetz	2
Heilbädertag: Megatrend Gesundheit	3
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Energiepolitische Kompetenzen bündeln	3
Kabinett beschließt Bayerisches Regionalsiegel	4
GZ-Fachthemen:	
Wasser · Abwasser	5-7
Kommunales Verkehrswesen	8/10/12
Kommunalfahrzeuge · Dienstfahrzeuge	9-11
Strahlenbeleuchtung	10
Umweltschutz · Abfall	12-13
Aus den bayerischen Kommunen	14-16



Spektakuläre Aussichten bietet dieser Tage die „Waldwipfelweihnacht“ bei St. Englmar im Bayerischen Wald: An allen vier Adventswochenenden können Besucher auf dem 1,5 Kilometer langen Waldwipfelweg einen festlichen Lichterglanz in bis zu 30 Metern Höhe auf dem „grünen Dach Europas“ genießen. Bild: obx

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Landtag ändert Kindergartengesetz

Koalition beschließt „kraftvolle Investitionen“ Opposition: BayKiBiG „nicht zukunftsfähig“

Den finanziellen Sorgen aller Kindergarten-Träger von den Kommunen bis zu Wohlfahrtsverbänden und Kirchen soll eine Neufassung des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes (BayKiBiG) Rechnung tragen, die vom Landtag mit Koalitionsmehrheit nach kontroverser Beratung in Kraft gesetzt wurde. Kernpunkte sind die schrittweise Kostenfreiheit des dritten Kindergartenjahres, die Verbesserung des Anstellungsschlüssels für Fachpersonal und der Abbau von Bürokratie.

Das Allermeiste der Forderungen von KiTa-Trägern und von 80 Landtags-Eingaben werde erfüllt, betonte Sozial- und Familienministerin Christine Hadert-hauer (CSU), als sie in hitziger Diskussion zur abschließenden Lesung des im Fachausschuss noch leicht verbesserten Regierungsentwurfs Stellung bezog. Der Freistaat verwende jedes Jahr „zusätzlich kraftvolle Investitionen“ in die Qualität der Kinderbetreuung und die Entlastung der Eltern“. Dass noch mehr Geld gefordert werde, sei verständlich. Bayern tue, was möglich sei. Mit 44,3 Prozent Staatsgeldern liege man im Spitzenfeld aller Bundesländer. Innerhalb fünf Jahren seien die Finanzhilfen um fünf Prozentpunkte erhöht worden.

125 Millionen Euro für kostenloses drittes Jahr

Das Budget für die über 8.000 Kindergärten werde heuer und nächstes Jahr um 165 Millionen Euro steigen, davon allein 125 Millionen Euro für das kostenlose dritte Jahr. Für Qualitätsverbesserung verblieben 60 Millionen Euro. Der Anstellungsschlüssel werde von 1:11,5 auf 1:11,0 gesenkt. Die von den Kindergarten-trägern geforderten 1:10 würden inzwischen schon vielfach erreicht. Dafür soll ein zusätzlicher Qualitätsbonus gewährt werden. Insgesamt habe der Freistaat seine Zuschüsse an die Kommunen seit 2005 auf nunmehr rund 1,1 Milliarden Euro verdoppelt, was auch durch die Erhöhung der Tarifgehälter bedingt sei.

Die Opposition blieb dabei, die

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Landrat Simon Wittmann
92657 Neustadt a.d. Waldnaab
am 14.12.

Landrat Josef Eppeneder
84936 Landshut
am 16.12.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Christl
93477 Gleissenberg
am 12.12.

Bürgermeister Edgar Ilg
89350 Dürrlauringen
am 13.12.

Bürgermeister
Reiner Rosenberger
63826 Krombach
am 13.12.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Keller
87663 Lengenwang
am 12.12.

Bürgermeister
Willhelm Kieslinger
91598 Colmburg
am 18.12.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Joachim Neuß
91275 Auerbach i.d. OPf.
am 13.12.

Bürgermeister Werner Burger
95356 Grafengehaig
am 14.12.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Verbesserungen seien unzulänglich. SPD, Freie Wähler und Grüne verwiesen auf die im Eiltempo durchgeführte Sachverständigenanhörung, darunter die kommunalen Spitzenverbände. Auch die Petitionen seien im Sozialausschuss unzureichend erörtert worden. Die Ministerin hatte berichtet, sie habe mit den Trägerorganisationen und den Kommunen ausführliche, sachliche Gespräche geführt. Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) akzeptierte das nicht. Das Echo der Kindergarten-träger sei „unisono negativ“. Claudia Jung (FW) warf der Ministerin und den Koalitionsfraktionen „grenzenlose Arroganz und Ignoranz“ vor. Der Wille habe gefehlt, den Regierungsentwurf „ernsthaft zu verändern“. Renate Ackermann (Grüne) bewertete die Geschichte

Bayerischer Gemeindetag:

Für praktikable Regelungen

Konsequent wollen die Gemeinden und Städte in Bayern Alkoholexzesse auf öffentlichen Plätzen, Straßen und Wegen sowie öffentlichen Grünanlagen unterbinden. Wie Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl mitteilte, habe der Bayerische Gemeindetag die Staatsregierung bereits vor Jahren aufgefordert, den Kommunen entsprechende gesetzliche Ermächtigungen zu geben. Daher begrüße er es nachdrücklich, dass der Ministerrat diesem Wunsch entsprochen hat und eine gesetzliche Regelung auf den Weg bringen will, so Brandl.

Leben und leben lassen solle auch weiterhin in Bayern gelten. Fröhliches Beisammensein in geselliger Runde zeichne die bayerische Lebensart aus. Dazu brauche es aber nicht Alkohol in großen Mengen. „Und schon gar nicht in öffentlichen Grünanlagen oder Spielplätzen, wo sich leider seit einigen Jahren vermehrt Jugendliche und junge Erwachsene aufhalten, um dem Genuss hochprozentiger Getränke zu frönen“, betonte der Präsident. Da sich die bisherigen gesetzlichen Regelungen auf dem Gebiet des Straßen- und Wege-rechts sowie des gemeindlichen Satzungsrechts als zu schwach

des vor sieben Jahren in Kraft gesetzten BayKiBiG - nachdem ein Grünen-Entwurf abgelehnt worden sei - als Trauerspiel. Dieses Gesetz sei „nicht zukunftsfähig“, sondern „ein Rohrkrepiere“.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Alexander König (CSU) konterte, die Opposition veranstalte ein „drittklassiges Schauspiel. Es habe sorgfältige Ausschussberatungen gegeben und es bleibe möglich, noch weitere Gesetzesänderungen einzubringen. Annette Bulfon (FDP) befand, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf werde gesteigert. Eine Vertagung der Zweiten Lesung und letzte Änderungsanträge der Opposition wurden abgelehnt. In Namentlicher Abstimmung wurde das geänderte BayKiBiG mit 89 gegen 61 Stimmen angenommen. Es tritt zum Teil bereits sofort und insgesamt ab Januar 2013 in Kraft.

Eine Stimmenthaltung gab es. Sie kam von der FDP-Abgeordneten Brigitte Meyer. In einer Erklärung im Plenum würdigte sie zwar einige Verbesserungen, insgesamt seien die Gesetzesänderungen jedoch eine „falsche Weichenstellung“. Meyer hatte deswegen schon ihr Amt als Vorsitzende des Sozialausschusses bei der Gesetzesberatung nicht ausgeübt. **rm**

Schnelles Internet kommt voran

Brüssel genehmigt das bayerische Förderprogramm bis 2017

Rechtzeitig vor Verabschiedung des Doppelhaushalts 2013/14 im Landtag hat die EU-Kommission in Brüssel das von Wirtschaft und Kommunen dringend erwartete bayerische Milliarden-Förderprogramm für den Breitbandausbau bis 2017 genehmigt. In den kommenden zwei Jahren stehen 500 Millionen Euro zu Buche. Das schnelle Internet mit Bandbreiten von 50 Megabits und mehr kann nun mit Zuschüssen von bis zu 500.000 Euro pro Gemeinde unterstützt werden. Dies gilt laut EU für Gebiete, in denen kein privater Ausbau von „Zugangnetzen der nächsten Generation“ geplant ist, also private Investitionen nicht „verdrängt“ werden. Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) fasste zusammen, damit werde die Spitzenposition des Freistaats als IT- und Wirtschaftsstandort auf dem Weg ins digitale Zeitalter mit Innovation, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung insbesondere in den strukturschwächeren Gebieten gefestigt.

Im Landtag wurde die Brüsseler Genehmigung von allen Fraktionen auch als Erfolg eigener Anträge und gemeinsamer Beschlüsse gewertet. CSU und FDP sprachen von einem „weiteren Meilenstein auf dem Weg zur Vollbeschäftigung“, wie es Dietrich von Gumpenberg (FDP) formulierte. Von der Opposition kam bei aller Zustimmung auch Kritik. Die Staatsregierung habe für ihren Antrag in Brüssel zu lange gebraucht, meinte Annette Karl (SPD). Seit elf Monaten müssten die Kommunen ohne staatliche Förderung auskom-

men. Der Breitbandausbau liege derzeit brach. Zeil widersprach: Die Regierungsfaktionen „haben die notwendige kraftvolle Förderung des Breitbandausbaus sichergestellt“.

Das ab Dezember wieder anlaufende Förderprogramm soll

laut Mitteilung des Wirtschaftsministeriums über die Bezirksregierungen abgewickelt werden. Antragsteller und Empfänger der unterschiedlichen Zuschüsse seien Gemeinden, Zusammenschlüsse von Gemeinden und Gemeindeverbände. Der Fördersatz für Räume mit besonderem Handlungsbedarf beträgt demnach 80 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten. In den übrigen Regionen sind es 40 bis 60 Prozent, je nach Finanzkraft der Gemeinde, bis hin zum Höchstsatz von 500.000 Euro. Das Programm läuft über den Etat der nächsten beiden Jahre hinaus bis 31. Dezember 2017. Es wird flankiert von einem Angebot der LfA Förderbank Bayern, die den Kommunen zur Finanzierung ihres Eigenanteils besonders günstige Darlehenskonditionen einräumt. **rm**

Milliarden für S-Bahntunnel

München soll bis 2020 die 2. Stammstrecke bekommen Keine Nachteile für andere Projekte

Für den seit Jahren geplanten und umstrittenen Zweiten Münchner S-Bahn-Tunnel haben Staats- und Bundesregierung, Regierungsfaktionen und deutsche Bahn AG die 700-Millionen-Lücke zumindest theoretisch geschlossen. In einem Spitzengespräch in der Staatskanzlei, an dem neben Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) auch die Sprecher der Regierungsfaktionen und der Regionen um die Landeshauptstadt teilnahmen, wurde Einigung erzielt. Das Zwei-Milliarden-Projekt soll nicht zu Lasten anderer Verkehrsprojekte in Bayern bis 2020 verwirklicht werden.

Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP), der neben Ministerpräsident Horst Seehofer Wortführer für das Projekt war und ist, teilte mit, die Finanzierungslücke werde von Freistaat, Bund und Land gemeinsam geschlossen. Zum einen wird ein Darlehen in Höhe von 492 Millionen Euro aufgenommen, das vom Münchner Flughafen zurückgefordert wird. Das Bundesverkehrsministerium stellt 108 Millionen Euro zusätzlich in Aussicht, der Freistaat 100 Millionen Euro aus eigenen Rücklagen. Die Bahn ist mit 133 Millionen Euro beteiligt. Die Stadt München steuert 34 Millionen Euro bei.

Dieses Verkehrsprojekt sei „das Rückgrat für den Schienenverkehr in der gesamten Region für die nächsten 50 bis 100 Jahre“, frohlockte Zeil. Die anderen Investitionsprojekte nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), vor allem in Augsburg, Würzburg und Nürnberg würden vom Zweiten Münchner S-Bahn-Tunnel „nicht berührt, sondern planmäßig fortgeführt“. Der Fürstentfeldbrucker Landrat Thomas Karmasin (CSU) sprach von einem „Riesenschritt für die Pendler in der Region“.

Kosten-Nutzen-Verhältnis

Skepsis kam aus der Land-

tagsoption. Dringende Investitionen in ganz Bayern würden auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben, befand Martin Runge (Grüne). Die Kosten stünden in keinem Verhältnis zum Nutzen für das gesamte Münchner S- und U-Bahnnetz. FW-Fraktionschef Hubert Aiwanger nannte das Projekt „ein unfinanzierbares Hirngespinnst“. Sein Fraktionskollege Michael Piazolo empfahl im Landtag einen „Plan B“ für die übrigen Projekte im Umland Münchens und zweifelte am Bestand des Finanzierungsplans.

Essentielle Verbindung auch für Niederbayern

Befürworter waren bei der Beratung von Dringlichkeitsanträgen im Landtag sowohl die Koalitionspartner als auch die SPD. Eberhard Rotter (CSU) unterstrich, dass andere Projekte nicht vernachlässigt werden dürften. Dietrich von Gumpenberg (FDP) ergänzte, die zweite Stammstrecke sei eine ganz essentielle Verbindung auch für Niederbayern sowie für den gesamten Osten, Norden und Süden des Freistaats. Bernhard Roos (SPD) stimmte ebenfalls zu. Er gehe davon aus, dass diese Einigung hält. Der Koalitionsantrag wurde in namentlicher Abstimmung angenommen. **rm**

Neubau der Akademie für Gesundheit, Pflege und Soziales eingeweiht

Mit Fördermitteln des Freistaates Bayern in Höhe von 500.000 Euro wurde der Neubau der Akademie für Pflege, Gesundheit und Soziales im Marktrechwitz realisiert. In einer Feierstunde anlässlich der offiziellen Eröffnung und Einweihung lobte Bayerns Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel das Projekt: „Mit der neuen Pflegeakademie in Marktrechwitz wollen wir bewusst den ländlichen Raum stärken und ein strukturpolitisches Signal setzen. Investitionen in berufliche Weiterbildung sind in ländlichen Gegenden wichtig.“

In den neuen Räumlichkeiten der Pflegeakademie werden optimale Rahmenbedingungen für die berufliche Fort- und Weiterbildung geboten. Mit im neuen Gebäude untergebracht ist die Berufsfachschule für Altenpflege und Altenpflegehilfe.

Gelehrt wird nach neuen und zeitgemäßen Entwicklungen, Methoden und Forschungsergebnissen, um einen progressiven Qualitätsausbau zu ermöglichen. Jährlich sollen so rund 300 Fachkräfte aus- und weitergebildet werden. **□**

Expertise der Industrie-, Handels- und Handwerkskammern:

„Zentrale-Orte-System Bayern“

Buckenhofer: Die Kriterien für die zentralen Orte müssen genau überprüft werden

„Bayern braucht ein starkes Netz aus zentralen Orten. Die zentralen Orte wirken wie Knotenpunkte für ein Netzwerk, das den gesamten Freistaat zusammenhält und eine flächendeckende Daseinsvorsorge für die Menschen in Bayern sichert. Deshalb ist das Zentrale-Orte-System zu Recht ein wesentlicher Bestandteil der bayerischen Landesplanung.“ erklärte Bernd Buckenhofer, Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags. Nur mit leistungsfähigen zentralen Orten können gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern auf Dauer nachhaltig garantiert werden.

Buckenhofer bewertete in einer ersten Einschätzung den Vorstoß der Bayerischen Industrie- und Handelskammern und Bayerischen Handwerkskammern, die eine Expertise zum Zentrale-Orte-System Bayern vorgelegt haben: Die Gutachter der Kammern bemängeln, dass derzeit nur knapp 40 Prozent der zentralen Orte den Einstufungskriterien gerecht werden.

Inflation der Bezeichnung „Zentralität“

Dazu Buckenhofer: „Man kann bei der Betrachtung der hohen Anzahl der zentralen Orte zum Schluss kommen, dass das Netz zentraler Orte in Bayern überbe-

und nicht praxisgerecht genug erwiesen, hätten die Kommunen seit langem klare und praktikable Regelungen im Sicherheitsrecht gefordert.

EU-Kommission

Positiv bewertet Brandl zudem die Genehmigung des bayerischen Breitband-Förderprogramms durch die EU-Kommission. „Jetzt können Bayerns Städte, Märkte und Gemeinden die dringend notwendigen Breitbandnetze der nächsten Generation, also die wirklich schnellen Datenautobahnen, aufbauen.“ „100 Millionen Euro im Nach-

tragshaushalt 2012 sind eine klare Ansage, aktiv zu werden. Mit einem Förderhöchstbetrag von 500.000 Euro pro Kommune lässt sich schon etwas anfangen.“

Brandl wies jedoch darauf hin, dass im Gegenzug auf die Kommunen ein hoher Verwaltungsaufwand zukommen dürfte. Aus Sicht des Gemeindetags hat die Kommission die Verfahrensschritte unnötig aufgebläht. „Ein zwanzig Schritte umfassendes Verfahren ist für eine kleine Gemeinde ohne fachlich-technische und juristische Hilfe praktisch nicht zu bewältigen. Wir erwarten uns daher vom bayerischen Wirtschaftsministerium konkrete Beratungshilfe vor Ort bei der Umsetzung der Förderrichtlinie“ erklärte der Verbandschef und ergänzte: „Es wäre ja ein Treppenwitz, wenn der schnelle Internetausbau in Bayern an bürokratischen Klippen zerschellen würde. Dazu darf es nicht kommen.“ **DK**

gramm Bayern könnte die Chance eröffnen, das Problem anzupacken. Buckenhofer: „Die Vorzeichen der Landesentwicklung haben sich durch den demographischen Wandel völlig verändert. Die Bayerische Staatsregierung darf bei der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms nicht die Chance verstreichen lassen, das Netz Zentraler Orte wieder auf starke Füße zu stellen. Der derzeitige Entwurf des Landesentwicklungsprogramms verschlankt das bisherige System nur auf dem Papier. Überholtes bekommt einen neuen Anstrich. Es fehlt eine ernsthafte, inhaltliche Auseinandersetzung. Ungeklärt ist, welche Netzdichte es in den unterschiedlichen Teilräumen Bayerns tatsächlich braucht. Die vorhandenen Aufgaben und Potentiale Zentraler Orte in den einzelnen Teilräumen müssen genau erhoben werden. Erst dann können Kriterien zur Einstufung Zentraler Orte entwickelt und zentralörtliche Funktionen zugeordnet werden.“ **□**

Bayerischer Heilbädertag in Bad Hindelang:

Megatrend Gesundheit

Bayerns Heilbäder hoffen auf eine neue Erfolgswelle. Sie setzen auf den Megatrend Gesundheit. Prävention, betriebliches Gesundheitsmanagement und die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft waren folglich die Hauptthemen auf dem 66. Bayerischen Heilbädertag in Bad Hindelang.

Dabei verwies der wieder gewählte Vorsitzende des Bayerischen Heilbäder-Verbandes, Wörishofens Bürgermeister Klaus Holetschek, darauf, dass die Staatsregierung noch keine zielgerichtete Politik verfolge, die der Bedeutung der Gesundheitswirtschaft gerecht werde. „Wir sehen zwar die Bemühungen im Gesundheits- und Wirtschaftsministerium, und wir sind auch froh darum, doch ein klares Konzept sehen wir nicht.“ Holetschek forderte die Staatsregierung, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Krankenkassen und Verbände auf, ein großes „Bündnis für gesunde Mitarbeiter“ zu schließen. „Wir brauchen einen gemeinsamen Plan, damit wir den Kurswechsel vom Kurieren von Krankheiten hin zur echten Prävention schaffen.“

Standortstudie

Der Vorsitzende schlug vor, eine Standortstudie für Ansiedlungen von Hotels in Kurorten und Heilbädern zu erstellen. „Die Heilbäder und Kurorte sind prädestinierte Standorte für qualitativ hochwertige Unterkünfte. Dieses Profil müssen wir herausarbeiten.“ Nach dem bundesweit einmaligen Förderprogramm zur Steigerung der medizinischen Qualität durch das Gesundheitsministerium wäre laut Holetschek im zweiten Schritt ein Programm zur Verbesserung der Infrastruktur nötig. Viele Heilbäder und Kurorte hätten Bedarf. Beispiele: ein Moorbadehaus in Bad Aibling, Wanderwege in Bischofsgrün, die Kurparkerweiterung in Bad Feilnbach oder die Sanierung der Kneippanlagen in Bad Grönenbach. „Dabei ist auch überlegenswert, ob man die Förderprogramme nicht umstellt. So könnte man bei den Schlüsselzuweisungen den erhöhten Aufwand der Heilbäder und Kurorte berücksichtigen.“

Weitere Idee: die Einrichtung von Gesundheitsagenturen. Sie sollten in den von den Heilbädern und Kurorten geprägten bayerischen Gesundheitsregionen Netzwerke knüpfen und die Wertschöpfung steigern. Darüber hinaus müsse die Marke „Gesundes Bayern“ weiterentwickelt werden. Diese neue und starke Marke stehe exklusiv für die Kurorte und Heilbäder zur Verfügung und sei die Brücke in die Gesundheitswirtschaft. Um die Leistungsfähigkeit von Hotel- und Gastronomiebetrieben zu erhalten und Investitionen zu ermöglichen, schlug der Vorsitzende zudem vor, den Umsatzsteuersatz in der Gastronomie ähnlich wie bei Hotels zu senken.

Enorme Bedeutung

Holetschek hob die enorme Bedeutung der Gesundheitswirtschaft hervor. „In diesem Bereich arbeiten über 800.000 Menschen. In der Automobilindustrie, die in Bayern als wichtiger Standbein der Wirtschaft bezeichnet wird, sind es knapp 170.000. Die Heilbäder und Kurorte sichern 100.000 Arbeitsplätze und generieren eine Wertschöpfung von 3,7 Milliarden Euro im Jahr. Und dann sind sie nicht einmal in der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes vorhanden.“ Dabei konnte der Verband für 2011 ein positives Fazit ziehen. Nach massiven Rückgängen in den letzten 15 Jahren gab es erstmals wieder ein leichtes Plus bei den Übernachtungen. Sie stiegen um 1,9 Prozent auf 21,3 Millionen an.

Sorgen bereiten dem Verband der drastische Rückgang ambulanter Badekuren von bundesweit 900.000 Mitte der 1990er Jahre auf rund 68.000 im Jahr 2011. „Wir müssen neue Modelle in der Prävention entwickeln. Hier sind wir auf die Mitarbeit von Krankenkassen, der Tarifvertragsparteien und der Staatsregierung angewiesen. Der Weg zur Kur darf kein Hürdenlauf für die Patienten mehr sein. Wir brauchen die Kur als Pflichtleistung, wir brauchen klare Zuständigkeiten.“

Drohender Mangel an Kur- und Badeärzten

Eine weitere große Herausforderung ist der drohende Mangel an Kur- und Badeärzten. So werden in den nächsten fünf Jahren schätzungsweise 486 von 970 Kurärzten in Deutschland ihre Tätigkeit beenden. „Wenn dieser Trend anhält, fallen bis zum Jahr 2016 vermutlich 93 von 368 Kurorten in Deutschland aufgrund der Altersstruktur der Ärzte weg“, betonte Holetschek. „Dann haben wir nur noch 275 Kurorte. Und in 188 dieser Kurorte sind nur mehr ein bis zwei Kurärzte tätig. Beenden diese Kurärzte die Zulassung, fallen auch diese Orte weg.“

Der Bayerische Heilbäder-Verband fordert deshalb eine Reform bei der Weiterbildung zum Kur- und Badearzt. Denkbar wäre, dass die Aus- und Weiterbildung an die Naturheilverfahren angeknüpelt wird und Module aus dem betrieblichen Gesundheitsmanagement übernommen werden. „Wir sind froh darüber, dass die Weiterbildung wieder berufsbegleitend ist. Hier gilt unser Dank der Landesärztekammer.“

Staatsminister Thomas Kreuzer, der über „Die Bedeutung der Heilbäder und Kurorte in Bayern“ sprach, konnte erfreuliche Zahlen vermelden: So haben die Gästezahlen und Übernachtungen in den bayerischen Luftkurorten und Heilbädern in den ersten drei Quartalen 2012 überdurchschnittlich zugelegt. Das sind über 5,9 Mio. Gäste in den ersten neun Monaten des Jahres. „Das zeigt: Unsere Kurorte und Heilbäder haben enormes Potenzial. Dieses Potenzial müssen wir noch mehr nutzen.“

Trend zu Kurzreisen

2011 haben Kreuzer zufolge Wellness-Reisen deutschlandweit um sieben Prozent zugenommen. Jeder zweite Deutsche hat grundsätzlich Interesse an Wellness. Der Trend geht zu Kurzreisen im eigenen Land. „Wir wissen aber auch: Die Konkurrenz schläft nicht. Der Ostseeraum holt immer mehr auf. Dasselbe gilt für unsere Nachbarn in Österreich.“

„Wir nehmen die Herausforderungen an“, sagte Kreuzer. Für die bayerischen Kurorte und Heilbäder bedeute das:

- Auf den Strukturwandel und die gewachsenen Ansprüche der Gäste eingehen - Top-Qualität ist heute ein Muss.
- „Wellness“ beim Wort nehmen. Nur wenn der Gast sich wirklich wohl fühlt, kommt er wieder.
- Neue Gästekreise erschließen: Der Anteil von Familien an Wellnessreisen ist 2011 um 23 Prozent gestiegen.
- Medizinische Zukunftsthemen wie Burnout, oder Allergien aufgreifen. Bad Hindelang hat hier als Deutschlands einziges Hochgebirgszentrum für Allergi-

ker mit der Luftgüteklasse 1 beste Voraussetzungen

- Das eigene Gesundheitsprofil schärfen - ein erfolgreiches Selbstmarketing ist kein Luxus, sondern essenziell. Die neue Dachmarke „Gesundes Bayern“ mit dem Internetportal „Gesundes Bayern.de“ ist hier ein wichtiger Schritt.

Die Bayerische Staatsregierung fördere vor allem die Vernetzung von Heilbädern und Gesundheitswirtschaft, fuhr Kreuzer fort: „Wir werden in Zukunft Medizintechnik, Biotechnologie, Pharmaindustrie, Gesundheitstourismus und Forschung und Entwicklung noch stärker verzahnen. Vernetzung ist die Währung der Zukunft. Das gilt gerade für den ländlichen Raum.“

Medizinische Qualität

Bis 2014 unterstütze die Staatsregierung die Kurorte und Heilbäder mit insgesamt 7 Mio. Euro. Kreuzer: „Wir wollen die medizinische Qualität vor Ort weiter steigern und neue Konzepte bei Früherkennung, Prävention und Rehabilitation fördern. Wir reden mit den Kassen, damit wir auch im Bereich der GKV gemeinsam die Rahmenbedingungen für das Kur- und Heilbäderwesen verbessern. Mit dem Qualitätswettbewerb „Gesundheitsregionen Bayern“ verleihen wir Regionen mit attraktiven Konzepten und Aktivitäten ein Gütesiegel. Ich freue mich sehr, dass das Allgäu 2011 als erste Region diese Auszeichnung erhalten hat. Dies beweist, dass in unserer Heimat großes Potenzial steckt!“ DK



Der Etat des Bayerischen Kultusministeriums überschreitet erstmals die 10-Milliarden-Euro-Grenze. Hinzu kommt als zweitgrößter Fachbereich das Wissenschaftsministerium mit rund 6 Milliarden Euro, so dass im Freistaat für Bildung und Wissenschaft von den insgesamt 47,5 Milliarden Haushaltsvolumen jeder 3. Euro für die Zukunft der Kinder investiert wird. Unser Bild zeigt den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses im Bayerischen Landtag, Georg Winter.

Doppelhaushalt 2013/14:

Verbesserungen für Schulsekretärinnen

150 Schulsekretärinnen werden in Bayern im nächsten Jahr zusätzlich eingestellt. Dies ist, so Haushaltsausschussvorsitzender Georg Winter das Ergebnis zäher Verhandlungen. Die Forderungen der Bildungspolitik wurden hier zu 100 Prozent unterstützt und auch vom Kollegen Dr. Georg Barfuß mitgetragen. Die um insgesamt 2,2 Mio. Euro erhöhten Mittel stehen zur Verstärkung der Ansätze für Schulverwaltungspersonal ab 1. September 2013 zur Verfügung. Von den insgesamt 150 neuen Beschäftigungsmöglichkeiten werden 130 an öffentlichen Grund- und Mittelschulen sowie 20 an staatlichen Realschulen geschaffen.

Die neuen Stellen kommen vorrangig den Volksschulen zugute, weil hier das Verhältnis von Sekretärin zu Schülern nicht befriedigend war und wir hier in diesem Bereich eine kleingliedrige Struktur haben, erläutert Vorsitzender Georg Winter. Verwaltungsangestellte bilden neben den Schulleitungen das Rückgrat einer funktionierenden Schulverwaltung. Sie entlasten den Schulleiter erheblich und sind notwen-

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

der Super-GAU von Fukushima traf uns alle völlig unvermittelt. Mit dem daraus resultierenden Ausstieg aus der Atomenergie wurde das Mammut-Projekt „Energiewende“ geschaffen, das die Umstellung eines Großteils unserer Energieversorgung auf erneuerbare Energien vorsieht. In Bund und Land wurden mit Feuereifer ambitionierte Ziele gesteckt, geeignete Wege und Maßnahmen zur Umsetzung des Projekts gesucht und Aufgaben verteilt. Auch in Bayern kümmern sich gleich mehrere Ministerien und Behörden um das Gelingen der Energiewende. Beispielsweise fällt es vorwiegend in den Aufgabenbereich des



Energiepolitische
Kompetenzen bündeln

Umweltministeriums, ein Gesamtkonzept für die Energiewende zu erstellen und Förderprogramme aufzulegen. Das Wirtschaftsministerium gründete eigens eine Energieagentur zur Beratung von Kommunen, Unternehmern und Bürgern und das Innenministerium informiert über die Oberste Baubehörde zu den Themen energetische Gebäudesanierung und energiesparendes Bauen.

Ähnlich vielfältig wie die Anlaufstellen zum Thema Energiewende sind auch die einzelnen Maßnahmen und Fördermöglichkeiten. Tatsächlich gibt es in Bayern inzwischen 126 verschiedene Förderprogramme, von denen viele gerade für die Kommunen interessant sind, es aber schwierig ist, den Überblick über den Förderdschungel zu behalten. Aus diesem Dickicht gibt es aktuell zwei Maßnahmen, von denen Kommunen ganz besonders profitieren. Das ist zum einen das

Förderprogramm „Nachhaltige Stromerzeugung durch Kommunen und Bürgeranlagen“. Gefördert werden hier kommunale Anlagen im Bereich Photovoltaik, Wind, Wasser, Biomasse und Geothermie mit bis zu 50 % der zuwendungsfähigen Aufwendungen. Antragsberechtigt sind kommunale Körperschaften und deren Zusammenschlüsse, zuständige Stelle ist die Bezirksregierung. Und zum anderen das Förderprogramm „Alte Lasten und neue Energien“. Hier werden Er-

richtungen von Anlagen auf Altlasten und stillgelegten Deponien einzeln mit bis zu 200.000 Euro gefördert. Antragsberechtigt sind hier nicht nur Kommunen, sondern auch Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft sowie Vereine, Genossenschaften und sonstige Betreibergesellschaften.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien schreitet aufgrund der Förderungen sehr gut voran. Doch gerade bei der Umsetzung der Energiewende in den Kommunen wird sichtbar, wie sinnvoll und wünschenswert eine Bündelung der energiepolitischen Kompetenzen wäre. Die Steuerung und Koordinierung in eine Hand zu legen, hieße die Wege zu verkürzen und gleichzeitig Entscheidungen und Maßnahmen zu beschleunigen und damit kosteneffizienter umzusetzen. Kurzum: Wir brauchen ein Energieministerium!

Bayern hat die Zeichen der Zeit immer schon sehr früh erkannt und beispielsweise im Dezember 1970 als erstes Bundesland ein Umweltministerium geschaffen. Warum sollten wir nicht wieder mit gutem Beispiel vorangehen und, wie auf dem Parteitag der CSU mit großer Mehrheit beschlossen, ein Energieministerium auf Landes- und Bundesebene einsetzen. Wir sind auf einem guten Weg zu einer zukunftsfähigen Energieversorgung.

Damit Ihnen nicht das Licht ausgeht!

Ihr Stefan Rößle

Tourismuspolitik:

Stadt-Umland-Preis TouPLUS Bayern

Das Projekt ‚Stromtreter‘ hat das Rennen beim touristischen Stadt-Umland-Preis ‚TouPLUS Bayern‘ des Bayerischen Wirtschaftsministeriums gemacht. Die daran beteiligten Tourismusdestinationen Romantisches Franken, Fränkisches Seenland, Naturpark Altmühltal, Hopfenland Hallertau, Stadt Ingolstadt und Region Neuburg-Schrobenhausen sind die gemeinsamen Gewinner bei der dritten Auflage des Wettbewerbs. „Stadt-Land-Kooperationen sollen Gäste und Ausflugsinteressierte flexibel machen und in Bewegung bringen. Mobilitätslösungen stehen daher zu Recht ganz hoch im Kurs“, betonte Bayerns Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel bei der Preisverleihung in der Klosteranlage Aldersbach.

Den Projekt-Preis in Silber erhält die Aktion „SPESART Wald-Weihnacht“, die von DB Regio Franken – Mainfrankenbahn, IG Spessart-Waldweihnacht, Landkreis Main-Spessart und Main-Kinzig-Kreis / Spessart ins Leben gerufen worden ist. Die Bronze-Auszeichnung geht an das Kooperationsprojekt „Radeln rund um Rosenheim“ mit den Partnern Stadt Rosenheim, Landkreis Rosenheim, Stadt Bad Aibling, Gemeinde Großkarolinenfeld, Stadt Kolbemoor, Markt Neubuerm, Gemeinde Raubling, Gemeinde Rohrdorf, Gemeinde Schechen und Gemeinde Stephanskirchen. Gewinner des Ehrenpreises für langjährige und umfangreiche Stadt-Umland-Kooperationen im Tourismus ist dieses Mal die Initiative „Munich+Ski=Fun“ von München Tourismus, Alpenbahnen Spitzingsee, Bayerische Zugspitzbahn und Autobus Oberbayern.

„Der Preis soll motivieren, dass solche Beispiele Schule machen, bei denen Einrichtungen in größeren Städten die touristische Attraktivität des ländlichen Raums mit einbeziehen und so Win-Win-Situationen schaffen. Es ist wichtig, dass auch das Land vom florierenden Städtetourismus profitiert“, erklärte die Staatssekretärin. Die Preise werden im Turnus von zwei Jahren verliehen, die Pre-

miere war 2008. Sie würdigen herausragende Leistungen bei touristischen Stadt-Umland-Kooperationen im Freistaat. TouPLUS steht dabei für ‚Touristischer Preis für Lebenswerte Umland-Stadt-Kooperationen‘. TouPLUS Bayern ist aus der Arbeit des Staatssekretärs-Ausschusses „Ländlicher Raum in Bayern“ hervorgegangen, dessen Vorsitzende Staatssekretärin Hessel ist.

Originalität, Nachhaltigkeit und Innovationsgrad

Die Wettbewerbsjury bildeten Vertreter der Tourismus- und der Landesentwicklungsabteilung des Bayerischen Wirtschaftsministeriums, der BAYERN TOURISMUS Marketing GmbH und der bayerischen Kommunen, sowie der Inhaber des Lehrstuhls Tourismus an der Katholischen Universität Eichstätt, Professor Harald Pechlaner. Bei der Entscheidung waren Originalität, Nachhaltigkeit, Umfang, touristischer Nutzen fürs Umland und der Innovationsgrad der Maßnahme maßgebliche Kriterien. Der Preis selbst ist nicht finanziell dotiert, die Gewinner erhalten eine eigens hierfür geschaffene Gastrophäe. Zusätzlich hat die Auszeichnung für die Preisträger einen hohen Image- und PR-Wert.

Neue EU-Vorschriften:

Gestaltungsfreiheit gefährdet

Erklärung von Deutschem Städtetag, Landkreistag, Städte- und Gemeindebund und VKU

Gemeinsam wenden sich die kommunalen Spitzenverbände und der VKU gegen Pläne der EU-Kommission, durch eine Richtlinie die bisher vergabrechtsfreien Dienstleistungskonzessionen der Ausschreibung zu unterwerfen. Diese Richtlinie würde erheblich in die kommunale Organisationsfreiheit im Bereich der Daseinsvorsorge eingreifen.

Ein europarechtlich vorgegebenes Verfahren würde an die Stelle der Entscheidungen der kommunalen Gremien vor Ort gestellt, wenn es zum Beispiel um die Vergabe einer Wasserkonzession in der Kommune geht. Der zuständige Binnenmarktkommissar, Michel Barnier, hat sich in Berlin zu diesen Kritikpunkten mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem VKU ausgetauscht. Die Verbände haben sich in dem Gespräch auf drei wesentliche Punkte konzentriert.

Bis heute hat die Europäische Kommission nicht dargelegt, warum eine Richtlinie zu Dienstleistungskonzessionen überhaupt erforderlich sein soll. Neben der bestehenden Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) sehen die kommunalen Spitzenverbände und der VKU auch keine Notwendigkeit für eine solche Richtlinie. Insbesondere besteht keine Rechtsunsicherheit und keine Rechtsschutzlücke, die ein Handeln der Europäischen Kommission nötig machen würden.

Kommunale Daseinsvorsorge

Die Verbände sind außerdem der Auffassung, dass alle Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge aus dem Anwendungsbereich des Richtlinienvorschlages herausgenommen werden müssen. Dies entspräche den Zielen und Inhalten des Vertrages von Lissabon und dem Protokoll zu den Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse mit der dort vorgenommenen Stärkung der lokalen Selbstverwaltung. Dienstleistungskonzessionen berühren viele Bereiche der Leistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse wie die Wasserversorgung, die Abwasserentsorgung, soziale Dienstleistungen oder Rettungs- und Gesundheitsdienstleistungen.

In diesem Kernbereich kommunaler Daseinsvorsorge würde eine Umsetzung der Richtlinie zu tiefen Einschnitten in die kommunale Organisationsfreiheit führen. Gerade die kommunalwirtschaftlichen Strukturen bei der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung genießen bei den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland aber höchste Wertschätzung. Dies belegt aktuell eine repräsentative Umfrage, die Forsa im Auftrag des VKU durchgeführt hat. Danach sprechen sich 82 Prozent der Befragten gegen neue Vorschriften aus Brüssel aus. Vor diesem Hintergrund darf eine mögliche Richtlinie insbesondere für Dienstleistungskonzessionen in der Wasserwirtschaft, für Leitungs- und Wegerechte im Bereich der Energieversorgung, für Kommunalkredite, für soziale Dienstleistungen sowie für Rettungsdienste nicht gelten.

Nachbesserungen

Und schließlich bedarf der Richtlinienentwurf der EU-Kommission substantieller Nachbesserungen in den Fragen der interkommunalen Zusammenarbeit, die zukünftig zwecks der Aufrechterhaltung eines kostengünstigen Angebots öffentlicher Dienstleistungen für die Bürger möglich bleiben muss. In diesem Sinne müssen sinnvolle Synergie-Effekte weiterhin für den Fall der Über-

nahme von Dienstleistungen einer Kommune für die andere z. B. bei Winterstreudiensdiensten oder Kantinenessen für Kindergärten und Schulen nutzbar sein. Die ausschreibungsfreie Zusammenarbeit zwischen Kommunen hat nicht zuletzt der Europäische Gerichts-

hof in seiner jüngsten Rechtsprechung zugunsten kommunaler Handlungsfreiheit bestätigt. Daneben besteht dringender Nachbesserungsbedarf bei der Erteilung solcher Konzessionen an eigene kommunale Unternehmen (sogenannte In-house-Vergabe) und insbesondere an eigene Mehrspartenunternehmen (Stadtwerke). Nur so wird das bewährte kommunalwirtschaftliche Modell der Erbringung der Daseinsvorsorgeleistungen in Deutschland auch im europäischen Kontext ausreichend berücksichtigt.

Neutermiminierungen

Hintergrund: Nach mehrmaliger Neutermiminierung hat die Europäische Kommission am 20. Dezember 2011 einen Vorschlag für eine Konzessionsrichtlinie veröffentlicht. Mit diesem Richtlinienentwurf geht die EU-Kom-

mission deutlich über die bisherige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) zu den Regeln für die Erteilung von Konzessionen hinaus. Die geplante Richtlinie würde die Ausschreibungspflichten für Kommunen erheblich ausdehnen.

Dies hätte einschneidende Auswirkungen auf die kommunalen Strukturen in Deutschland. Bereits im März 2012 hat der Bundesrat daher den Richtlinienentwurf eindeutig abgelehnt. Der Richtlinienentwurf liegt zurzeit zur Beratung in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments sowie den Ratsarbeitsgruppen des Ministerrates. Änderungsanträge von Parlamentariern, die sowohl die komplette Ablehnung der Richtlinie vorsehen, als auch Anträge, die einen Ausnahmehereich für die Wasserwirtschaft, Rettungsdienste und Kommunalkredite fordern, sind gestellt. □

Kabinett beschließt Einführung eines Bayerischen Regionalsiegels

Mit der Einführung eines Bayerischen Regionalsiegels will die Staatsregierung dem immer stärkeren Trend zu regional erzeugten Lebensmitteln Rechnung tragen. Ernährungsminister Helmut Brunner stellte das Konzept für das neue Zeichen iKabinett in München vor. Danach soll das landesweit anerkannte Qualitätssiegel „Geprüfte Qualität – Bayern“ (GQ) um eine regionale Komponente erweitert werden – ein Angebot an Erzeuger, Verarbeiter und Handel, denn die Teilnahme an dem Programm ist freiwillig.

„Wir wollen der Vielfalt an Produkten aus allen Regionen unseres Landes durch eine einfache, klare und verlässliche Kennzeichnung ein Gesicht verleihen“, so der Minister. Schließlich könne man sich an der Ladentheke nur dann bewusst für regionale Produkte entscheiden, wenn sie als solche zweifelsfrei zu erkennen sind. Wo und unter welchen Bedingungen heimische Lebensmittel erzeugt werden, wird laut Brunner immer mehr zum Kaufkriterium. Um das Vertrauen der Verbraucher dauerhaft zu gewinnen, soll das neue Regionalzeichen deshalb die hohen Qualitätsstandards des GQ-Programms mit der Herkunft aus einem klar definierten Gebiet kombinieren – beides unter staatlicher Aufsicht kontrolliert und garantiert. „Immer mehr Kunden wollen gezielt Käse aus dem Allgäu, Lamm aus dem Altmühltal oder Gemüse aus Franken“, sagte Brunner. Solche

Informationen soll das neue Siegel künftig auf den ersten Blick liefern, denn wie bereits bei GQ für Bayern müssen sämtliche Produkte und Inhaltsstoffe zu 100 Prozent aus der jeweiligen Region kommen. Das bekannte weißblaue GQ-Siegel wird dazu durch einen regionsspezifischen Zusatz mit leicht erkennbarem Logo ergänzt.

Vorteil für Erzeuger

Das neue Zeichen kommt dem Minister zufolge nicht nur den Verbrauchern zugute, sondern bietet auch Chancen für Erzeuger, Verarbeiter und Handel. Denn die Qualität, der Kontrollaufwand und die hohen Standards seien ein großes Plus bayerischer Spezialitäten. Laut Brunner hat der Lebensmittel-Einzelhandel bereits großes Interesse signalisiert, das Regionalsiegel zu nutzen. Am weitesten sind die Pläne in Fran-

ken gediehen. Dort werden voraussichtlich schon Anfang kommenden Jahres erste Produkte mit Regionalsiegel im Handel zu finden sein.

Zertifizierung

Wer bereits das GQ-Siegel nutzt und an dem neuen Regionalsiegel interessiert ist, wendet sich nach Aussage des Ministers an die Lizenznehmer für das GQ-Zeichen, das sind in der Regel Dachverbände der Ernährungswirtschaft wie etwa die Landwirtschaftliche Qualitätssicherung Bayern GmbH (LQB) oder das Landeskuratorium für pflanzliche Erzeugung (LKP). Diese prüfen und bewerten den Vorschlag und schließen nach entsprechender Genehmigung des Regionalzusatzes durch das Landwirtschaftsministerium mit allen Herstellern und Handelsunternehmen, die das Siegel führen wollen, Zeichennutzungsverträge ab. Kontrolle und Zertifizierung übernehmen externe, akkreditierte Prüfeinrichtungen, die Systemkontrolle liegt bei der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft. Der Freistaat übernimmt 80 Prozent der Kosten, die den Landwirten für die Erstzertifizierung entstehen. □

Generationengerechte...

(Fortsetzung von Seite 1) Maßstäbe setzen. Aktuell liegt bei vier Modellvorhaben mit insgesamt 37 Einzelprojekten ein wesentlicher Schwerpunkt auf Wohnformen für Familien wie Senioren, die den Herausforderungen des demographischen Wandels besonders gerecht werden. Die dabei verfolgten Konzepte reichen von der Stabilisierung von Bewohnerstrukturen über Barrierefreiheit in bestehenden Wohnquartieren bis zu Projekten, in denen sich die Mieter gegenseitig unterstützen.

Modellvorhaben

Ein Beispiel ist das Modellvorhaben „WAL – Wohnen in allen Lebensphasen“. Ein Projekt in Bamberg aus diesem Modellvorhaben stellte der Architekt und Geschäftsführer der Joseph-Stiftung, Reinhard Zingler, vor. In der Wohnanlage leben Senioren, Familien und Menschen mit Behinderung in 29 barrierefreien Wohnungen zusammen. Zusätzlich besteht ein soziales Netz aus nachbarschaftlichen Unterstützungsangeboten und die Möglichkeit professioneller Pflege.

Wie Zingler ausführte, werden die herkömmlichen Versorgungskonzepte mit Abhängigkeiten von Angehörigen und in Form von Aufenthalt in spezialisierten Wohn- und Pflege-

einrichtungen zu einer Überforderung der Gesellschaft führen. Die vorhandenen Finanzierungsstrukturen und die Nachfragesituation ermöglichen es, kommerziellen Investoren auf dem Seniorenwohn- und Pflegeimmobilienmarkt aktiv zu sein und sich dabei den Spielregeln quartiersbezogener Kommunal- und Infrastrukturentwicklung weitestgehend zu entziehen. „Aber genau diese Entwicklung brauchen wir“, sagte Zingler.

Selbstbestimmtes Wohnen

Barrierefreies, sicheres und selbst bestimmtes Wohnen, Nachbarschaftshilfe, ehrenamtliche Arbeit im Quartier und professionelle Hilfe müssten zusammengebracht werden, forderte Zingler und fuhr fort: „Dafür werden aber Kümmerer benötigt. Und diese Arbeit muss finanziert werden. Hier gilt es, die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Quartiersarbeit auf kommunaler Ebene zu schaffen. Andererseits wächst die Einsicht in die Sinnhaftigkeit bürger-schaftlichen Engagements. Wir haben die Erfahrungen aus mehr als 15 vergleichbaren Projekten gesammelt. Wir sagen deshalb: Die Herausforderungen des demographischen Wandels sind gestaltbar!“

Herbert Blascheck, 1. Bürger-

meister des Marktes Langquaid, informierte über das kommunale Engagement für Senioren in Langquaid. So beherbergt z. B. das „Seniorenservicehaus“ ambulante betreute Wohngemeinschaften mit 24 Bewohnern, ein Mehrgenerationenhaus als Veranstaltung- und Begegnungszentrum inklusive ehrenamtlicher Nachbarschaftshilfe sowie ein Beratungsbüro und das Projektbüro „Soziale Stadt“. Auch existiert in Langquaid ein kostenloser Seniorenbus.

Nahversorgungsstruktur

Prof. Dr. Konrad Weckerle, Landesvorsitzender der Senioren-Union der CSU, machte deutlich, dass die meisten älteren Menschen in der Heimatgemeinde wohnen bleiben wollen. Er mahnte daher an, dass die Städte und Gemeinden ein selbstständiges und selbst bestimmtes Leben im Alter auch ermöglichen müssen. Bemühungen zum Erhalt der Nahversorgungsinfrastruktur und ein gut funktionierendes Angebot des Öffentlichen Personennahverkehrs sollten daher ganz oben auf der kommunalpolitischen Agenda stehen. Auch müssen Treffpunkte für Jung und Alt wie Gastwirtschaften erhalten werden, um den intergenerationalen und örtlichen Zusammenhalt zu bewahren. **DK**

Zwei Seiten...

(Fortsetzung von Seite 1) schlussstellen von Autobahnen oder autobahnähnlichen Straßen ansiedeln, sondern auch an Verkehrlich bedeutenden unmittelbaren Zubringerstraßen von Autobahnen. Auch produzierende und emittierende (Lärm, Luftverunreinigungen) Gewerbebetriebe können in Ausnahmefällen nach dem neuen Entwurf vom Anbindungsziel entbunden werden.

Anhörungsverfahren

Zu den Änderungen des LEP-Entwurfs wird auf der Basis des Ministerratsbeschlusses ein erneutes Anhörungsverfahren durchgeführt. Es läuft bis 14. Januar 2013. Hier können sich wiederum alle Kommunen, einschlägige Verbände und die Öffentlichkeit äußern.

Gute Ansätze

Dass das Landesentwicklungsprogramm nicht eilig durchgewunken werden kann, darauf verwies der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, in einer ersten Stellungnahme. „Leider ist aus der Fülle an Stellungnahmen der kommunalen Seite zum neuen Landesentwicklungsprogramm offenbar nur ein kleiner Teil berücksichtigt worden.“ Der Entwurf des neuen LEP habe noch immer Schwächen, trotz vereinzelt guter Ansätze. Einer der Vorzüge sei, dass es

überhaupt ein Landesentwicklungsprogramm gibt, das ein Gesamtkonzept für die mittelfristige räumliche Entwicklung Bayerns entwirft. Damit bleibe die Landesentwicklung nicht dem Spiel der Märkte überlassen, ein ungezügelter Wildwuchs werde verhindert.

Konkretisierungschance

Maly zufolge fehle an vielen Stellen eine gründliche Auseinandersetzung mit den aktuellen Problemen, wie dem demographischen Wandel oder der Gleichwertigkeit der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Maly: „Der Landtag muss jetzt die Chance nutzen, das Landesentwicklungsprogramm zu konkretisieren und verbindlicher zu machen. Gute Ansätze sollten wir weiterentwickeln, Lücken müssen geschlossen werden und falsche Festlegungen müssen gestrichen werden.“

Anbindungsgebot

Unverändert bleiben muss nach Auffassung des Bayerischen Städtetags das Anbindungsgebot. Es sei das wichtigste Instrument der Landesplanung, um den Flächenverbrauch zu bremsen und eine Zersiedelung zu verhindern. „Es ist effektiver als eine unbestimmte und schwache Absichtserklärung, dass der Verbrauch neuer Flächen zu vermindert wird.“ **DK**

Maßnahmenbündel...

(Fortsetzung von Seite 1) Trotz der großen Fortschritte beim Ausbau der Betreuung rechnen beispielsweise folgende Städte damit, dass sie den Rechtsanspruch am 1. August 2013 nicht vollständig erfüllen können: Bonn, Essen, Frankfurt am Main, Göttingen, Karlsruhe, Kiel, Lübeck, Münster, Oldenburg, Osnabrück, Stuttgart. Sämtliche dieser Städte werden die bestehende hohe Nachfrage nach Plätzen im Sommer 2013 voraussichtlich nicht vollständig abdecken können, obwohl sie bereits Enormes für den Ausbau geleistet haben: Die Versorgungsquote in diesen Städten liegt aktuell bereits bei mindestens 30 Prozent, wird sich in allen Städten in den nächsten Monaten noch weiter erhöhen und fast überall die ursprünglich vom Bund genannte Versorgungsquote von 35 Prozent übertreffen.

Mitverantwortung

Wie Ude erläuterte, sieht der Deutsche Städtetag Bund und Länder in der Mitverantwortung, wenn es mit Inkrafttreten des Rechtsanspruchs zu Klagen gegen die Kommunen kommen sollte. „Dann wird es notwendig werden, dass diese Mitverantwortung auch beim Ausgleich möglicher Schadenersatzforderungen zum Ausdruck kommt.“

Nach Inkrafttreten des Rechtsanspruchs werde der Ausbau der Betreuung weiterhin auf der Tagesordnung bleiben, zumal der Betreuungsbedarf seit dem Gesetzesbeschluss 2007 weiter wachse. Für den Ausbau werde dann auch über 2013 hinaus finanzielle Unterstützung durch Bund und Länder benötigt.

Bürokratiehindernisse

Aus Sicht der Städte sind auch Bund und Länder gefordert, ihren Beitrag zu leisten. Um kurzfristig bürokratische Hindernisse beim Ausbau der Betreuung abzubauen, schlägt der Deutsche Städtetag folgendes vor:

1. Um den Bau von Kindertagesstätten zu beschleunigen, sollte das Vergaberecht in die-

sem Bereich übergangsweise gelockert werden, ähnlich wie dies bei den Konjunkturpaketen bereits der Fall war.

2. In den Ländern sollten Standards für Kitas überprüft und möglichst so flexibel angewendet werden, dass der Ausbau der Betreuung gefördert wird. Flexible Lösungen müssen dabei immer auch mit dem Kindeswohl und der Sicherheit zu vereinbaren sein. Beispielsweise sollten für Kinder unter drei Jahren keine zu großen Außenflächen für Kindertagesstätten verlangt werden, da dies in Innenstädten oft ein Problem darstellt. In Nordrhein-Westfalen zum Beispiel ist in dieser Frage der Standard in pädagogisch verantwortbarer Weise flexibilisiert worden.

3. Die Verfahren zur Zertifizierung der Fachschulen für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern sind zu bürokratisch. Sie sollten bei öffentlichen Schulen entfallen oder zumindest deutlich vereinfacht werden.

4. Die Städte begrüßen, dass Bund und Länder die bis August 2013 befristete Ausnahmeregelung, die Tagesmüttern und -väter eine kostenlose Krankenversicherung über die Familienversicherung erlaubt, verlängern wollen. Damit wird ein Hindernis für den Ausbau der Tagespflege beseitigt.

Qualifizierungsangebote

Die Städte bauen mit Hochdruck Kindertageseinrichtungen, sie haben aber kaum Einfluss auf die Steigerung des Fachkräftepotentials bei Erzieherinnen und Erziehern und in der Kindertagespflege. Hier sieht der Deutsche Städtetag die Länder stärker in der Pflicht. So sollten die Länder ausländische Berufsabschlüsse von Erziehern leichter anerkennen und dafür Qualifizierungsangebote anbieten. Auch müsse der berufliche Quereinstieg erleichtert und gefördert werden. Zudem sollten die Länder die Qualifizierung von Tagespflegepersonen als Kernaufgabe begreifen und finanziell fördern. **DK**

Wasserkraftnutzung im Landkreis Traunstein:

Salzach-Sanierungskonzepte mit Mehrwert

GZ-Interview mit Landrat Steinmaßl und GKW-Geschäftsführer Strobel

Der Landkreis Traunstein, zweitgrößter in ganz Bayern, ist auf einem guten Weg zu 100 Prozent erneuerbarer Stromversorgung im Jahre 2020. In allen Gemeinden werden die Möglichkeiten für Wasser, Sonne, Biomasse, Geothermie und Wind untersucht. Gerade die Wasserkraft spielt dabei eine große Rolle, da Traunstein zu den niederschlagsreichsten Landkreisen in Bayern zählt.

Wasserkraft hat den Landkreis Traunstein in seiner wirtschaftlichen Entwicklung entscheidend geprägt und soll durch Effizienzsteigerungen bestehender Anlagen, im Wesentlichen aber durch einen Ausbau der Salzach noch stärker genutzt werden. Über Planungsvorhaben und maßge-

gung des Flusses empfohlen wurde. Ziele waren die genaue Festlegung der Landesgrenze Bayern-Österreich, die Verbesserung der Schifffbarkeit, die Erweiterung der landwirtschaftlichen Flächen sowie der Hochwasserschutz. Mitte des 19. Jahrhunderts wurde die Salzach schließlich zu einem

führt, dass in den Auen Gehölze, die es ursprünglich gab, heute nicht mehr wachsen. Risikoanalysen der Wasserwirtschaft zeigten weitere Eintiefungen mit Folgeschäden für Infrastruktur, Landschaft und Ökologie. Es stehe gar zu befürchten, „dass die Salzach irgendwann ganz verschwinden wird“, betonte Steinmaßl.

Mehrheitsbeschlüsse

Gerade die untere Salzach gilt als Fluss mit dem deutschland-

reichisch-Bayerischen Kraftwerke AG (ÖBK), einem Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft, das sich mit dem Ausbau und der Nutzung der Wasserkraft an den österreichisch-bayerischen Grenzflüssen befasst, Erwähnung gefunden hatte. Die ÖBK ist zu je 50 Prozent im Besitz der deutschen E.ON Wasserkraft GmbH und der österreichischen Verbund AG.

Dramatische Situation

Seit dem 1. Juli 1999 liegt die Betriebsführung für alle Kraftwerke der ÖBK sowie der Donaukraftwerk Jochenstein AG (DKJ) bei der Grenzkraftwerke GmbH (GKW). Wie deren Geschäftsführer Johann Strobel erläuterte, sei der Ausbau der unteren Salzach Mitte des vergangenen Jahrtausends deshalb wirtschaftlich nicht verfolgt worden, weil die Politik damals andere energiepolitische Akzente auf zunächst fossile Energieträger und anschließend auf die Kernkraft gesetzt habe. Spätestens mit dem ersten Sohledurchschlag in einigen Abschnitten der unteren Salzach im Zuge des Jahrhundert-Hochwassers 2002 sei die dramatische Situation des Flusses signifikant geworden.

Variantenuntersuchung

Schnell sollte eine Lösung des Problems herbeigerufen werden. Die Bemühungen der Wasserwirtschaft wurden intensiviert, die Österreichisch-Bayerische Kraftwerke AG stieß dazu. Derzeit prüfen die Wasserwirtschaftsverwaltungen von Österreich und Bayern in einer Variantenuntersuchung im Tittmoninger Becken verschiedene Sanierungslösungen und Weiterentwicklungen. Die Grenzkraftwerke GmbH spricht sich dabei für das Konzept „Fließgewässerkraftwerk der flussbaulichen Sanierungsvariante B (Aufweitungs- und Rampenvariante)“ aus.

Der Fließcharakter des Flusses soll beibehalten, dessen Fließgeschwindigkeit aber durch Aufweitungen gesenkt werden. Da diese Maßnahme allein jedoch nicht mehr ausreicht, um den Fluss zu sanieren bzw. zunächst eine weitere Eintiefung zu verhindern, sind laut Strobel auch flussbauliche Querbauwerke, sog. Sohlrampen, erforderlich. Um ein optimales Geschiebe-Management zu gewährleisten, müssten flexible Wehrverschlüsse angebracht und Generatoren unterhalb der Wasserlinie installiert werden.

Damit würde man sich mit einer Fallhöhe von ca. 3,50 Metern begnügen; bei klassischen Wasserkraftwerken liege die Fallhöhe üblicherweise bei 8 bis 10 Metern.

„Unser Ansatz ist jetzt, an drei Standorten im Tittmoninger Becken Fließgewässerkraftwerke zu bauen, die mit herkömmlichen Wasserkraftwerken überhaupt nichts mehr zu tun haben und dafür sorgen sollen, insbesondere die Auen wieder enger an den Fluss anzubinden und ihr Gewässersystem zu reaktivieren“, erläuterte Strobel. An den drei Standorten sei insgesamt eine jährliche Erzeugung von bis zu 100 GWh an erneuerbarer Energie möglich. Damit könnten rund 26.000 Haushalte versorgt werden.

Positives Feedback

Der mittels Fließgewässerkraftwerke zu erzielende Nutzungsgrad liege nur bei etwa 40 Prozent und sei damit bedeutend geringer als jener mit einer klassischen Wasserkraftwerkslösung. „Die restlichen 60 Prozent sind der Natur und der Umwelt geschenkt.“

„Die Öffentlichkeit, die das GKW-Konzept im Übrigen sehr gut aufnimmt, kriegt diese Lösung umsonst“, meinte der Geschäftsführer und verwies darauf, dass das Feedback auch parteiübergreifend äußerst positiv sei. „Insgesamt gesehen ist unser Konzept, das in einem Modellversuch der Universität Innsbruck bestätigt wurde, eine optimale Kombination von Sanierung, Erfüllung von Umwelt- und Naturschutzanforderungen sowie ökologisch verträglicher Wasserkraftnutzung als Beitrag zur Gewinnung erneuerbarer Energien“, hob Strobel hervor – „und das Ganze dort, wo die Quelle ohnehin schon vor der Haustür ist“. - Die Salzach als Lebensraum für Menschen.

Die Sanierung der Salzach ist auch Hintergrund für ein geplanten

tes bewegliches Kraftwerk im Freilassing Becken. Dort ist eine Rampe bereits errichtet, eine weitere geplant. In einem ersten Schritt wurde das Gewässerbett aufgeweitet, um die Fließgeschwindigkeit zu reduzieren und der Salzach mehr Kies zuzuführen. Die Rampe hebt zudem die Sohle und somit auch den Grundwasserspiegel an.

Neben Sanierungsmaßnahmen soll ein Tragwerk für bewegliche Generatoren mit einer Gesamtbreite von ca. 110 Metern eingesetzt werden. Acht Wehre sind vorgesehen, d. h. acht Turbinen und Generatoren erzeugen den Strom. Wichtig ist auch hier der Schutz der Umwelt.

Die Angst vor einer weit aufgestauten Salzach ist nach Ansicht von Geschäftsführer Strobel unbegründet. Weil das Gebiet sensibel ist, werde eben nicht ein normales Kraftwerk dorthin gestellt. „Weil unser Modell keine Wehre und keine klassische Staumauer hat, wird es auch keinen Rückstau des Wassers geben.“

Gefragt ist der gute Wille aller Beteiligten

Insgesamt könnte mit allen Planungen im Tittmoninger und Freilassing Becken ein Strombedarf von über 50.000 Haushalten gedeckt werden – rein regenerativ und rein heimisch. „Tatsache ist: Die Salzach ist in einem schlechten Zustand. Man kriegt sie nicht saniert, in dem man sie sich selbst überlässt“, erklärten Steinmaßl und Strobel unisono. Der Sohledurchschlag sei nur durch menschliches Handeln zu verhindern. Bei gutem Willen aller Beteiligten müsste es möglich sein, dass Sohlsicherung, Renaturierung der Auen und Energie in Einklang gebracht werden. Steinmaßls und Strobels Appell: „Es ist fünf vor zwölf! Es muss akut etwas geschehen!“

DK



Von rechts: Johann Strobel, Geschäftsführer der Grenzkraftwerk GmbH und Traunsteins Landrat Hermann Steinmaßl im Gespräch mit Constanze von Hassel und Anne-Marie von Hassel (Bayerische GemeindeZeitung).

schneiderte Konzepte an der unteren Salzach informierten Traunsteins Landrat Hermann Steinmaßl und Johann Strobel, Geschäftsführer der Grenzkraftwerk GmbH (GKW) in einem Gespräch mit der Bayerischen GemeindeZeitung.

Vor 200 Jahren noch war die Salzach ein mäandrierender Fluss mit einer Breite von bis zu 1000 Metern. Um 1820 begannen die Korrekturen des Flusses, als in einem hydrotechnischen Gutachten die Regulierung und Begradi-

kanalartigen Fluss mit nur noch 100 Metern Breite umgebaut. Seitdem tiefte sie sich immer mehr ein.

Kanalartige Einengung

Wie Landrat Steinmaßl berichtete, fließt die Salzach auf Grund ihrer kanalartigen Einengung zu schnell. Vor allem bei viel Wasser grabe sich der Fluss immer weiter ein. Zwischenzeitlich verzeichne er Eintiefungen von drei bis fünf Metern im Verhältnis zur ursprünglichen Sohle, was dazu

weit größten Wasserkraftpotential. „Damit diese Kraft nicht vorbeifließt“, würden derzeit Mehrheitsbeschlüsse aller Gemeinderäte beidseits der Salzach, die sich für den Ausbau der Wasserkraft aussprechen, eingeholt. Im Anschluss daran soll eine Bürgerbefragung durchgeführt werden.

Am Oberlauf der Salzach gibt es bereits eine Vielzahl von Kraftwerken. Dagegen entstand am Unterlauf nie ein Kraftwerk, obwohl dieses Ansinne bereits 1950 bei der Gründung der Öster-

Fluss-Sanierung mit Energienutzung

Vorteile des Gesamtansatzes:

1. Erreichung der Sanierungsziele ist in vollem Umfang gegeben
2. Die Erhaltung der Salzach als Fließgewässer und aktives Geschiebe-Management ist durch den innovativen Ansatz möglich
3. Schaffung von strukturierten Uferbereichen, Wasserwechselzonen und Rückzugsräumen durch (Wieder-)Anbindung von Auen- und Nebengewässern
4. Statt der Salzach nur die Energie zur Eintiefung zu nehmen, wird sie in Form von Strom in der Region zur Verfügung gestellt. DK

WAS STEHT
IN FRANKFURT



BRINGT DIE
ENERGIEWENDE
AUF KURS?

Unsere erste Power-to-Gas Demonstrationsanlage.

Die Aktien für die klimapolitischen Ziele der Bundesregierung stehen gut. Denn die Power-to-Gas Demonstrationsanlage arbeitet an der Lösung eines großen Problems, das erneuerbare Energie aus Wind und Sonne mit sich bringt: umweltgerechte und effiziente Speicherung der gewonnenen Energie.

Sie ist eines von vielen Projekten, mit denen 12 von über 90 in der Thüga-Gruppe organisierten Stadtwerken die Energiewende vorantreiben. Gemeinsam investieren sie unter einem Dach gebündelt in den Ausbau erneuerbarer Energien. Für ein entscheidendes Plus für Mensch, Natur und Umwelt. Für das große Plus für alle.

Erfahren Sie mehr: www.energie-und-wende.de/speicherung

thuga
Das große Plus für alle

Zuverlässigkeit verbindet

Mit dem Gütezeichen am Bauzaun dokumentieren Auftragnehmer Verantwortung

Mit der Vergabe von Aufträgen ausschließlich an qualifizierte Firmen werden Kommunen ihrer haushaltsrechtlichen Verantwortung gerecht. Eine zuverlässige Bauausführung verbessert die Wirtschaftlichkeit der Abwassernetze; daraus resultieren geringere Unterhaltskosten sowie eine längere Nutzungsdauer – hierin besteht Konsens zwischen den Beteiligten. Dementsprechend fordern Auftraggeber und Netzbetreiber vor Auftragsvergabe einen Eignungsnachweis der Bieter.

Eine zwischen Auftraggebern, Ingenieurbüros und Auftragnehmern abgestimmte Grundlage zur Bewertung der Eignung bietet die Gütesicherung RAL-GZ 961: Unternehmen mit Gütezeichen Kanalbau haben für bestimmte Ausführungsbereiche ihre technische Leistungsfähigkeit, besondere Erfahrung und Zuverlässigkeit nachgewiesen.

Die Praxis zeigt: Die konsequente Anwendung der Gütesicherung schafft Vertrauen bei den beteiligten Partnern. Mit dem Gütezeichen am Bauzaun verdeutlicht ein Kanalbauunternehmen den eigenen Qualitätsanspruch. Die Erfüllung der gestellten Anforderungen ist Ausdruck eines unternehmerischen Grundverständnisses, das auf Fairness im Wettbewerb und der Verantwortung für Umwelt und Gesellschaft basiert.

Von der RAL-Gütesicherung profitieren Auftraggeber und qualitätsorientierte Auftragnehmer gleichermaßen. Je konsequenter die Gütesicherung von den Beteiligten angewendet wird, desto größer ist der Nutzen für Qualität und fairen Wettbewerb. Unternehmen mit Gütezeichen Kanalbau bieten Auftraggebern wichtige Bausteine, die Grundlage für eine fachgerechte Ausführung sind.

Ebenso wichtig ist ein weiterer Grundgedanke: Die Gütesiche-

rung Kanalbau RAL-GZ 961 ist ein gemeinsames Projekt von Auftraggebern und Auftragnehmern und wird von beiden Seiten mit Leben gefüllt. Die Mitglieder treffen sich im Rahmen von Veranstaltungen der Gütegemeinschaft und finden dort ein Forum zum Meinungsaustausch. Sachverhalte rund um das Thema Ausführungsgüte werden gemeinsam diskutiert. Der Zusammenschluss von Auftraggebern, Ingenieurbüros und qualitätsorientierten Auftragnehmern verbessert das wechselseitige Verständnis und schafft die Grundlage für partnerschaftlichen Umgang.

Qualifikationsmerkmale

Die personelle und fachliche Qualifikation des Bieters ist für die Vergabe öffentlicher Aufträge ein maßgebliches Entscheidungskriterium. In den Güte- und Prüfbestimmungen finden sich detaillierte Anforderungen an die Fachkunde, technische Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Bieter sowie an die Dokumentation der Eigenüberwachung. Im Einzelnen gehören hierzu Anforderungen an Personal, Betriebseinrichtungen und Geräte, Nachunternehmer und Eigenüberwachung. Gütezeicheninhabern wird die Erfüllung dieser Qualifikationsmerkmale kontinu-

ierlich durch den Güteausschuss in Zusammenarbeit mit den beauftragten Prüfungingenieuren bestätigt. Die Zusammensetzung des Güteausschusses gewährleistet, dass die Interessen aller beteiligten Parteien in dessen Entscheidungen und damit das Anforderungsniveau des Eignungsnachweises einfließen.

Vielfältige Nachweise

Dabei kommen die verschiedenen Bausteine des Dienstleistungspaketes Gütesicherung Kanalbau zum Tragen. Sicherergestellt wird die Aussagekraft des Qualifikationsnachweises der Firmen unter anderem durch die kontinuierliche Beratung und Überprüfung durch die vom Güteausschuss beauftragten Prüfungingenieure. Bei deren Firmen- und Baustellenbesuchen weisen die Unternehmen ihre Erfahrung und Zuverlässigkeit sowie ihre Ausstattung in Bezug auf Personal und Betriebseinrichtungen und Geräte nach. Besondere Erfahrung des Unternehmens und des eingesetzten Personals für den jeweiligen Bereich belegen Nachweise über entsprechende Tätigkeiten. Die Zuverlässigkeit wird durch Vorlage eines Organisationsmanagements dokumentiert und bei den unangemeldeten Baustellenbesuchen in situ immer wieder erneut geprüft und bestätigt. Hinzu kommen aussagekräftige Referenzen wie zum Beispiel Abnahmeprotokolle.

Bei der Überprüfung der Ausstattung des Unternehmens geht es insbesondere um das Personal. So

muss zum Beispiel beim offenen Kanalbau ein Verantwortlicher mit erfolgreicher dreijähriger Tätigkeit im Kanal- oder Rohrleitungsbau, Fachpersonal in angemessener Zahl entsprechend dem jeweiligen Auftragsumfang sowie die Schulung durch überbetriebliche Fortbildungsmaßnahmen nachgewiesen werden. In Summe lassen Gütezeicheninhaber pro Jahr etwa 8.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter allein über Veranstaltungen der RAL-Gütegemeinschaft Kanalbau schulen. Hinzu kommt die Teilnahme an den Schulungen anderer Ausbildungsträger, wie zum Beispiel der DWA Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.

Ihre besondere Erfahrung weisen Gütezeicheninhaber auch nach der Gütezeichenverleihung zum Beispiel über die Meldung ihrer Maßnahmen im Login-Bereich unter www.kanalbau.com stetig nach. In 2011 gaben 25.000 Baustellenmeldungen einen hervorragenden Überblick über das, was draußen auf den Kanalbaustellen passierte. Die Übersicht zu den abgewinkelten Maßnahmen können Gütezeicheninhaber über ihren passwortgeschützten Login-Bereich ausdrucken und als Projektliste nutzen, ebenso wie weitere Angaben zur Qualifikation, etwa zu Stammdaten, Personal, Schulung und Geräteausstattung.

Eigenüberwachung als wichtiger Baustein

Der so genannte Leitfaden für die Eigenüberwachung ist eine Arbeitshilfe für Auftraggeber und Gütezeicheninhaber zur Dokumentation einer maßnahmenbezogenen Eigenüberwachung. Die konsequente Anwendung der Leitfäden ist Gewähr für eine Eigenüberwachung auf Grundlage der allgemein anerkannten Regeln der Technik. Gütezeicheninhaber prüfen und dokumentieren auf dieser Grundlage für alle Beurteilungsgruppen die Einhaltung der maßgeblichen Parameter. Leitfäden existieren für die Ausführungsbereiche Offener Kanalbau (AK), Vortrieb (VP, VM/VMD, VO/VOD), Inspektion (I), Reinigung (R) und Dichtheitsprüfung (D). Die entsprechenden Muster sind für alle Beteiligten frei verfügbar unter www.kanalbau.com - Qualifikationen - Leitfäden.

Die Leitfäden stellen ein Muster dar für den Mindestumfang der Eigenüberwachung und bieten ein Beispiel für die Dokumentation auf der Baustelle. Ihre Verwendung ist ein Angebot der Gütegemeinschaft Kanalbau. Alternativ kann die Eigenüberwachung in einer individuell angepassten Form dokumentiert werden, die im Rahmen von Qualitätssicherungssystemen erstellt wurde.

Gütezeicheninhaber der Beurteilungsgruppe „Sanierung“ verfügen über ein für das jeweilige Verfahren individuelles Handbuch, in dem die zum Einsatz kommenden Materialien genannt sind. Zu diesen Materialien existiert eine nach den aktuellen Regelwerken vollständige Materialprüfung. Weiterhin sind im Handbuch Anforderungen an Verfahren, Ausführung und Eigenüberwachung definiert. Auftraggeber können auf Grundlage dieser Eigenüberwachung die Einhaltung der relevanten Parameter bei der Sanierung kontrollieren. Auftraggeber mit einem Zugang zum Login-Bereich der Gütegemeinschaft, können die individuellen Muster für die Dokumentation der Eigenüberwachung von Gütezeicheninhabern S für beauftragte Maßnahmen abrufen. Hiernit steht ebenfalls ein wichtiges Instrument zur Verfügung, welches Aussagen über Qualifikation und Zuverlässigkeit eines Unternehmens ermöglicht.

Um eine fachgerechte Ausführung zu erreichen, benötigen nicht nur Gütezeicheninhaber aktuelles Know-how; auch Auftraggeber und Ingenieurbüros sichern sich über die RAL-Gütegemeinschaft Zugang zu einem umfangreichen



Fachgerechte Bauausführung: Mit dem Gütezeichen dokumentiert ein Unternehmen seine Qualifikation.

Bayerische Wassertage in Augsburg:

Entwicklungen im Umwelt- und Wasserrecht

Ganz im Zeichen von Energiewende und Klimaschutzziele standen die diesjährigen Bayerischen Wassertage in Augsburg. Rund 140 Teilnehmer aus ganz Bayern, darunter Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung, informierten sich über die aktuelle Entwicklung im Umwelt- und speziell im Wasserrecht. Bereits zum achten Mal in Folge lud KUMAS – Kompetenzzentrum Umwelt e. V. in Zusammenarbeit mit der Grünbeck Wasseraufbereitung, HPC AG, dem IGS Industriepark Gersthofen und dem Bayerischen Landesamt für Umwelt in die Fuggerstadt ein.

Die Anforderungen an den anlagenbezogenen Gewässerschutz werden mittlerweile wesentlich von Vorgaben der EU mit dem zentralen Leitbild des medienübergreifenden Umweltschutzes geprägt. Bis Ende des Jahres muss die Industrieemissions-Richtlinie in deutsches Umweltrecht umgesetzt sein. EU-Vorgaben für die „Beste Verfügbare Technik“ werden dann bei industriellen Prozess- und Abwasseranlagen deutlich mehr Gewicht erhalten. Auch Änderungen bei der Genehmigung und Überwachung sowie eine stärkere Berücksichtigung des Bodenschutzes stellen Anlagenbetreiber und Vollzugsbehörden vor neue Herausforderungen, die praxisnah beleuchtet wurden.

Welche Qualität die Bayerischen Wassertage haben, hob Umweltminister Dr. Marcel Huber in seinem Eröffnungsvortrag hervor. Zudem stellte er das Engagement der Bayerischen Staatsregierung, die Industrieemissionsrichtlinie auf nationaler Ebene möglichst 1:1 umzusetzen, heraus.

Als Vertreter der Stadt Augsburg kamen Bürgermeister Peter Grab und Umweltreferent Rainer Schaal zu den Bayerischen Wassertagen. Für sie hatte Minister Huber noch eine Überraschung im Gepäck. Er übergab die schriftliche Förderzusage für die Bewerbung der Stadt Augsburg als UNESCO-Welterbe mit dem Schwerpunkt Wasserwirtschaft in Höhe von 25.000 Euro.

Huber zufolge sind die zahlreichen Kanäle und Monumentalbrunnen der Stadt bayernweit einzigartig. Zudem blicke Augsburg auf eine lange Geschichte der Wasserwirtschaft und der Wasserbaukunst zurück und sei deswegen wie kaum eine andere Stadt in Bayern geeignet, um für die histo-

und regional gut erreichbaren Schulungsangebot. In den Schulungen werden die Anforderungen der DIN EN-, DIN- und DWA-Regelwerke zur fachgerechten Ausführung dargestellt. Auftraggeber und Ingenieurbüros sichern so die Qualifikation der Mitarbeiter, die damit auf dem aktuellen Kenntnisstand der allgemein anerkannten Regeln der Technik sind.

Auftraggeber und Ingenieurbüros haben mit dem vom Güteausschuss beauftragten Prüfungingenieur darüber hinaus einen regionalen Ansprechpartner in Bezug auf Thema Qualität und Qualifikation. Die Prüfungingenieure verstehen sich als neutrale Ansprechpartner mit dem Ziel, die Qualität bei der Herstellung und Instandhaltung von Abwasserkanälen und -leitungen stetig zu verbessern.

rischen und aktuellen Leistungen im Wassersektor zu werben. Bürgermeister Peter Grab dankte ihm mit dem begleitend zur Bewerbung von Martin Kluger herausgegebenen Buch „Wasserbaukunst, Trinkwasser und Wasserkraft in Augsburg“, das beschreibt, wie die Antriebskraft von Lech und Wertach Augsburgs frühen Aufstieg zur Industriemetropole ermöglichte.

Seit 1. November 2011 ist in Deutschland die novellierte Trinkwasserverordnung in Kraft. Daraus ergeben sich relevante Veränderungen sowohl für die Wasserversorger, aber auch für Planungsbüros, das ausführende Handwerk und die Betreiber von Versorgungsanlagen. Prof. Dr. med. Christiane Höller vom Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit gab einen Überblick zum Stand der Umsetzung der Trinkwasserverordnung. Notwendig sei eine enge Abstimmung zwischen den Ämtern und den Betreibern von Wasserversorgungsanlagen, um im Falle von Grenzwert-Überschreitungen schnell reagieren zu können.

Tag 2 des Kongresses legte den Schwerpunkt auf verschiedene Aspekte des Kanalunterhalts. Auch Abwasserkanäle unterliegen dem Verschleiß, so dass Untersuchung und Sanierung ein immerwährendes Thema sind. Berichtet wurde sowohl über aktuelle Entwicklungen als auch über die Pflichten der Betreiber und die üblichen Vorgehensweisen bei Prüfung und Sanierung. Dr. Robert Thoma, Sachverständiger für Kanalinspektion und -sanierung, wies darauf hin, dass die Grundstückseigentümer zur Überprüfung ihrer Entwässerungsanlagen nach DIN 1986-30 selbst verantwortlich seien. Er empfahl eine möglichst lückenlose Dokumentation, die gerade im Falle möglicher Auseinandersetzungen wichtig sei. In den meisten Fällen seien sich die Grundstückseigentümer ihrer Eigenverantwortung nicht bewusst. Hier bestehe großer Beratungsbedarf durch die Gemeinden als Betreiber der öffentlichen Abwasserfassungs- und -entsorgungsanlagen.

Zum Abschluss der Tagung wurde das Thema Abscheideranlagen aufgegriffen. Die Betreiber müssen die gesetzlichen Anforderungen bei sich ständig weiterentwickelndem Stand der Technik einhalten. Hierzu boten die Referenten Informationen und Hilfestellung. Abgerundet wurde das Thema durch praktische Betriebserfahrungen bei der Nutzung von Abscheidern. **DK**

www.gelsenwasser.de



Große Chance für kleine Kläranlagen!

Klärgas nutzen! Energieeffizienz steigern! Schlammmentsorgung minimieren!

Eine eigene Faulungsanlage wird auch für kleine Kläranlagen interessant. GELSENWASSER bietet ein bedarfsorientiertes Servicepaket: Fallbezogene Wirtschaftlichkeitsbetrachtung, Planung, Finanzierung, Umsetzung, betriebliche Unterstützung.

Für Ihr maßgeschneiderte Lösung sprechen Sie Herrn Alexander Heckmanns an: Telefon 0209 708-1932, Telefax 0209 708-738 oder alexander.heckmanns@gelsenwasser.de

GELSENWASSER
GAS · STROM · NATÜRLICH WASSER.

Fischdurchgängigkeit am Main auf rund 150 Fluss-Kilometern

Rhein-Main-Donau AG installiert rechtzeitig zur „Hauptreisewelle“ modernste Aalschutzeinrichtungen am Main

Dank wissenschaftlicher Neuentwicklungen heißt es jetzt auf rund 150 Mainkilometern freies Wandern für Aale in Richtung ihrer Laichgründe in der Sargassosee. Die Rhein-Main-Donau AG (RMD) stellte zusammen mit dem Betreiber ihrer 29 Laufwasserkraftwerke am Main zwischen Aschaffenburg und Bamberg, der E.ON, im Mainkraftwerk Erlabrunn neue technische Möglichkeiten zum Schutz des Aals als einem der wichtigsten Leitfische im Main vor, die erstmals in Bayern zur Anwendung kommen.

„Mit dem Einsatz von Migromaten und Zick-Zack-Rohren und Dank der Einführung eines sogenannten aalschonenden Betriebs unserer Kraftwerke erreicht unser Bemühen um einen wirkungsvollen Schutz der Aale bei ihren Wanderungen eine neue Stufe“, erklärte Dipl.-Ing. Wolfgang Fischbacher, Prokurist bei der RMD und unter anderem zuständig für das umfassende Projekt Fischdurchgängigkeit an den 59 RMD-Laufwasserkraftwerken in Bayern.

Im Oktober 2011 wurden die ersten zwei Migromate zur Signalisierung bevorstehender Aalwanderungen in den Kraftwerken Erlabrunn, Landkreis Würzburg, und Garstadt, Landkreis Schweinfurt, installiert und der Betrieb der Kraftwerke Schweinfurt, Garstadt, Wipfeld, Goßmannsdorf, Erlabrunn und Himmelstadt auf eine aalschonende Fahrweise umgestellt. „Die ersten Auswertungen zum Einsatz der Migromate bestätigen den erstrebten Erfolg einer höheren Aaldurchgängigkeit der Wasserkraftwerke am Main. Die Aale können so gefahrloser zu

ihren Laichgründen in der Sargassosee abwandern“, zeigte sich Richard Berghoff, Betriebsleiter der E.ON am Main, überzeugt.

Frühwarnsystem Migromat zeigt Erfolge

Aalschonender Betrieb bedeutet, dass in der Zeit von September bis Februar, während der Hauptwanderschübe der fortpflanzungsreifen Aale Richtung Meer, die Wehre um 20 cm angehoben werden, so dass mindestens 50 Prozent des Mainwassers statt durch die Turbinen durch die Wehrfelder strömt und die Aale unter den angehobenen Wehrtoren flussabwärts schwimmen können. Gleichzeitig wird die Turbinenleistung in den Kraftwerksanlagen gedrosselt, so dass eine für die Fische spürbar verminderte Strömungsgeschwindigkeit von weniger als einem halben Meter pro Sekunde an den Schutzrechen zum Turbineneinlauf entsteht. Dadurch können Fische seitlich oder flussaufwärts entweichen und der verstärkten Strömung bei den Wehr-

feldern folgen. So überwinden die 12 bis 15-jährigen weiblichen und zwischen sechs und neun Jahre alten männlichen Aale das Kraftwerk unbeschadet und gefahrlos.

Die Wanderrückmeldung, die „prä-migratorische Unruhe“, der ausgewachsenen Aale wird von Messfühlem in den oben genannten Migromaten bei den Kraftwerken Garstadt und Erlabrunn erfasst und an die Warte im RMD-Pumpspeicherkraftwerk Langenprozelten im Main-Spessart-Kreis signalisiert, von der aus alle Mainkraftwerke von RMD und E.ON fernüberwacht und -gesteuert werden. Hier werden sämtliche eingehenden Alarmmeldungen von Migromaten ebenso dokumentiert und gespeichert, wie die Start- und Endzeiten des aalschonenden Betriebs und die Abflussaufteilung des Mainwassers zwischen den Turbinen und Wehranlagen. Aale wandern nachts, daher wird der aalschonende Betrieb der Anlagen bei eingehendem „Wanderalarm“ grundsätzlich nachts von 18:00 Uhr bis 6:00 Uhr gefahren; bei länger anstehenden Alarmen wird diese Betriebsweise auch auf den Tag ausgedehnt.

In der Wandersaison 2011/12 wurden in Garstadt und Erlabrunn 64 bzw. 56 Wanderalarme, z. T. mehrere pro Tag aufgezeichnet, so dass dort und an den Nachbaranlagen an knapp 40 Tagen bzw.

Nächten der aalschonende Betrieb gefahren wurde.

„Nach den ersten positiven Erfahrungen mit dieser Fisch schützenden Fahrweise unserer Anlagen haben wir den aalschonenden Betrieb bereits im letzten Winter auch auf unsere Kraftwerke Volkach, Dettelbach, Kitzingen, Marktbreit, Randersacker und Harrbach ausgedehnt. Dadurch erreichen wir auf einer zusammenhängenden Flussstrecke von rund 150 Kilometern im Maindreieck zwischen Ottendorf, östlich von Schweinfurt, und Steinbach im Landkreis Main-Spessart eine freie, gefahrlose Wanderstrecke für die erwachsenen Blank-aale“, erläuterte Fischbacher.

Sinnvolle Ergänzung

„Bereits seit Jahren engagieren wir uns durch finanzielle Unterstützung des sogenannten fishing & moving – Programms, auch bekannt als catch & carry, des Fischereiverbands Unterfranken intensiv für den Aalschutz. Dabei werden Aale zur Wanderzeit abge-fischt und in entsprechenden Containern zum Rhein transportiert, von wo aus sie ihre 5.000 km lange Reise in die Sargassosee antreten können. Beide Maßnahmen, der aalschonende Betrieb am mittleren Main und das fishing & moving am unteren Main, ergänzen sich sinnvoll, so dass der Aalschutz insgesamt nachhaltig verbessert wird“, so Fischbacher weiter. „Um die Wirksamkeit der Maßnahme zu bewerten, informierten wir jeweils einen Fischereibetrieb über die Migromat-Meldungen von Erlabrunn telefonisch und erhielten im Gegenzug Protokolle der jeweiligen Fangergebnisse“, ergänzte Fischbacher.

Richtige Prognose

Dank dieses Informationsaustausches konnte unter anderem die richtige Prognose der Hauptwanderwelle vom 5. bis 11. Dezember 2011 bestätigt werden. In dieser Zeit wurden die Kraftwerke rund um die Uhr aalschonend betrieben, und es konnten über drei Tonnen Aale im Unterwasser des Wehres der Staustufe Harrbach für den Transport zum Rhein abge-fischt werden, von wo sie dann ungehindert barrierefrei in die Nordsee wandern. Die Transportkosten übernahm im Rahmen des Aalschutzprogramms die RMD.

Zusätzlich beauftragte die RMD über ihren Betriebsführer E.ON das Büro für Naturschutz, Gewässer- u. Fischereifragen (BNGF) mit der unabhängigen und neutralen Begutachtung der Einsatzfähigkeit des Frühwarnsystems und des praktisierten Abflussmanagements sowie einer entsprechenden Bewertung der ersten Wandersaison 2011/2012. Das unabhängige Gutachten hat die Funktionsfähigkeit des Frühwarnsystems Migromat und



Mit Dachrinnen, Fallrohren und weiteren Produkten für eine fachgerechte Grundstücksentwässerung rundet Funke das Angebot vom Dach bis zum Sammler ab. Foto: RUG

Funke erweitert die Produktpalette

Sortiment reicht jetzt vom Dach bis zum Sammler

Die Funke Kunststoffe GmbH hat verschiedene Produktbereiche des Bauzulieferers Riegelhof und Gärtner (RUG) übernommen. Ab dem kommenden Jahr werden Kabelkanäle, Lüftungssysteme und Dachrinnen das Gesamtangebot des traditionsreichen mittelständischen Familienunternehmens mit Sitz in Hamm erweitern.

Das professionelle Bauzubehör für private Bauherren, Industrie und Gewerbe stellt für das Unternehmen eine sinnvolle Ergänzung des Produktportfolios dar, das praxisorientierte und wirtschaftliche Lösungen für den Bereich der Wasser-, Abwasser- und Abfallwirtschaft umfasst.

Das Angebot reicht von Kunststoffrohrsystemen zur Abwasser-

die richtige Erkennung der Hauptwanderwelle der Aale im Dezember 2011 bestätigt.

RMD und E.ON stellen zusammenfassend fest, dass seit Herbst 2011 mit Hilfe des Frühwarnsystems Migromat belastbare Erkenntnisse über die Aalabwanderungszeiten im Maindreieck zwischen Ottendorf und Steinbach gewonnen werden, weshalb in diesen Zeiten die insgesamt zwölf Kraftwerksanlagen auch künftig gedrosselt betrieben werden und den Aalen über teilgeöffnete Wehre ein wirksamer Bypass zur Verfügung gestellt werden kann. Damit wird eine wesentliche ökologische Verbesserung erreicht. Diese Maßnahmen zum Aalmanagement werden auch im Leitfaden für Umweltgutachter und Wasserrechtsbehörden „Ökologische Verbesserungsmaßnahmen an Wasserkraftanlagen gemäß Erneuerbare-Energien-Gesetz“ des Landesfischereiverbands Bayern e. V. ausdrücklich positiv gewürdigt wird. Der Ansatz von RMD und E.ON ermöglicht es, auf die konkreten Fischfauna und Gewässerökologie vor Ort einzugehen und die jeweils beste Lösung im Einvernehmen mit Fischerei, Naturschutz, Schifffahrt und Behörden zu finden. □

entsorgung – hierzu gehören das HS®-und das CONNEX-Kanalrohrsystem, das KG-Rohr COEX 2000® und Auskleidungen für Betonrohre System FABEKUN® bis hin zu Sonderrohren. Der D-Raintank® als Regenwasserversickerungssystem und die D-Rainclean®-Sickersmulde für die Behandlung von Niederschlagswasser stellen weitere wichtige Produktbereiche dar. Hinzu kommen Sonderlösungen im Anschlussbereich und bei der Verbindung von Rohren aus verschiedenen Werkstoffen oder Produkte wie das Funke Rohrpfaster und das HS-Rohr Schneid- und Anfasgerät, die das Arbeiten mit Rohren im Hausanschluss- und Abwasserbereich deutlich einfacher machen.

Ab Frühjahr bestellbar

„Mit den Produkten aus dem Dachrinnen-Sortiment werden wir im Frühjahr 2013 auf den Markt gehen“, erklärt Dieter Jungmann, Leiter Geschäftsbereich Tiefbau, Funke Kunststoffe GmbH. „Neben Rinnen in vier verschiedenen Profilierungen und dem umfangreichen Zubehör, das von Bögen und Winkeln bis zu Halterungen und Endstücken reicht, werden wir auch die entsprechenden Fallrohre anbieten“, so Jungmann weiter. „Damit runden wir unser Angebot ab, das dann vom Dach bis zum Sammler alles bietet, was man für den Umgang mit Niederschlagswasser und für die Abwasserentsorgung braucht.“ In einem nächsten Schritt kommen Kabelkanäle für die Aufputzmontage in Gebäuden und komplette Lüftungssysteme mit vielfältigem Zubehör hinzu. □

Sechs Jahre Arbeitsgemeinschaft der Wasserversorger im Landkreis Freising

Die Arbeitsgemeinschaft der Wasserversorger im Landkreis Freising trifft sich bereits seit sechs Jahren zweimal im Jahr zum Erfahrungsaustausch. Diesmal fanden sich die Vertreter der Zweckverbände, Einzelversorger und Stadtwerke auf Einladung des Wasserwerkes Moosburg im alten Ratssaal des Moosburger Rathauses ein. Bürgermeisterin Anita Meinelt und der Leiter des Wasserwerks, Hans Hopfensberger, begrüßten die Gäste.

Neben den Wasserzweckverbänden Baumgartner Gruppe, Hörgerthausener Gruppe, Freising-Städ, dem Wasserwerk Moosburg, der Gemeinde Zolling (als ständiger Gast) und den Stadtwerken Freising wird die Paunzhauser Gruppe der Arge beitreten, wie Geschäftsleiter Manfred Daniel bekundete.

Im Mittelpunkt der Aussprache, die von Franz Rauch geleitet wurde, standen wieder die Berichte aus den einzelnen Versorgungen. Im Laufe der Diskussion zeigte sich, dass bei gezielter Betriebsweise der Wasserförderung und richtiger Anwendung des EEG, erhebliche Kosteneinsparungen möglich sind.

Zukünftig werden die Stadt-

werke Freising die vorgeschriebene Prüfung der Systemtrenner, wie sie zum Beispiel als temporärer Wasseranschluss auf Volksfesten eingesetzt werden, für die Arge-Mitglieder durchführen.

Gemeinsam wird man sich auch um die Mitarbeiterweiterbildung kümmern, wie zum Beispiel im Umgang mit speziellen Armaturen oder Anlagen der Wasserversorgung.

Rudolf Ottowitz von den Stadtwerken Freising berichtete über erfolgreich durchgeführte Stichprobenkontrollen von Wasserzählern. Nicht alle Teilnehmer befürworten aus betrieblichen Gründen diese Methode, die sich im Grunde nur für

größere Versorgungsunternehmen lohnt. Dennoch schloss sich eine intensive Diskussion über Vor- und Nachteile einer gemeinsamen Zählerbewirtschaftung an.

Ist uns als Bürger tatsächlich bewusst, in welcher Qualität die kommunalen Versorger zuverlässig das Trinkwasser liefern? Stattdessen wird zu oft den Versorgungen des Marktes gefolgt, der die bessere Qualität in Flaschen (Mineralwasser) preisen. Auch das ist eine Aufgabe, der sich die Wasserversorger in einer abgestimmten Form der Öffentlichkeitsarbeit widmen wollen.

Ein beeindruckendes Beispiel dafür ist die jährliche Brotboxaktion für Erstklässler, die von den bayerischen Wasserversorgern gemeinsam mit der Hopffisterei veranstaltet wird und von Franz Rauch vorgestellt wurde. Jedes Jahr erhalten Schulanfänger eine Brotbox für ihr tägliches Schulbrot und eine Wasserflasche, die dann mit Trinkwasser gefüllt, den Schulalltag erleichtern soll. □

Kanalsanierung ist Vertrauenssache.

Als erfahrener Spezialist für Kanalsanierungen in geschlossener Bauweise bieten wir Ihnen ingenieurtechnisches Know-how und zuverlässige Qualitätsarbeit. Vom Komplettanbieter und Generaldienstleister erhalten Sie wirtschaftliche Gesamtlösungen rund um die Kanaluntersuchung, Kanalprüfung und Kanalinstandsetzung.

Geiger Kanaltechnik GmbH & Co. KG
Lochhausener Straße 203 · 81249 München
Telefon +49 89 8950800-0 · www.geigergruppe.de/kanaltechnik

geiger



Vorteile auf der Baustelle:
– sehr großer Spannungsbereich (DN 100 – 1070)
– immer die richtige Manschette zur Hand,
– Verlassen der Baustelle deshalb unnötig
– schnelle und einfache Montage

Die perfekte Verbindung VPC®-Rohrkupplung



Funke Kunststoffe GmbH
Siegenbeckstraße 15
59071 Hamm-Uentrop
Tel. +49 (0) 2388 3071-0
info@funkegruppe.de
www.funkegruppe.de

Flughafen München II:

Verkehrsinfrastruktur zügig ausbauen!

Vorleistungsfunktion für die wirtschaftliche Entwicklung in den großen bayerischen Zentren
GZ-Gespräch mit FMG-Geschäftsführer Dr. Michael Kerkloh

Mehr Reisende als je zuvor nutzten in den ersten drei Quartalen 2012 den Münchner Flughafen. Mit rund 29,2 Millionen Passagieren wurden über zwei Prozent mehr Fluggäste als im Vorjahr registriert. Zudem stieg die Auslastung der Flugzeuge in den ersten neun Monaten auf den neuen Rekordwert von 75 Prozent. Glänzende Ergebnisse also. Was dem Weltflughafen jedoch nach wie vor fehlt, ist eine schnellere Bahnanbindung. Über Möglichkeiten und Notwendigkeiten des Schienenwegeausbaus rund um den Airport informierte der Vorsitzende der Geschäftsführung der Flughafen München GmbH (FMG) Dr. Michael Kerkloh in einem Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung.

GZ: Dem Münchner Flughafen eilt der Ruf voraus, aus der Luft besser erreichbar zu sein als vom Boden aus. Zu Recht?

Kerkloh: Das stimmt nicht ganz, wobei deutliche Ungleichgewichte natürlich nicht von der Hand zu weisen sind. Insbesondere

hergestellt zwischen dem Drehkreuz in der Luft am Flughafen München und dem zweitgrößten Fernverkehrsknotenpunkt in Deutschland, dem Münchner Hauptbahnhof. Zum einen wäre eine schnelle Anbindung an die Stadt gewährleistet gewesen, zum

Voraussetzung dafür, dass künftig Züge vom Münchner Flughafen über den Erdinger Ringschluss und die Walpertskirchener Spange direkt bis nach Freilassing und Salzburg geführt werden können. Darüber hinaus bleibt aber auch die Anbindung des Münchner Airports an das Hochgeschwindigkeitsnetz der Bahn ein wichtiges Anliegen.

Ich setze hier vor allem auf die geplanten transeuropäischen Schnellstrecken, wobei insbesondere die Verbindung von Paris nach Bratislava unbedingt über den Münchner Flughafen geführt werden sollte. Vor dem Hintergrund, dass nach dem Willen der EU-Kommission leistungsfähige Infrastrukturen in Europa durch Schnellbahnstrecken quer durch Europa aufgebaut werden sollen, bedeutet dies, dass bei Planung und Bau einer Schnellstrecke mit einer 10- bis 15-prozentigen EU-Förderung zu rechnen ist.

GZ: Apropos Finanzierung: Mit der Präsentation des ÖPP-B-Modells hat der Bayerische Bauindustrieverband einen Lösungsansatz geliefert. In diesem Modell werden die positiven Erfahrungen, die bereits mit dem Ausbau der Autobahn A8 von München bis Ulm gemacht wurden (ÖPP-A-Modell) auf den Schienenweg übertragen. Wie lautet ihre Position?

Kerkloh: Zunächst muss man sich nach gegebenen Haushaltsgrundsätzen richten. Klar ist aber auch, dass wir die Schiene brauchen, wenn wir den Flugverkehr so effizient wie möglich gestalten wollen. Wir wünschen uns volle Flugzeuge und wollen unser europaweit einmaliges Münchner Netz behalten. Von unserem Airport aus gelangt man nämlich täglich in jede Region Europas. Umgekehrt ist München aufgrund dieses Netzes in Europa ein hochattraktives Ziel, weil die Erreichbarkeit einer Region sehr viel über den wirtschaftlichen Erfolg aussagt. Das heißt: Ist das Luftverkehrsnetz sehr gut, sind die Voraussetzungen äußerst günstig, dass sich die Wirtschaft überdurchschnittlich entwickelt.

GZ: Und im Münchner Raum ist die Entwicklung ja offensichtlich!

Kerkloh: Wobei ich nochmals unterstreiche: Die Belange und Wirkungen des Flughafens gehen weit über den Großraum München hinaus. Das Signal, das von Ausbauplanungen am Airport gesendet wird, gilt für ganz Bayern. Zukunftsstandort, Ansiedlungsmöglichkeit und Top-Infrastruktur – das sind kurz und knapp die Kernbotschaften. Bremst man allerdings diese Entwicklung, wird man die Auswirkungen schlechend zu spüren bekommen – mit dem Ergebnis, dass wir in 20 Jahren ein Strukturproblem haben. Deshalb ist die Vernetzung nicht nur mit Regionalzügen, sondern auch mit Fernbahnen ungeheuer wichtig. Das Einzugsgebiet würde sich verändern und viele Leute würden dann vom Auto auf die Bahn umsteigen. Ein nicht zu unterschätzender und von der FMG geförderter Umweltgesichtspunkt.

GZ: München ist der siebtgrößte Flughafen in Europa und zählt damit zu den europäischen Großflughäfen. Er verzeichnet, verglichen mit anderen deutschen Flughäfen, ein überdurchschnittliches Wachstum. Die Fluggastzahlen steigen, allerdings stagniert die Luftfracht im Moment. Was bedeutet das?

Kerkloh: Die Luftfracht ist für uns ein Frühindikator. Anhand

der Luftfrachtströme ist erkennbar, wie sich die Konjunktur in nächster Zeit entwickelt. Da Import wie Export stark bzw. leicht rückläufig sind, ist dies für uns ein deutliches Signal, dass das kommende Jahr – falls es überhaupt zu einem Wachstum kommt – sich eher verhalten entwickeln wird.

GZ: Wie definieren Sie die Rolle des Münchner Flughafens als Arbeitgeber in der Region?

Kerkloh: Es gibt eine allgemein gültige Faustregel: Mit einem Passagierwachstum von einer Million werden direkt am Flughafen ca. 1000 Arbeitsplätze geschaffen. 2012 werden wir in München vermutlich ein Wachstum von 800.000 Passagieren gegenüber 2011 verzeichnen. Das sind erfreuliche Zahlen. Bedeutend ist für die Region aber auch der sog. Beschäftigungsmultiplikator, von dem auch Umlandkreise wie beispielsweise Landschut, Dachau oder Rosenheim profitieren. Grundsätzlich ist der Flughafen ein Arbeitgeber, der in Krisenzeiten ziemlich stabil ist. Hinzu kommt, dass wir ein Industriezweig sind, der nicht einfach wegziehen kann. Die Arbeitsplätze bleiben hier und deren Bandbreite verändert sich auch nicht - von ungelern bis hochqualifiziert.

GZ: München ist ein sogenannter Hub-and-Spoke-Flughafen. Das heißt: Bei diesem Verfahren werden Passagiere sowie Güter zunächst von ihrem Abflugort zum Drehkreuz geflogen, um von dort mit Passa-

gieren und Gütern aus zahlreichen anderen Richtungen (aber mit dem gleichen Ziel) zu ihrem eigentlichen Bestimmungsort weiterzufliegen. Welchen Nutzen zieht der Airport daraus?

Kerkloh: Wir stehen europaweit mit etwa zehn Hubs, darunter Amsterdam, Frankfurt, London, Paris und Zürich, im Wettbewerb. Voraussetzung für einen Hub ist eine starke Hub-Airline mit Basisstandort. In München ist dies die Deutsche Lufthansa, die hier 125 Flugzeuge stationiert hat. Dadurch haben der Großraum München und eben auch ganz Bayern eine optimale Anbindung an Europa und die Welt. Alle großen wirtschaftlichen Zentren sind mit München über Nonstop-Flüge verbunden. Deutschlandweit ist dies nur noch in Frankfurt am Main der Fall.

GZ: Gibt es einen weiteren Aspekt?

Kerkloh: Ja, den Umsteigeraspekt. Die Anwendung des Hub-and-Spoke-Verfahrens führt zu einer hohen Auslastung der zentralen Verkehrsknoten und der Flugzeuge. Wir hatten in München im vergangenen Jahr einen Umsteigeranteil von 40 Prozent.

GZ: Stichwort „Dritte Startbahn“: Wie ist der Stand der Dinge?

Kerkloh: Grundsätzlich besteht der Nutzen, der sich mit dem Bau der „Dritten Startbahn“ verbinden würde, darin, dass sie die Möglichkeit schafft, die Mobilität und Erreichbarkeit Bayerns und seiner Landeshauptstadt durch weitere Flugverbindungen zu at-

traktiven Zielen in allen Teilen der Welt langfristig und nachhaltig zu erhöhen. Der Münchner Flughafen zieht – verglichen mit anderen Großflughäfen – deutschlandweit die geringsten Belastungen für Bürger und Umwelt nach sich. Klar ist aber auch, dass es am Ende einer sorgsam Abwägung der Argumente und Interessen von Befürwortern und Gegnern bedarf.

GZ: Und was bedeutet das?

Kerkloh: Unsere Philosophie lautet erstens: Wir erkennen an, dass es Menschen gibt, die ein Problem mit der Flughafenerweiterung haben. Zweitens: Wenn die dritte Startbahn trotzdem die beste Lösung ist, müssen wir für die Betroffenen, sprich vor allem die Anwohner, gute Lösungen erarbeiten. Dafür gibt es unter anderem den Nachbarschaftsbeirat. Wir nehmen uns auch Zeit für Einzelschicksale und bemühen uns um tragfähige Lösungen. Das braucht Zeit. Aber ich bin sicher, dass wir den überwiegenden Teil der Konflikte gut lösen werden. Für Ausgleichsflächen, Lärmschutz und weitere Umweltschutzmaßnahmen nimmt die FMG im Übrigen fast so viel Geld in die Hand wie für den eigentlichen Bau der Startbahn.

GZ: Das Thema steht also weiter auf der Tagesordnung?

Kerkloh: Ein klares Ja, denn der Freistaat Bayern und der Bund als größte Gesellschafter der Flughafen München GmbH wollen an dem Projekt „Dritte Startbahn“ festhalten. **DK**



Anne-Marie (r.) und Constanze von Hassel gemeinsam mit Dr. Michael Kerkloh.

re, wenn man bedenkt, dass das Passagieraufkommen des vor 20 Jahren in Betrieb genommenen Airports seither um das etwa Dreifache gestiegen ist, der an- und abfließende Verkehr sich jedoch bei weitem nicht in diesen Größenordnungen entwickelt hat.

GZ: Wo liegt konkret das Problem?

Kerkloh: Wir haben eine Schienenanbindung, die nur nach Südwesten ausgerichtet ist. Die gesamte Infrastrukturentwicklung am Boden konzentriert sich sehr stark auf die Achse Flughafen-Landeshauptstadt München. Man darf aber nicht vergessen, dass wir ein Flughafen für Bayern sind und eine Vorleistungsfunktion für die wirtschaftliche Entwicklung in den großen Zentren außerhalb Münchens wie Landschut, Regensburg, Rosenheim oder auch Augsburg haben. Diese Städte fallen alle etwas aus dem Fokus, weil der Airport den Namen der Landeshauptstadt trägt. Dass es für die beiden Städte in unmittelbarer Nähe zum Flughafen - Freising und Erding - bis heute keine Schienenanbindung zum Flughafen gibt, ist eigentlich unvorstellbar.

GZ: Welche Versäumnisse hat es aus ihrer Sicht gegeben?

Kerkloh: Zunächst: Wir sind Weltklasse in Europa. Bei den Kriterien Qualität und Komfort spielen wir vorne mit. Allerdings haben wir Kreisklasseformat, auch was die Anbindung an die Landeshauptstadt betrifft. Tatsache ist, dass alle Flughäfen unserer Größenordnung auch über eine leistungsfähige Fernbahnanbindung an den Airport verfügen. Hier wurde leider versäumt, schon im Zuge der Flughafenplanung die Verkehrserschließung nach Osten hin zu entwickeln. Sowohl die Straßen- als auch die Schieneninfrastruktur in Richtung Erding und darüber hinaus sind entweder nicht existent oder sehr dürftig.

GZ: Hätte der Transrapid die Defizite bei der Anbindung behoben?

Kerkloh: In der Tat. Der Transrapid hätte die Verknüpfung

anderen hätte man das Problem der fehlenden Fernbahnanbindung vernünftig gelöst.

GZ: Welche Überlegungen werden nun konkret angestellt?

Kerkloh: Die Frage, wie man den Flughafen von der Schiene aus leistungsfähig erreichbar macht, beinhaltet den Bau einer weiteren S-Bahn von Freising über den Flughafen nach Erding. Wir sprechen hier vom sogenannten Erdinger Ringschluss. Ein Teil dieses Projekts ist die Neufahrner Kurve. Diese 2,5 Kilometer lange Strecke ist bereits planfestgestellt. Sollte es keine Einsprüche und Klagen geben und ist die Finanzierung sichergestellt, kann gebaut werden. Ich gehe davon aus, dass dies 2013 bereits der Fall sein wird.

GZ: Und die restlichen Kilometer?

Kerkloh: Beim ersten Abschnitt, der sich von Freising zum Flughafen erstreckt, rechnen wir in wenigen Jahren mit einer Betriebsaufnahme. Teil 2 der Strecke, die vom Flughafen nach Erding verläuft, ist dagegen planungsrechtlich noch nicht soweit. Ich gehe aber davon aus, dass auch diese S-Bahn realisiert wird, etwa zum Jahr 2020 hin. Im Übrigen ist diese Freisinger Flughafenverbindung auch deshalb so charmant, weil sie eine Durchbindung von Regionalzügen beispielsweise aus dem Regensburger und Passauer Raum und insbesondere auch von Landschut bis zum Airport hinein ermöglichen würde. Viele Kommunalpolitiker gerade aus Niederbayern und der Oberpfalz erheben diese Forderung.

GZ: Damit ist das Problem Ostanbindung aber nach wie vor nicht gelöst...

Kerkloh: Fakt ist: Wir müssen im ostbayerischen Raum endlich leistungsfähige Schienenwege errichten. Bei einer Regionalkonferenz in Burghausen wurde kürzlich eine Resolution verabschiedet, die unter anderem den elektrifizierten zweigleisigen Ausbau von München bis Freilassing zum Inhalt hat. Diese Maßnahme ist

Vorbereitungen der Deutschen Bahn für den Winter in Bayern

Weichen mit Abdeckungen - Zug-Enteisungsanlagen in den Werken
Mehr Räum- und Sicherungskräfte

Routinemäßig hat die Deutsche Bahn sich wieder intensiv auf den nun beginnenden Winter vorbereitet. In Bayern steht dabei im Vordergrund, die vorhandenen Räum- und Sicherungskräfte richtig einzuteilen. Insgesamt sind bis zu 4.400 Räum- und Sicherungskräfte und damit ca. 15 Prozent mehr als im Jahr zuvor verfügbar und kurzfristig für den Wintereinsatz abrufbar.

Auch viele organisatorische Maßnahmen sollen helfen, die Einwirkungen von Schnee und Eis auf den Bahnverkehr so gering wie möglich zu halten. Der Einsatz von Winterdienstmitarbeitern wird örtlich flexibler gehandhabt, zusätzliche Mitarbeiter für die Disposition von Zügen stehen bereit. Mit einer zusätzlichen Schneeschleuder in Kempten verfügt die DB in Bayern nunmehr über 18 Schneeräumfahrzeuge und damit zwei mehr als im Vorjahr.

Sie stehen bereit in Würzburg, Hof, Kronach, Weiden, Plattling, München, Freilassing, Holzkirchen, Garmisch-Partenkirchen und Kempten. Im Fall von starken, länger anhaltenden oder flächendeckenden Winterwetterlagen sind Pläne aufgestellt, wie einerseits wenig benötigte Infrastrukturanlagen (zum Beispiel Überholgleise) gezielt aus dem Betrieb genommen, dafür aber durchgehende Strecken und Knotenbahnhöfe mit allen Kräften frei gehalten werden können.

Verschlussfachabdeckungen

Weiterhin rüstete die DB Netz im Freistaat in diesem Jahr bisher 800 Weichen mit Verschlussfachabdeckungen aus. „Diese Abdeckungen schützen die Verschlussgestänge der Weichen vor Schneeanhäufungen und Eisabwurf durch Züge. Zusätzlich haben wir die Heizleistung der Weichenheizungen verstärkt“, so Volker Hentschel, Produktionsleiter DB Netz Bayern. Eine Weichenheizung schaltet sich bei Temperaturen um 0 °C und/oder Schneefall automatisch ein. Ihre Leistung kann bis zu 50 Kilowatt betragen. (Das entspricht in etwa der doppelten Leistung einer Heizung eines Einfamilienhauses.) Bei extremem Frost oder starken

Schneeverwehungen benötigt eine Weichenheizung aber mehrere Stunden für ein vollständiges Abtauen. In diesem Fall müssen Schneeräumkräfte die Gleise und Weichen per Hand freischaufeln. Um Schneeverwehungen vorzubeugen, wurden auf insgesamt 28 Kilometer Länge Schneefangzäune aufgestellt.

Abtauanlagen

DB Regio Bayern verfügt in den Werkstätten Hof, Kempten, München, Nürnberg über 70 Ab-

tauanlagen. Diese Züge können damit schneller von Vereisung befreit und gewartet werden, als dies früher der Fall war. Teilweise werden auch Zelte neben den Werkhallen aufgestellt und beheizt, um die Kapazitäten zu erweitern. Spezielle Bereitschaftspläne sorgen dafür, dass bis zu 20 Prozent mehr Mitarbeiter kurzfristig in den Werken eingesetzt werden können.

Auf über 1,7 Millionen Quadratmeter summiert sich die Fläche der zu räumenden 2.100 Bahnsteige in Bayern. Dies entspricht der Fläche von mehr als 250 Fußballfeldern. Die Winterdienstkräfte sind ausgerüstet mit 400 Traktoren und 700 Schneefräsen. DB Services hat dazu Verträge vor allem mit örtlichen Dienstleistern abgeschlossen. **□**

„Initiative zeigt Wirkung“

Minister Zeil zur Zusage des Bundes, Planungen für wichtige bayerische Schienenprojekte zu finanzieren

Verkehrsminister Martin Zeil ist erfreut über die Zusage des Bundes, die Aufnahme der Planungen für die Ausbaustrecken München – Mühldorf – Freilassing/Salzburg sowie München – Rosenheim – Kiefersfelden/Kufstein, Teile des Maßnahmenpakets „Knoten München“ und die Elektrifizierung der Abschnitte Hof – Marktredwitz und Marktredwitz – Schirnding/Eger zu finanzieren.

„Das ist ein Ergebnis unserer Initiativen beim Bundesverkehrsminister, bei dem ich mich für diese Projekte stark gemacht habe“, betont Zeil. Zwar gebe es im Freistaat angesichts des Investitionsstaats noch viele weitere Schienenprojekte, bei denen es endlich Fortschritte geben müsse; er werte die Zusage aber als wichtigen Erfolg für Bayerns Verkehrspolitik.

Auf mittlere Sicht erwartet sich Zeil auch für die übrigen bayerischen Projekte des Bedarfsplans Schiene Fortschritte bei den Planungen: „Hier werde ich gegenüber dem Bund nicht nachlassen. Investitionen in die Schiene sind Schlüsselinvestitionen für Bayerns Zukunft!“

Möglich wurde die Planungsfinanzierung des Bundes durch das neu eingeführte Planungskosten-

budget, das auf Vorschlag des bayerischen Verkehrsministers Eingang in den Berliner Koalitionsvertrag gefunden hatte.

Vermeidbare Verzögerungen

Mit der nun umgesetzten ersten Stufe des Planungskostenbudgets können für wichtige Schienenprojekte frühzeitig Planungen eingeleitet werden. Damit wird die Grundlage für die späteren Phasen Entwurfsplanung und Planfeststellung sowie schließlich für die Umsetzung der Bauprojekte gelegt. In der Vergangenheit traten auch wegen des fehlenden Planungsvorlaufs und der Frage der Planungskostenfinanzierung immer wieder vermeidbare Verzögerungen bei Planungs- und Realisierung von Schienenprojekten auf. **□**

Der neue BMW 3er Touring:

Fahrdynamik und Funktionalität im sportlich-eleganten Design

Die Neuauflage des BMW 3er Touring setzt mit markentypischer Dynamik, einem Plus an Funktionalität und Variabilität sowie einer praxisgerechten Serienausstattung neue Akzente im Segment der Premium-Sportkombis. Sein erweiterter Innenraum ist vielseitig nutzbar und wird den Ansprüchen moderner, aktiver Kunden in vollem Umfang gerecht. In dieser Rolle überzeugt der neue BMW 3er Touring gleichermaßen als sportlich-elegantes, dynamisches Reisefahrzeug wie auch als komfortables und geräumiges Fahrzeug im Sport- und Freizeiteinsatz.

Die gestreckte Silhouette mit sanft abfallender Dachlinie, die weit nach hinten reichenden Fensterflächen und das kraftvoll gezeichnete Heck entfalten eine eigenständige Touring Persönlichkeit und lassen das große Potenzial der neuen BMW 3er Variante schon auf den ersten Blick erkennen.

Bestwerte: Mehr Raum fürs Gepäck und clevere Detaillösungen

Mit einem Längenzuwachs von 97 Millimeter und einem Radstand von plus 50 Millimeter bietet der neue BMW 3er Touring ein erweitertes, variabel nutzbares Platzangebot für Passagiere und Gepäck und damit Freiraum für vielfältige Aktivitäten. Dabei markiert das um 35 Liter auf 495 Liter vergrößerte Gepäckraumvolumen den Bestwert in seinem Segment. Eine praxisgerechte Serienausstattung wie die im Verhältnis 40:20:40 geteilte Rücksitzbank, die automatische Heckklappe mit separat zu öffnender Heckscheibe, die

Edelstahlblende auf der mit 62 Zentimeter angenehm niedrigen Ladekante, das separate Trennnetzrollo und das sauber im Unterboden verstaubare Abdeckrollo machen deutlich, dass sich der neue BMW 3er Touring den jeweiligen Erfordernissen perfekt anpassen lässt.

Maßgeschneiderte Optionen wie das adaptive Befestigungssystem mit variablen Steckelementen für den Gepäckraumboden, das berührungslose Öffnen der Heckklappe als Teil der Sonderausstattung „Komfortzugang“ oder die elektrisch ausschwenkende Anhängerkupplung steigern den Reise- und Transportkomfort zusätzlich.

Modellstart mit BMW 328i, 330d und 320d Touring

Neben dem Plus an Funktionalität und Variabilität profitiert der neue BMW 3er Touring vom gesteigerten Fahrkomfort, den neuen Ausstattungslinien „Sport Line“, „Luxury Line“ und „Modern Line“ sowie dem Material-

und Farbkonzept der kürzlich vorgestellten Limousine. Zudem steht von Beginn an ein optionales M Sportpaket zur Verfügung.

Agilität und Fahrdynamik sind weitere typische Qualitäten, mit denen der neue BMW 3er Touring punkten kann. Zur Markteinführung stehen drei kultivierte, verbrauchsgünstige und durchzugsstarke Triebwerke zur Auswahl, die allesamt mit der BMW TwinPower Turbo Technologie arbeiten.

Neben einem neuen Vierzylinder-Benziner mit 180 kW/245 PS und dem überarbeiteten Zweiliter-Dieselmotor mit 135 kW/184 PS sorgt ein optimierter Sechszylinder-Diesel mit 190 kW/258 PS für sportliche Fahrdynamik bei erheblich reduzierten Verbrauchs- und Emissionswerten. Alle Motoren unterschreiten die Grenzwerte der Abgasnorm EU5, der Selbstzünder 320d lässt sich auf Wunsch nach Maßgabe der EU6 weiter optimieren. Daneben eröffnet der Fahrerlebnisschalter mit ECO PRO Modus für alle Motorisierungen zusätzliche Einsparpotenziale.

Die Kraftübertragung auf die Hinterräder erfolgt bei den Vierzylindern über ein sportliches Sechsgang-Handschaftgetriebe. Als Option bietet BMW zudem die innovative Achtgang-Automatik, die beim Sechszylinder-Diesel serienmäßig an Bord ist. Als weitere Option kann der Kunde die Achtgang Sport-Automatik inkl. Schalt-



wippen am Lenkrad wählen. Alle Getriebe arbeiten mit der verbrauchsmindernden Auto Start Stop Funktion. Eine ausgefeilte Fahrwerkstechnik mit vielen Leichtmetall-Komponenten und neuer Abstimmung, die von Antriebseinflüssen freie elektromechanische Lenkung, das um bis zu 40 Kilogramm geringere Gesamtgewicht und die ausgeglichene Verteilung der Achslast runden das sportliche Gesamtkonzept ab.

BMW EfficientDynamics

Modernste elektronische Regelsysteme unterstützen das fahrdynamische Potenzial des neuen BMW 3er Touring und sorgen am Ende für die perfekte Kombination aus Sportlichkeit und Fahrkomfort. Auf Wunsch ist der neue Touring mit M Sportfahrwerk oder adaptivem M Sportfahrwerk erhältlich.

Neben hoher Funktionalität und sportlicher Dynamik trägt auch die herausragende Wirtschaftlichkeit zum Fahrvergnügen im neuen BMW 3er Touring

bei. Sie ist das Resultat der Entwicklungsstrategie BMW EfficientDynamics, deren Ergebnisse in nahezu allen Bereichen des neuen Modells zum Einsatz kommen. Neben den verbrauchs-optimierten Benzin- und Dieselmotoren sorgen das intelligente Leichtbaukonzept, die optimierte Aerodynamik und weitere Maßnahmen wie Auto Start Stop Funktion, Bremsenergie-Rückgewinnung, Schaltpunktanzeige und bedarfsgerecht gesteuerte Nebenaggregate dafür, dass der leistungsstarke BMW 3er Touring auch mit günstigen Verbrauchs- und Emissionswerten überzeugen kann. Darüber hinaus bietet der Fahrerlebnisschalter mit ECO PRO Modus weitere Einsparpotenziale.

BMW ConnectedDrive

Mit einem umfangreichen Angebot an Fahrerassistenzsystemen und Mobilitätsdienstleistungen, die serienmäßig oder optional im Rahmen von BMW ConnectedDrive angeboten werden, setzt der neue BMW 3er

Touring Maßstäbe in Sachen Sicherheit, Komfort und Infotainment. Ein Highlight ist das mehrfarbige Head-Up Display der jüngsten Generation, das wichtige Informationen in brillanter Auflösung auf die Frontscheibe projiziert. Neben weiteren komfort- und sicherheitsrelevanten Assistenzsystemen sorgt eine besonders leistungsfähige Schnittstellentechnologie für die umfassende Nutzung externer Mobiltelefone und zahlreicher Bluetooth-Office-Funktionen für internetbasierte Services.

Mit der Sonderausstattung Apps und der kostenlosen Applikation

„BMW Connected“ können unter anderem soziale Netzwerke, Web-Radio und die Kalenderfunktion des iPhones genutzt werden. Schließlich erhöhen Auskunft- und Bürodienste sowie Reise- und Freizeitplaner den individuellen Reisekomfort im neuen BMW 3er Touring. □



BMW Behörden

www.bmw-behoerden.de



Freude am Fahren

495 LITER: GANZ SCHÖN VIEL. 4,8 LITER: GANZ SCHÖN WENIG.

Der neue BMW 3er Touring setzt in der fünften Generation erneut Maßstäbe – auch für Ihren Fuhrpark. Dafür sorgen unter anderem Innovationen wie der serienmäßige Fahrerlebnisschalter. Mit ihm lässt sich der Kraftstoffverbrauch im ECO PRO Modus um bis zu 20% reduzieren.* Bei einem kombinierten Verbrauch von 4,8 Litern auf 100 km erzielt der BMW 320d Touring Werte, die sich sehen lassen können – besonders bei der Abrechnung. So klein die Kosten sind, so groß sind die Möglichkeiten: Mit 495 Litern bietet der neue BMW 3er Touring das größte Kofferraumvolumen seiner Klasse. **Erfahren Sie mehr unter www.bmw-behoerden.de oder schreiben Sie Herrn Christian Brandl, unserem Leiter Verkauf an Landesbehörden, persönlich unter: Christian.BA.Brandl@bmw.de**

DER NEUE BMW 3er TOURING. JETZT PROBE FAHREN.

BMW EfficientDynamics

320d Touring 4,8 l/100 km 135 kW (184 PS)

BMW 320d Touring: Kraftstoffverbrauch in l/100 km (innerorts/außerorts/kombiniert): 6,0–5,9/4,0–3,9/4,8–4,6. CO₂-Emission in g/km (kombiniert): 125–122. BMW 3er Touring: Kraftstoffverbrauch in l/100 km (kombiniert): 6,8–4,6. CO₂-Emission in g/km (kombiniert): 159–122. Als Basis für die Verbrauchsermittlung gilt der ECE-Fahrzyklus. Abbildungen zeigen Sonderausstattungen. * Abhängig vom individuellen Fahrverhalten; ermittelt in BMW interner Verbrauchsstudie.

Licht Plus - Das Verschwinden des Lichts

Mit der Licht Plus Veranstaltungsreihe fördert Selux den Austausch mit innovativen und kreativen Geistern aus verschiedenen Disziplinen. Das nächste Thema: Das Verschwinden des Lichts. Wie kaum ein anderes Medium hat das künstliche Licht in den letzten Jahrzehnten unseren Lebensraum revolutioniert. Wir wohnen in Metropolen und Städten des Lichts, wobei sich die Grenzen zwischen Beleuchtung und Informationsträgern immer mehr verwischen. Die halbleitenden Dioden bestehen aus extrem wenig Material. Die Folge: Die lichtgebende Technik verschmilzt mit der Architektur. Wie werden Material und Licht in diesem Kontext wahrgenommen? Die Veranstaltung findet am 31. Januar 2013 um 18 Uhr im Sofitel Bayerpost in München statt. □

AVANZA
LED
selux.com/avanza



Ästhetisch.
Leistungsstark.
Zukunftssicher.

Die Avanza LED mit richtungsweisender Selux Cross Beam Technology (CBT) sorgt für präzise und homogene Beleuchtung von Straßen und Plätzen nach DIN EN 13201. Sie kombiniert modernste LED Lichttechnologie mit klarer Fomensprache.

- Besonders bemerkenswert:
- Lebensdauer 80 000 Betriebsstunden / L70
 - Exzellentes Wärmemanagement
 - Werkzeugloser Austausch der LED-Module
 - Comfort Feature für erhöhten Sehkomfort

Avanza. Die Leuchtenfamilie für den Stadtraum.

selux

Polizei erhält neue Einsatzfahrzeuge

Erstmals BMW X3 für unwegsames Gelände und mit spezieller Autobahnausstattung

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat in der BMW-Welt in München von Karsten Engel, Leiter Vertrieb Deutschland der BMW Group, je fünf neue BMW 320d Touring und BMW X3 in Empfang genommen. „Damit erhalten unsere Polizistinnen und Polizisten hochmoderne und besonders sichere Dienstfahrzeuge“, sagte Herrmann bei der Schlüsselübergabe.

Besonders hob der Innenminister hervor, dass der Bayerischen Polizei mit dem BMW X3 jetzt erstmals auch ein geländegängiges Einsatzfahrzeug als neuer Fahrzeugtyp zur Verfügung steht. Als BMW X3 xDrive20d sind die Fahrzeuge für Dienststellen mit gebirgigem Gelände oder mit hohem Anteil an unwegsamem Forst- und Waldwegen vorgesehen. Verbunden mit einer stärkeren Motorisierung und umfangreicher zusätzlicher Ausstattung zur Eigensicherung werden die BMW X3 xDrive30d auf Autobahnen zum Einsatz kommen. „Die Sicherheit unserer Polizistinnen und Polizisten hat auch auf Autobahnen höchste Priorität“, so Herrmann.

Beamtensicherheit

Für 2012 hat die Bayerische Polizei insgesamt 41 BMW X3 bestellt, die noch bis Ende des Jahres ausgeliefert werden. Die Autobahnversion des BMW X3 verfügt zusätzlich unter anderem über eine blaue LED-Frontwamleuchte hinter der Windschutzscheibe, eine gelbe Lichtleiste nach hinten mit sechs starken LED-Leuchtelementen sowie über einen speziellen Kofferraumauszug und vier statt bisher nur zwei zusätzliche blaue LED-Leuchten in der Laderaumklappe. „Damit sind die Einsatzfahrzeuge deutlich besser sichtbar und bieten damit mehr Sicherheit für die eingesetzten Beamten“, betonte Herrmann. „Es freut mich sehr, dass wir hier auch einem besonderen Anliegen unse-

rer Polizeigewerkschaften Rechnung tragen können.“

Sparsame Dieselfahrzeuge

Bei den BMW 320d Touring handelt es sich ebenfalls um leistungsfähige und äußerst sparsame Dieselfahrzeuge. Sie verfügen über hochmoderne Sondersignalanlagen in LED-Technik der Firma Hella, die für optimale Erkennbarkeit und Warnwirkung sorgen. Bis Ende dieses Jahres liefert BMW etwa 150 BMW 320d Touring an die Bayerische Polizei aus. Für 2013 sind rund 350 und für 2014 850 Fahrzeuge vorgesehen. Sie ersetzen vorwiegend geleaste Fahrzeuge, deren zweijährige Nutzungszeit abgelaufen ist.

EU-weite Ausschreibung

Ende des Jahres 2011 wurde die EU-weite Ausschreibung über einen mehrjährigen Liefervertrag von Dienstfahrzeugen für die Bayerische Polizei abgeschlossen. Die BMW-Group hat erneut die wirtschaftlichsten Angebote abgegeben und beliefert die Bayerische Polizei für die nächsten vier Jahre mit BMW Fahrzeugen der 3er, 5er und X3 Reihen. Ausschlaggebend für den Zuschlag war unter anderem bestmögliche passive Sicherheit, sicheres Fahrverhalten, Qualität und Bedienfreundlichkeit der polizeispezifischen Einbauten, Folgekosten für Wartung und Kraftstoffverbrauch sowie Umweltverträglichkeit durch niedrigen CO₂-Ausstoß. □

Inbetriebnahme des Bahnhofs Bad Reichenhall:

Mehr Komfort und Sicherheit

Nach einem halben Jahr Umbauzeit hat der Bahnhof Bad Reichenhall seinen Betrieb wieder aufgenommen. Für eine feierliche Umrahmung sorgte unter anderem die Anwesenheit von Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer MdB, Dr. Herbert Lackner, Oberbürgermeister der Stadt Bad Reichenhall und Klaus-Dieter Josel, Konzernbevollmächtigter für das Land Bayern der Deutschen Bahn AG.

Seit Ende April wurden zwei moderne Außenbahnsteige neu gebaut. Die Zuwegung zu den Bahnsteigen wurde barrierefrei erschlossen. Nicht nur mobilitätseingeschränkte Reisende profitieren davon, sondern auch Fahrgäste mit Kinderwagen oder Fahrrädern erreichen dadurch bequemer und schneller ihren Zug. Um die Orientierung für Blinde und sehbehinderte Menschen zu erleichtern, erhielten die Bahnsteige auf ganzer Länge ein taktiles Blindenleitsystem. Beide Bahnsteige wurden mit neuen Bahnsteigdächern überdacht.

Windschutz

Zusätzlich wurden als Windschutz innerhalb der Bahnsteigdachbereiche pro Bahnsteig drei verglaste Windfänge angebracht. Hierin sind auch Vitrinen und Sitzgelegenheiten für die Reisenden integriert. Neue Dynamische Schriftanzeiger (DSA) informieren die Reisenden über Unregelmäßigkeiten im Bahnverkehr. Moderne Bahnsteigausstattungen und Serviceeinrichtungen wie Beschilderung, Beleuchtung und Anzeigetafeln runden die Baumaßnahmen ab. Wie Bauminister Ramsauer be-

tonte, sei der Umbau in der Rekordzeit von einem halben Jahr fertig geworden. „Mit weiteren Investitionen in die Personenbahnhöfe setzen wir unseren Weg zu einer kundenorientierten Bahn konsequent fort. Mit dem Infrastrukturbeschleunigungsprogramm schließen wir nahtlos an das Konjunkturpaket an, mit dem wir über 2.000 Bahnhöfe saniert haben. Mit weiteren 100 Millionen Euro werden nun weitere 195 Bahnhöfe saniert. Dabei stehen besonders die kleinen und mittleren Stationen im Mittelpunkt. Wir sorgen auf den Bahnhöfen für mehr Sicherheit und Komfort und vor allem für Barrierefreiheit.“

Investition

Der Bahnhof Bad Reichenhall stelle eines der ersten Modernisierungsvorhaben des Infrastrukturbeschleunigungsprogramms dar, fuhr Ramsauer fort. Rund 1,2 Millionen Euro aus dem Infrastrukturbeschleunigungsprogramm des Bundes wurden dafür investiert, die DB Station&Service AG hat 800.000 Euro aus eigenen Mitteln beigesteuert. OB Lackner attestierte, dass die Modernisierung des Hauptbahnhofs eine erfreuliche Investi-

Energieeffiziente Straßenbeleuchtung

Moderne Beleuchtungssysteme kommen heutzutage mit einem Bruchteil der Energie aus, die noch vor 20 bis 30 Jahren benötigt wurde. Ein praxisorientierter Leitfaden hilft nun Kommunen bei den Modernisierungsvorhaben.

Die Bereitstellung von Straßenbeleuchtung ist eine zentrale Aufgabe der insgesamt rund 11.300 deutschen Kommunen. Die Anzahl der betriebenen Lichtpunkte ist dabei nicht nur von der Einwohnerzahl, sondern auch von weiteren Aspekten wie der Fläche, der spezifischen Verkehrssituation und der Gesamtstraßenlänge abhängig. Durchschnittlich kommen auf 1.000 Einwohner etwa 111 Lichtpunkte, das sind in der Summe über 9 Millionen Lichtpunkte bundesweit. Ein Großteil der Beleuchtungsanlagen in deutschen Kommunen ist überaltert. Es wird davon ausgegangen, dass bis zu 60 % der Straßenbeleuchtung noch aus den 1960er Jahren stammt.

Über die Jahre sind im Bereich der Straßenbeleuchtung eine Vielzahl unterschiedlicher Technologien entwickelt worden und zum Einsatz gekommen. Die Effizienz der Systeme hat sich kontinuierlich verbessert: Durch den Einsatz energieeffizienter Leuchtmittel wie beispielsweise LED und intelligenter Lichtsteuerungssysteme könnten in Deutschland rund 40 % der Stromkosten für die Beleuchtung von Straßen, Parkplätzen, Fußgängerzonen und öffentlichen Plätzen eingespart werden.

Aufgrund der Komplexität der Aufgabe „Straßenbeleuchtung“ hat ein Großteil der deutschen Kommunen diese aus der Hand gegeben. Auf Basis sogenannter Straßenbeleuchtungsverträge wird der Betrieb an Unternehmen (meist Stadtwerke oder EVU) abgegeben. Diese Verträge mit einer typischen Laufzeit von 20 Jahren verhindern jedoch vielerorts eine Modernisierung, da der Betreiber der Straßenbeleuchtung nicht von den dadurch zu erzielenden Einsparungen profitiert.

Systemoptimierung

Kommunen können an verschiedenen Punkten ansetzen, um ihre Straßenbeleuchtungssysteme zu optimieren. Die wirtschaftlichsten Maßnahmen zur Reduzierung von Stromverbrauch und -kosten kommunaler Straßenbeleuchtung reichen vom Einsatz effizienter Leuchtmittel bis zur bedarfsgerechten Beleuchtungssteuerung.

Da der Bezug von Energie mit Abstand den größten Anteil an den Gesamtkosten ausmacht, besteht beim Stromverbrauch ein großes Potenzial für Kostensenkungen und Entlastungen kommunaler Budgets. Moderne Beleuchtungssysteme haben nicht nur den Vorteil des geringeren Energieverbrauchs. Sie sind darüber hinaus wartungsarm und entlasten das Budget damit in doppelter Hinsicht. So trägt eine moderne energieeffiziente Straßenbeleuchtung mittel- bis langfristig zu einer erheblichen Entlastung des öffentlichen Haushalts bei.

Eine Modernisierung der Straßenbeleuchtung ist daher keine nebensächliche Ausgabe, sondern eine zentrale Investition in die Zukunftsfähigkeit der kommunalen Infrastruktur. Neben dem zentralen Kostenaspekt sprechen außerdem die deutlich verbesserte Ausleuchtung von Straßen, die Reduzierung der kommunalen CO₂-Bilanz sowie eine geringere Lichtverschmutzung für eine rasche Modernisierung.

Um Kommunen bei der Umsetzung ihres Modernisierungsvorhabens zu unterstützen, steht nun mit dem Lotsen für energieeffiziente Straßenbeleuchtung ein praxisorientierter Leitfaden zur Verfügung. Der Lotse ist nicht nur bei der Identifikation von Beleuchtungs-Bestand und -bedarf in der Kommune behilflich, sondern fasst auch die wesentlichen technischen, politischen und finanziellen Rahmenbedingungen eines Straßenbeleuchtungsprojektes zusammen. Er begleitet Kommunen Schritt für Schritt durch alle Stadien eines Modernisierungsprojekts und bietet zu allen Prozessschritten - von der Bestandsaufnahme bis zum erfolgreichen Projektabschluss - wertvolle Hilfestellung.

Der Lotse energieeffiziente Straßenbeleuchtung wurde von der Deutschen Energie-Agentur in Zusammenarbeit mit dem Zentralverband der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. sowie dem Deutschen Städte und Gemeindebund erarbeitet. Gefördert wurde das Projekt durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, die KfW Bankengruppe und den Zentralverband der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie.

Mehr Informationen unter: www.lotse-strassenbeleuchtung.de □

tion gerade auch in die Zukunft der Kur- und Tourismusstadt Bad Reichenhall bedeutet. Statt der ehemals historischen Bahnsteigdächer aus Stahl seien auf beiden Bahnsteigen durchgehende Überdachungen angebracht worden, die auch in ihrer Gestaltung den alten Dächern ähneln. „Damit wurde dem Reisekomfort unserer mit der Bahn anreisenden Gäste Rechnung getragen.“

DB-Repräsentant Klaus-Dieter Josel meinte schließlich: „Programme des Bundes wie das Infrastrukturbeschleunigungsprogramm helfen uns hier, unser Ziel von attraktiven Bahnhöfen schneller umzusetzen. Ich würde mich freuen, wenn auch in Zukunft über den Bund weitere Programm aufgelegt werden.“ **DK**

Meilenstein bei NE-Bahn-Finanzierung

2013 sollen 25 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt für den Ausbau und den Erhalt der Infrastruktur Nichtbundeseigener Eisenbahn (NE-Bahnen) bereitgestellt werden. Das hat der Verkehrsausschuss des Bundestages einstimmig beschlossen. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen begrüßte diesen Beschluss und sieht damit eine seiner zentralen Forderungen der letzten Jahre bestätigt. „Endlich hat sich die Bundespolitik zu einer Förderung der NE-Bahnen bekannt, das ist ein ganz wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Für die mehr als 150 NE-Bahnen mit Eisenbahninfrastruktur in Deutschland ist es sogar ein Meilenstein. Denn erstmals soll die Förderung von Ausbau und Erhalt der Schienenwege Nichtbundeseigener Eisenbahnen nun offiziell in den Bundeshaushalt übernommen werden“, zeigt sich VDV-Hauptgeschäftsführer Oliver Wolff erfreut. Der VDV, in dem rund 200 NE-Bahnen organisiert sind, fordert seit Jahren eine eigene Förderlinie für die nichtbundeseigene Eisenbahninfrastruktur, da diese eine zentrale Rolle bei der Funktion des gesamten deutschen Schienennetzes einnimmt. □



Das Stadtwerk Winterthur (Schweiz) hat jüngst einen Mercedes-Benz Unimog U 400 erworben. Zu seinen Aufgaben zählen unter anderem das Verschieben und Rangieren von bis zu 18 Tonnen schweren Kabelanhängern, die Erdentnahme von schweren Kabeln oder der Winterdienst mit dem Schneepflug. □

Kommunaleinsatz:

Umweltschutz ist Trumpf

Emissionsarmer Mercedes-Benz Unimog U 400 mit Diesel-Partikelfilter

Stuttgart/Winterthur - 365 Tage im Jahr und rund um die Uhr sind die Mitarbeiter des Stadtwerks Winterthur im Einsatz, um die Versorgung der sechstgrößten Stadt des Landes mit Energie und Wasser, die umweltgerechte Verbrennung des Abfalls sowie die zuverlässige Reinigung des Abwassers zu gewährleisten.

Um diesen Leistungsauftrag zu erfüllen, ist das Stadtwerk von Winterthur zwingend auf Mobilität angewiesen. Die damit verbundenen Auswirkungen auf die Umwelt werden im Rahmen eines betrieblichen Umweltmanagements soweit wie möglich reduziert, beispielsweise mit emissionsarmen Fahrzeugen. Dazu zählen neben vier Sprinter 316 NGT (Natural Gas Technology) Kastenwagen, ein Sprinter 313 CDI EEV Dreiseitenkipper, drei Vito 113 CDI BlueEfficiency und ein Unimog U 400 mit Euro-5-Motor und Partikelfilter.

Zukunftsfester Einkauf

Für den Einkauf ist Andreas Hiltbrunner zuständig. „Einkaufen mit Blick in die Zukunft“ ist sein persönlicher Ehrgeiz und bei Ausschreibungen reizt er gerne das technisch Machbare aus. Manchmal, so sagt er, gebe es schlicht keine Alternative, weil nur ein Fahrzeug alle Anforderungen erfüllt. So zum Beispiel beim kompakten Unimog U 400 mit Allradantrieb und einer Zuglast von 18 Tonnen. Nur dieses Fahrzeug konnte das umfangreiche Pflichtenheft erfüllen. Und der neue

U 400 mit Atlas Kran muss tatsächlich einiges leisten. Zu seinen Aufgaben zählen unter anderem das Verschieben und Rangieren der bis zu 18 Tonnen schweren Kabelanhänger, die Erdentnahme von schweren Kabeln oder der Winterdienst des Firmenareals mit dem Schneepflug.

20 Jahre im Einsatz

Der neue U 400 ersetzt einen U 1600, der dem Stadtwerk von Winterthur zwanzig Jahre lang gute Dienste geleistet hat. □



Das Kommunalfahrzeug MIC 34 C von Kärcher. □

Kommunalfahrzeug MIC 34 C von Kärcher:

Wendiger Geräteträger

Mit dem neuen Kommunalfahrzeug MIC 34 C bringt Kärcher einen besonders kompakten und wendigen Geräteträger auf den Markt, der auch bei beengten Platzverhältnissen eingesetzt werden kann.

Die Maschine lässt sich mit einer großen Anzahl unterschiedlicher Anbaugeräte ausstatten und so ganzjährig für vielfältige Aufgaben bei Reinigung, Grünflächenpflege und Winterdienst verwenden. Das vielseitige Gerät wird bevorzugt im Kommunalbereich, bei Gebäudedienstleistungen oder in der Industrie genutzt.

Die 110 cm schmale MIC 34 C ist dank ihrer Knicklenkung sehr wendig – ihr innerer Wendekreis beträgt lediglich 75 cm. Mit ihr kann man selbst durch enge Gassen, auf Gehwegen oder stark frequentierten Flächen fahren. Der Geräteträger verfügt über einen Allradantrieb und einen 24 kW starken Dieselmotor, der die europäische Abgasnorm der Stufe IIIa erfüllt. Er erreicht eine Fahrgeschwindigkeit von bis zu 20 km/h und bewältigt mühelos Steigungen von bis zu 25 %.

Verschleißarmes System

Das Kommunalfahrzeug lässt sich je nach Bedarf mit verschiedenen Anbausätzen ausstatten. So kann es zum Beispiel mit Bessensystem, Saugmund und Schmutzbehälter zu einer vollwertigen Saugkehrmaschine ausgebaut werden. Das verschleißarme System nimmt mittels Unterdruck bis zu 0,5 m³ Kehrut auf – und das sehr leise. Die Maschine arbeitet besonders effizient: Schon rund drei Viertel der Motorleistung genügen, um die volle Saugkraft zu erreichen. Entsprechend sinken der Kraft-

stoffverbrauch und die Emissionen gegenüber Vollastbetrieb. Das schont die Umwelt und reduziert die Betriebskosten.

Diverse Anbaumöglichkeiten

Für die Grünflächenpflege

steht ein Frontmäherwerk zur Verfügung, mit dem je nach Bedarf gemäht oder gemulcht werden kann. Mit einem Wildkrautbesen aus Stahl, der an einem hydraulisch steuerbaren, beweglichen Arm befestigt ist, wird Unkraut am Straßenrand, im Rinnstein oder in Pflasterfugen entfernt. Auch für den Winterdienst gibt es praktische Anbaugeräte: Mit einer 130 cm breiten Frontkehrwalze können Pulverschnee und Unrat von Fußgänger- und Radwegen gekehrt werden. Ein Schneeschild oder ein Räumpflug werden bei größeren Schneemengen und nassem Schnee eingesetzt und erreichen Räumbreiten von bis zu 135 cm. Für die Verteilung von Streugut stehen ein Walzen-

oder ein Tellerstreuer zur Verfügung, die beide am Heck der Maschine angebracht werden. Alle Anbauten lassen sich werkzeuglos und mit wenigen Handgriffen montieren.

Komfortable Kabine

Eine rundum verglaste und komfortable Kabine mit Dachluke und Heizung ist Standard und bietet dem Bediener eine sehr gute Übersicht. Der Fahrersitz lässt sich individuell einstellen; eine Klimaanlage ist wahlweise erhältlich. Sonderwünsche des Kunden können auch nach dem Kauf berücksichtigt werden; alle Zubehöre und Anbausätze lassen sich bei Bedarf nachrüsten. □



Holder Winter-Roadshow: 3 Monate - 3 Länder - 12 Standorte

Fräsen, räumen, schneekehren: Die Firma Holder präsentiert ihre knickgelenkten Geräteträger im Einsatz. Kunden können sich unter realen Bedingungen die Qualitäten der Holder Kommunalfahrzeuge vorführen lassen und selbst die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten austesten. Holder Fahrzeuge sind spezialisiert auf die Landschaftspflege in besonders anspruchsvollem Gelände. Vorführungstermine in Bayern: 29.1.2013 in Aschau, Ortsteil Sachrang; 30.01.2013 in Garmisch, Olympiastadion; 31.01.2013 in Oberstdorf, Langlaufarena Ried. Anmeldung unter www.max-holder.de □

Polarfuxx von Ziegler-Erden:

Salzloses „Streu-Gut“

Salzstreuen war gestern. Heute sind im Winter technologische anspruchsvolle Lösungen gefragt. Der Kampf gegen Schnee und Eis kann nun umweltfreundlich und absolut salzfrei stattfinden. Mit „Polarfuxx“ verfügt das Unternehmen Ziegler-Erden dazu über ein neuartiges, hochwirksames Streumittel im Produkt-Portfolio.

„Die Herstellung des Streuguts erfolgt aus leichtem, mineralischen Blähton also reinem Ton, der zu Korn gebrannt, gebrochen und in der speziellen Körnung zwischen einem und fünf Millimetern abgesiebt wird“, weiß Geschäftsführer Matthias Ziegler von Ziegler-Erden. Beim neuen Produkt sind aller guten Dinge gleich drei: Seine besonders hohe Griffbarkeit, seine Langzeitwirkung und seine Wirtschaftlichkeit. Schon 16 Liter – nur etwa zehn Kilogramm leicht und transportabel – reichen zum Abstreuen

einer Fläche von etwa 200 Quadratmetern.

Keine Abflussverstopfung

Auch Kommunen können aufatmen: Polarfuxx-Streukörner, die durch die Schneeschmelze in die Kanalisation gelangen, richten künftig keinen Schaden mehr an. Sie schwimmen als Leichtgewicht oben auf und verstopfen keine Abflüsse mehr. Auch das, was der Winter am Ende seiner Herrschaft an Streumaterial über lässt, wird bis zum letzten Krümel sinnvoll

genutzt. Das Material wird einfach auf Beete oder Grünflächen aufgebracht und dient dann der Verbesserung der Bodenstruktur.

Schadensvermeidung

Schäden wie sie Streusalz an Häusern, aber auch Straßen und Grünflächen verursacht, lassen sich so von vornherein vermeiden. Und auch bei Hund und Katze sollte das neue Produkt gut ankommen: Empfindliche Pfoten werden geschont, es gibt keine Verätzungen wie beim Einsatz von Streusalz mehr. Kommunen und Hausbesitzer können aufatmen: Engpässe, wie sie bei der Salzlieferung fast jährlich auftreten gehören der Vergangenheit an. □

Sorgt zuverlässig und schnell für freie und sichere Straßen.

Der Mercedes-Benz Unimog U300/U400/U500.

Wenn's auf Höchstleistung ankommt ist der Unimog Ihr Profi im Winterdienst: permanenter Allradantrieb, ABS für exzellente Spurtreue, kompakte Maße und hohe Wendigkeit. Das beträchtliche Streuvolumen ermöglicht große Räumschleifen. Und sein Freisicht-Fahrerhaus gewährleistet hohen Komfort und sichere Sicht. Informieren Sie sich bei Ihrem Unimog Partner oder unter: www.mercedes-benz.de/unimog



Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Landesverband Bayerischer Transport- und Logistikunternehmen:

Glänzende Perspektiven

Wirtschaftsminister Zeil als Festredner bei der Jahreshauptversammlung in München

„Die Transport- und Logistikbranche konnte zuletzt Rekordzahlen vermelden: So gab es beim Straßengüterverkehr 2011 das höchste prozentuale Wachstum seit der Jahrtausendwende“. Darauf machte Wirtschaftsminister Martin Zeil bei seiner Festrede bei der Jahreshauptversammlung 2012 des Landesverbands Bayerischer Transport- und Logistikunternehmen (LBT) in München aufmerksam. Das bayerische Transport- und Logistikgewerbe stehe für 400.000 Beschäftigte und einen Jahresumsatz von rund 38 Milliarden Euro.

Das Transport- und Logistikgewerbe sei schon heute einer der wichtigsten Wirtschaftszweige im Freistaat, erklärte Zeil. Entsprechend sage die aktuelle Güterverkehrsprognose für den Freistaat ein Wachstum der Verkehrsleistung um rund 50 Prozent bis zum Jahr 2025 voraus.

Zugpferde

Ganz entscheidend für den Wirtschaftsstandort Bayern seien aber moderne und leistungsfähige Verkehrswege, fuhr der Minister fort. Neben dem ausgezeichneten Straßen- und Schienennetz seien besonders die internationalen

Flughäfen Zugpferde der positiven Entwicklung. Dazu kämen die bayerischen Häfen, die die Verkehrsträger vernetzen und die exzellente Logistikinfrastruktur im Freistaat komplettieren.

Jahrelange Unterfinanzierung

Zeil kritisierte in diesem Zusammenhang jedoch die jahrelange Unterfinanzierung von Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, weswegen hierzulande der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur schon seit Jahrzehnten der dynamischen Verkehrsentwicklung hinterher hinke. Damit dieser In-

vestitionsrückstand aufgelöst werden kann, plädierte Zeil für eine verstärigte Anhebung des Verkehrsetats.

Da es freilich nicht nur um Aus- und Neubau gehe, sondern auch die Erhaltungsaufwendungen für die bestehende Infrastruktur konstant zu Buche schlugen, sei es wichtig, dass die Einnahmen aus der Lkw-Maut vollständig in den Straßenbau re-investiert werden. Auch die Zusatzeinnahmen aus der jüngsten Ausweitung der Lkw-Maut auf vier- und mehrspurige Bundesstraßen – voraussichtlich 100 Millionen Euro im Jahr – unterlägen diesem Prinzip des „Finanzierungskreislaufs“. „Dieses Finanzierungsmodell wünsche ich mir für den gesamten Verkehrsbe-reich“, hob der Minister hervor.

Engpässe beseitigen

„Bei der Schiene ist es leider so, dass die Gewinne aus dem Schienennetz zu einem beträchtlichen Teil im Bundeshaushalt versickern. Deshalb beharre ich auf meiner Forderung: Die Gewinne aus dem Schienennetz – und ebenso die aus den Bahnhöfen – müssen vollständig in die Schiene und die Stationen re-investiert werden“, berichtete Zeil. So könnten endlich die bestehenden Engpässe beseitigt und zukunftsweisende Projekte wie die Strecke München–Mühldorf–Freilassing, der Ausbau der Bahnknoten München

und Nürnberg sowie der Nordzu-lauf zum Brenner-Basistunnel vor-angebracht werden.

Gerade im alpenquerenden Ver-kehr würden endlich tragfähige Lösungen benötigt. Wirklich ziel-führend sei hier nur eine verstärk-te Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. „Dazu brauchen wir ein attraktives Zugangebot für alle Güter im Alpentransitverkehr. Dafür müssen wir die nötige Infra-struktur schaffen.“

Güterverkehr

Nicht von ungefähr hätten Deutschland und Österreich bereits vor fast 20 Jahren vereinbart, die Bahnstrecke München-Bren-ner-Verona für die steigenden Gü-terverkehre auszubauen, fuhr Zeil fort. Auf österreichischer Seite sei die Ertüchtigung des Brennerzu-laufs so gut wie fertig. Auch die Arbeiten am österreichisch-italie-nischen Herzstück des Projekts, am Basistunnel selbst, schritten voran: 2026 soll der Tunnel in Be-trieb gehen.

Selbst mit einem Schienen-großprojekt wie dem Brenner-Basistunnel bleibt laut Zeil eines klar: „Auch in Zukunft wird die Straße den größten Teil des Ver-kehrs bewältigen müssen! Sie ist und bleibt auch im Freistaat der Verkehrsträger Nummer eins. Deshalb ist der Ausbau unserer Straßeninfrastruktur eine Dauer-aufgabe.“

Als besonders dringende Pro-jekte nannte der Minister in die-sem Zusammenhang den Lücken-schluss A 94 München–Passau, den sechsspurigen Ausbau von A3, A6 und A8 sowie die B15 neu Rosenheim–Landshut–Regens-burg. DK

Ab sofort verfügbar:

Bahnland-Bayern-Kursbuch 2013

Bestellung online unter www.bayern-kursbuch.de

Rechtzeitig vor dem Fahrplanwechsel am 9. Dezember 2012 hat die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) das bayernweite Kursbuch 2013 herausgegeben.

Seit 2009 informiert das im Bahnland-Bayern-Design gestaltete Fahrplanbuch umfassend über Verbindungen und Ticketangebote im bayerischen Nah- und Fernverkehr. Ab sofort können Interessenten das Kursbuch 2013 u. a. an vielen Bahnhofsbuchhandlungen und Fahrkartenverkaufsstellen, über das Bayern-Kursbuch-Bestellcenter sowie online unter www.bayern-kursbuch.de für fünf Euro erwerben. Mitte des Jahres 2013 folgt dann das kostenlose Ergänzungsheft.

Mit dem Kursbuch bietet die BEG Fahrgästen die Möglich-keit, sich umfassend über alle Zugverbindungen des Nah- und Fernverkehrs im Freistaat zu informieren. Auch Anschluss-strecken in Nachbarländer sind berücksichtigt. Neben den Fahrplantabellen für den gesamten Zugverkehr in Bayern be-inhaltet das Kursbuch auch übersichtliche Informationen zu regionalen und bayernweiten Fahrkartenangeboten, wie z. B. das Bayern-Ticket, sowie zu Neuerungen im bayerischen Re-gionalverkehr. □

Schlackennachfrage:

Ungebrochen auch bei den Fischen

Georg Geißler, Geschäftsführer der Max Aicher Umwelt muss sich ein wenig wie Sisyphos fühlen, dem immer wieder der schwere Felsbrocken kurz vor dem Ziel entglitt. Allen Anstrengungen zum Trotz eilt den Schlacken aus der Stahlerzeugung ihr schlechter Ruf voraus. Dabei handelt sich in der Realität um einen qualitäts- und güteüberwachten mineralischen Baustoff, der vielfältig einsetzbar ist und in vielen Belangen deutlich bessere Eigenschaften als natürliche Mineralbaustoffe aufweist.

In Frankreich wird er zur Filte-rung von Phosphaten aus dem Wasser angewendet, in den USA setzt man in direkt als Zusatz bei Düngemitteln ein, um den Boden vor zu hohen Phosphatgehalten zu schützen. Und in Bayern? Hier sorgen die ewig Gestrigen dafür, dass den Produkten der Max Ai-cher Umwelt auch weiterhin ein schlechter Ruf anhaftet. Dier-ser hält sich beharrlich, weiß auch Georg Geißler: „Trotz aller Kommunikationsmaßnahmen scheint es immer noch Stimmen in Bayern zu geben, die nicht verstanden haben, was wir hier eigentlich machen und welche positive Wirkung dies auf unsere Umwelt hat.“

Ständige Optimierung

Heutige Stahlwerke sind nicht mehr mit der Stahlerzeugung von vor über 50 Jahren vergleichbar. Der Rohstoff- und Energieeinsatz konnte deutlich gesenkt werden bei gleichzeitiger Verminderung von Schlacken. Die heutigen Schlacken enthalten deutlich we-niger Metallanteile, da diese als wichtige Rohstoffe sich immer weiter für die Industrie verteuern. Deshalb wird weltweit ständig an einer weiteren Optimierung der Verfahren gearbeitet.

In Meitingen wurde heuer im Mai das modernste Schlacken-beet der Welt in Betrieb genom-men. Ein weiterer Schritt, der zeigt, wie stark sich das Unter-nehmen für den Standort und die Umwelt engagiert. In diesem Jahr werden wieder deutlich über 180.000 Tonnen an Schlacken verarbeitet und an die unter-schiedlichsten Kunden verkauft. Die Einsatzbereiche reichen von Bauanwendungen über dem Ein-satz in Strahlenschutzprodukten bis hin zum Einsatz als Strahlmit-tel in der Metallindustrie. Der La-

gerbestand ist erneut gesunken, auch wenn kürzlich über ein angebliches Anwachsen der „Schlackenberge“ berichtet wur-de.

„Nicht faktenbasierte Mut-maßungen in den Medien scha-den uns erheblich und machen unsere Arbeit in der Umweltkom-munikation zu Nichtel!“ urteilt Geißler darüber. Dabei, so Geißler weiter, hilft der Einsatz von Ersatzbaustoffen unserer Umwelt erheblich, wie es auch u.a. Umweltschutzorganisationen wie Greenpeace bestätigen. „Der Abbau von Kies beispielsweise ist ein Raubbau an Landschaft und Natur. Der Abbau belastet unser Klima mit zusätzlichem CO2-Ausstoß und hinterlässt of-fene Wunden im Grundwassersy-tem, worin Umweltgifte in Form von Stäuben aus der Landwirt-schaft und dem Straßenverkehr Einfluss finden.“ erklärt Geißler mit dem Verweis auf eine von Greenpeace in Auftrag gegebene Studie des Fraunhofer Instituts.

Strenge Kontrolle

Dagegen enthalten Baustoffe aus Schlacken in ihrer Ökobilanz bereits Kohlendioxid, das durch ihren Einsatz gemindert wird. An-ders als in der immer noch hart-näckigen Meinungsmache darge-stellt sind diese Baustoffe ungif-tig, werden strenger kontrolliert als viele Lebensmittel und weisen sogar oftmals bessere bauliche Eigenschaften als Natursteinpro-dukte auf. Auf dem diesjähri-gen Schlackensymposium in Meitingen hätten sich vermutlich alle Schlackengegner gewundert – in einem riesigen Aquarium schwammen die Fische über fel-sige Formationen aus Elominit – dem Premiumersatzbaustoff der Max Aicher GmbH – und fühlten sich prächtig dabei. □

Deutscher Naturschutzpreis 2012:

Förderpreis für Augsburger Kampagne

Die Umweltbildungskampagne rund um die Fließgewässer der Stadt Augsburg ist bei einer Festveranstaltung im Bundesamt für Naturschutz (BfN) in Bonn mit dem Deutschen Naturschutzpreis 2012 ausgezeichnet worden. Das Projekt mit dem Titel „Natürlich.WasSerleben.Augsburg“ erhielt einen von drei Förderpreisen. Erstmals wurden auch mit 2.000 Euro dotierte Bürgerpreise an 20 kleinere Projekte vergeben. Alle Auszeichnungen waren mit insgesamt 250.000 Euro dotiert.

Mit der Auszeichnung für das Augsburger Projekt würdigte die zwölfköpfige Jury unter dem Vor-sitz der Präsidentin des Bundes-amts für Naturschutz, Prof. Dr. Beate Jessel, den besonders brei-tenwirksamen Charakter des Konzeptes, das vom Landschafts-pflegeverband Stadt Augsburg e. V entwickelt wurde. Hinter der Kampagne steht ein breites Bündnis öffentlicher und privater Einrichtungen und Verbände in Augsburg. Für die Umsetzung er-halten die Initiatoren ein Preis-geld von 84.000 Euro.

Hohe Biodiversität

Augsburg besitzt ein dichtes Netz von Fließgewässern mit ins-gesamt 170 Kilometer Länge. Viele der Flüsse, Kanäle und Bä-che weisen besondere Lebensrä-ume mit einer hohen Biodiversität auf. Der Bevölkerung sind diese wichtigen Teile der Stadtnatur und ihre Funktionen aber wenig bekannt. Das soll sich im Rah-men der auf zwei Jahre ange-legten Kampagne „Natürlich.WasSerleben.Augsburg“ ändern.

Vielfältige Aktionen

Ziel ist es, neben ausgewählten Naturschutzmaßnahmen mit viel-fältigen Aktionen die Aufmerk-samkeit der Augsburger Bürger auf ihre Bäche und die zugehöri-gen Naturräume in der Stadt zu lenken. Dazu sollen unter ande-rem an 250 Brücken Schilder mit den Namen der Gewässer ange-bracht werden. An besonders gut zur Naturbeobachtung geeigneten Orten werden Bacherlebnisplätze mit Infotafeln zum jeweiligen Tiervorkommen am Wasser ein-gerichtet. Geocaching-Touren, Hörwanderungen und profession-elle Führungen zur Stadtbach-Natur zielen auf ein breites Publi-kum, von der Kindergarten- bis zur Touristengruppe. Kunst- und Kulturevents, eine eigene Home-page, Facebook-Präsenz und wei-tere medienwirksame Aktionen runden das Angebot ab.

Eine Besonderheit des Projek-tes wurde von der Jury lobend er-wähnt: Es ist an übergeordnete Planungen mit hoher internatio-naler Aufmerksamkeit gekoppelt. Die Stadt Augsburg arbeitet der-zeit darauf hin, mit seinem seit 600 Jahren bestehenden System der städtischen Wasserversor-gung als UNESCO-Welterbe an-erkannt zu werden. Die nun prä-miierte Kampagne für die Stadtge-wässer bringt den Aspekt der Biodiversität im urbanen Raum in den Bewerbungsprozess mit ein. Gepaart mit der breiten Trä-gerschaft und Zielgruppe rechnet die Jury mit einer hohen Auf-merksamkeit und Reichweite für „Natürlich.WasSerleben.Augs-burg“.

Bürgerschaftliches Engagement

Bundesumweltminister Peter Altmair hob beim Festakt die wichtige Bedeutung des bürger-schaftlichen Engagements für den Naturschutz hervor. „An kaum einem Ort ist die Entfrem-dung des Menschen von der Natur spürbarer als in den Städten. Doch nirgendwo sind auch die Chancen größer, viele Menschen neu für die Natur und den Erhalt der biologischen Vielfalt zu be-geistern.“ Alle Preisträger hätten diese Chance erkannt und mit ihrer Vielfalt von Ideen gezeigt, wie sich das mit Leben füllen lasse.

Partizipation und Integration

„In den Städten lebt der Natur-schutz vom Mitmachen, vom Hinschauen, vom Teilhaben, und das über alle Generationen und sozialen Schichten hinweg“, be-tonte BfN-Präsidentin Jessel. Par-tizipation und Integration seien wichtige Merkmale einer moder-nen Bürgergesellschaft. Die Preisträger hätten beispielhafte Vorschläge gemacht, wie sich diese Ideale auch auf das Erle-ben von und den Umgang mit der Natur in der Stadt übertragen ließen. DK

Großes MVV-Advents-Gewinnspiel 2012

Schon vor Weihnachten ein großes Paket gewinnen – das wäre schön. Der MVV und sein Advents-Gewinnspiel machen es möglich. Wer mitmacht, hat eine doppelte Gewinnchance. Also die MVV-Internetadresse www.mvv-muenchen.de/advent aufrufen, mitmachen und gewinnen.

An jedem Adventssonntag beginnt eine neue Runde, die je-weils eine Woche dauert. Dabei muss eine Frage beantwortet werden, die Lösung findet sich im MVV-Internetauftritt. Das Mitmachen lohnt sich, denn in jeder Runde gibt es einen Hauptgewinn. Es gibt ein ADFC-MVV-Faltrad, romantische Wochenenden, Einkaufsgutscheine und Elektrogeräte. Am Schluss haben alle Teilnehmer nochmals die Chance auf einen besonderen Hauptgewinn: eine Woche Skiurlaub für zwei Per-sonen in Serfaus-Fiss-Ladis mit Skipässen, Ski-Ausrüstungen und Unterbringung inklusive Frühstück. □

Verbrennung:

Sinnvollster Entsorgungsweg für Biokunststoffe

European Bioplastics Konferenz in Berlin

„Nach wie vor, gibt es keine sinnvollen Recyclingwege für Bio-kunststoffe aus privaten Haushalten.“ Das ist das Fazit von byse-Referent Dr. Thomas Probst anlässlich der 7. European Bioplastics Konferenz. Probst, der die Podiumsdiskussion „Biokunststoffe und Recycling“ geleitet hatte, machte deutlich, dass es zahlreiche begründete Vorbehalte der Kunststoffrecy-cler gegen Biokunststoffe gebe.

In der Diskussion wurde je-doch betont, dass diese Vorbehal-te sich nicht gegen einen neuen Stoffstrom richteten, sondern da-gegen, dass die stofflichen Eigen-schaften der Biokunststoffe die bestehenden Recyclingverfahren für konventionelle Kunststoffe, aber auch die Verwertung von biogenen Abfällen, erheblich be-einträchtigen.

Problematische Effekte

Die Podiumsrunde diskutierte diese Effekte der Biokunststoffe intensiv. Es wurde deutlich, dass es sehr problematisch ist, wenn Biokunststoffe in den „Gelben Sack“ gelangen und sich mit nor-malen Kunststoffen vermischen. Hauptgrund hierfür ist, dass sich die Biokunststoffe bei den vorge-schalteten Wasch- und Aufberei-tungsprozessen auflösen und so

auch noch die Materialqualität der herkömmlichen Kunststoffe min-dern.

Mögliche Lösung

Experten wissen auch, dass Bio-kunststoffe die Farbe, die Barriere-eigenschaften oder auch die me-chanischen Eigenschaften eines recycelten petrochemischen Kunststoffs verändern können. Kleine Mengen an Biokunststof-fen können außerdem dazu führen, dass die Verarbeitbarkeit von Poly-ethylen eingeschränkt wird und so beispielsweise Probleme bei der Herstellung von Folien entstehen.

Eine Lösung könnte sein, dass die Biokunststoffe mit Zusätzen angereichert werden, die die Bio-kunststoffe stabiler machen und diese negativen Effekte verhin-dern. Doch diese Entwicklung steht erst am Anfang.

mit dem „Gelben Sack“ gesam-melt werden, und darüber hinaus das herkömmliche Kunststoff-recycling sowie die Verwer-tung von Bioabfällen empfind-lich stören. „Die bisher sinnvoll-ste Art Biokunststoffe zu entsor-gen, ist daher nach wie vor die Verbrennung“, zeigt sich Probst überzeugt. □

VKU-Grundsatzpapier:

Kommunalwirtschaft auf den Punkt gebracht

Brandaktuell ist ein Grundsatzpapier, das der Verband kommunaler Unternehmen unter dem Titel „Kommunalwirtschaft auf den Punkt gebracht“ veröffentlicht hat. Mit der neuen Publikation will der VKU aktuelle Fakten und Hintergrundinformationen für den Dialog über den Beitrag der kommunalen Wirtschaft zu einem zukunftsfähigen Deutschland und einem starken Europa anbieten.

Wie im Vorwort von VKU-Präsident Ivo Gönner und Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck erläutert, sind kommunale Unternehmen elementarer Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Sie schafften mit ihren Infrastrukturdienstleistungen die Voraussetzung für gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung und seien zudem ein wichtiger Baustein zur demokratischen Kontrolle des Gemeinwesens. Die Kommunalwirtschaft stehe für Stabilität, regionale Wertschöpfung und eine sichere Daseinsvorsorge.

Effizienz und Umweltverträglichkeit

Daseinsvorsorge im 21. Jahr-

VBS-Jahrestagung in Bad Wörishofen:

Wertstoffgesetz und Nachfolgeregelung

Otto Heinz als Präsident bestätigt

Über 300 Gäste und Mitglieder konnte der einstimmig wiedergewählte Präsident des Verbandes der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e. V. (VBS) Otto Heinz bei der Jahrestagung in Bad Wörishofen willkommen heißen. Das geplante neue Wertstoffgesetz sowie die Nachfolgeproblematik in Familienunternehmen standen dabei im Mittelpunkt der Beratungen.

Ministerialdirigent Dr. Thomas Rummmler erläuterte die Pläne des Bundesumweltministeriums für das geplante Wertstoffgesetz. Mit der Einführung der Wertstofftonne soll den Bürgern ein System der haushaltsnahen Wertstoffeffassung mit bundesweit einheitlichem Zuweisungskatalog angeboten werden. Einzubeziehen sind Leichtverpackungen aus Kunststoffen und Metallen sowie sonstige Haushaltsabfälle, die überwiegend aus Kunststoffen und Metallen bestehen. Nicht geeignet für die Erfassung in der einheitlichen Wertstofftonne sind hingegen Holz, Textilien, Gummi, Batterien und Elektrogeräte.

Für Verpackungen aus Papier/Pappe/Karton und graphisches Altpapier sowie für Behälterglas bleibt es bei den bekannten Erfassungswegen wie Papiertonne oder Depotcontainer. Auch für Elektrogeräte und Batterien werden die bestehenden Rücknahmestrukturen beibehalten. Ergänzend prüft die Bundesregierung für Elektrokleingeräte erweiterte Rückgabemöglichkeiten im Handel sowie die Bereitstellung geeigneter haushaltsnaher Strukturen für die Monoerfassung.

Bürgerfreundliches System im Visier

Mit der Wertstofftonne strebt das Bundesumweltministerium ein bürgerfreundliches und komfortables Wertstofffassungssystem unmittelbar am Haushalt an. Soweit auf Basis anderer Erfassungsstrukturen (z. B. Wertstoffhöfe) nachweislich vergleichbare Sammel- und Verwertungserfolge erreicht werden, können diese auf Wunsch der Kommune beibehalten werden. Maßgeblich ist jeweils die Einhaltung der vorgegebenen ökologischen Anforderungen.

Ausgehend von den Erfahrungen mit der Verpackungsverordnung hat sich der Wettbewerb

hundert bedeute unternehmerische Entwicklung im Sinne von Effizienz, Umweltverträglichkeit und sozialer Verantwortung – zum Wohle der Bürger. Deshalb sei ein verstärktes Engagement kommunaler Ver- und Entsorger im Bereich der Nachhaltigkeit, insbesondere im Bereich erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Chance und Verpflichtung zugleich. Es gehe um Chancen zur Entwicklung des Standortes, zur Sicherung von Arbeitsplätzen und lokaler Wertschöpfung sowie letztlich um den Erhalt einer lebenswerten Umwelt.

Konkret fordert der VKU:

- ein Gemeindevirtschaftsrecht, das passt: Die Beschränkungen in einigen Bundesländern bei der überörtlichen wirt-

schaftlichen Betätigung müssen beseitigt werden. Vor allem kommunale Energieunternehmen brauchen die gleiche unternehmerische Freiheit wie ihre Wettbewerber. Um die Handlungsfähigkeit kommunaler Unternehmen gewährleisten zu können, müssen die Gemeindeordnungen der Länder hin zu einem kommunalfreundlichen Gemeindevirtschaftsrecht harmonisiert werden.

- einen Regulierungsrahmen, der die Energiewende unterstützt: Für die Energiewende müssen bis 2030 viele Milliarden Euro in intelligente, moderne Verteilnetze investiert werden, denn eine leistungsfähige Netzinfrastruktur ist unverzichtbar. Schon jetzt werden auf dieser Netzebene 97 Prozent der erneuerbaren Energien eingespeist und über die Hälfte der gesamten Erzeugungskapazitäten in Deutschland ist an Verteilnetze angeschlossen – mehr als an Übertragungsnetze.

bietet eine Chance, entsprechende Schlupflöcher zu schließen.“

Das zentrale Thema der öffentlichen Hauptveranstaltung lautete „Die nächste Generation in Bayerns Familienunternehmen: Perspektiven, Zielsetzungen und Pläne“. Diskussionsteilnehmer waren Markus Blume MdL, Reinhard Büchl jun. (Geschäftsführer Büchl Entsorgungswirtschaft), Dr. Sebastian Priller (Vizepräsident IHK Schwaben) und VBS-Präsident Otto Heinz.

Konsens herrschte darüber, dass die Nachfolge spätestens ab dem 55. Lebensjahr des Eigentümers geregelt sein sollte. Häufig erscheint es sinnvoll, externe Berater oder Mediatoren bei der Unternehmensübergabe hinzuzuziehen. Wichtig ist ferner, dass die ältere Generation ab einem gewissen Zeitpunkt auch „loslassen“ sollte. Die nachfolgende Generation sollte frühzeitig eigene Entscheidungskompetenzen erhalten und sich auch Fehler leisten dürfen.

Sammelaktion

Umweltminister Dr. Marcel Huber berichtete in seiner Festrede über die landesweite Sammelaktion „Handy clever entsorgen“, bei der im Mai und Juni 2012 70.000 Althandys in ganz Bayern gesammelt wurden. Dies erbrachte eine Rohstoffausbeute von 17 Kilogramm Silber, 617 Kilogramm Kupfer und 260 Kilogramm Kobalt.

Aufgrund des Erfolgs plant das Bayerische Umweltministerium bereits weitere Aktionen: So soll künftig gemeinsam mit den Kommunen einmal im Jahr zu einer Handysammelaktion aufgerufen werden.

Huber wies darauf hin, dass der Freistaat ein rohstoffarmes Land sei. Vor diesem Hintergrund komme der bayerischen Entsorgungs- und Recyclingwirtschaft als inländischem Rohstofflieferanten eine Schlüsselrolle bei der Rohstoffversorgung zu. Zudem lobte der Minister die Investitionen der mittelständisch geprägten bayerischen Entsorgungswirtschaft in entsprechende Sortier- und Aufbereitungsanlagen. **DK**

- ein integriertes Energiedesign für Versorgungssicherheit: Das Energiesystem der Zukunft wird deutlich dezentraler. Darin liegt die Domäne der Stadtwerke: Sowohl beim Ausbau der Erzeugung von erneuerbaren Energien als auch beim Bau neuer, hocheffizienter und flexibler Gaskraftwerke können sie eine entscheidende Rolle spielen – dafür brauchen Stadtwerke ausreichende Planungs- und Investitionssicherheit.

- den Abbau von bürokratischen Hürden für Energieeffizienz: Kommunale Unternehmen engagieren sich für Effizienz: von der KWK bis hin zu umfangreichen Energiedienstleistungen für Verbraucher, Gewerbe und Industrie. Der Energiedienstleistungsmarkt muss gefördert, bürokratische Hemmnisse müssen abgebaut und gleiche Ausgangsbedingungen im Wettbewerb mit privaten Anbietern geschaffen werden.

- die klare kommunale Organisationsfreiheit der Wasserversorgung: Die Aufgabenerfüllung in der Wasserwirtschaft liegt zu Recht allein bei den Kommunen, denn nur sie garantieren die hohe Trinkwasserqualität und hygienische Abwasserentsorgung. Eine Verschärfung des Wettbewerbs- und insbesondere des Vergaberechts würde dies erschweren – zu Lasten der Bürger.

- die dauerhafte Stärkung der kommunalen Abfallwirtschaft: Mit der Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes hat der Gesetzgeber anerkannt, dass die Hausmüllentsorgung bei Kommunen und ihren Unternehmen in verantwortungsbewussten Händen liegt. Für den weiteren Umbau der Abfallentsorgung zu einer ressourceneffizienten



Straßenbaumaßnahmen mit Recyclingmaterial erstellt

Im Zuge der noch ausstehenden Verbindung in Freilassing von der B 20 zur B 304 wurde der noch fehlende Auffahrtsast neu erstellt. Damit entfällt eine aufwändige Ampelanlage, der Verkehrsfluss wird wesentlich erleichtert und die Verkehrssicherheit erhöht.

Für dieses Straßenbauprojekt musste eine Anschüttung zwischen einem Meter und sechs Meter Höhe durchgeführt werden. Diese Anschüttung wurde mit güteüberwachtem Recyclingmaterial „Mineralgemisch RM 0/63“ erstellt.

Das Staatliche Bauamt Traunstein als Bauasträger war positiv überrascht, welche hervorragenden Verdichtungswerte mit diesem Recyclingmaterial erreicht wurden. Damit wurde auch ein Beitrag der öffentlichen Hand zur Kreislaufwirtschaft erbracht. **DK**

Kreislauf- und Wertstoffwirtschaft müssen zukünftig auch die Überlassungspflichten für Gewerbeabfall- und Verpackungsentsorgung bei der Kommune liegen.

Sicherung kommunaler Handlungsspielräume

Kommunale Unternehmen sind flächendeckend in den Regionen Deutschlands aufgestellt. Die über 1.400 Mitglieder des VKU

beschäftigen rund 235.000 Mitarbeiter und erwirtschaften einen Umsatz von jährlich rund 95 Milliarden Euro bei Investitionen von rund acht Milliarden Euro in 2010. Damit stärken sie den lokalen Wirtschaftsstandort und sichern kommunale Handlungsspielräume. Ihre Orientierung am Gemeinwohl und ihre Bürgernähe schlagen sich immer wieder in positiven Umfragewerten kommunaler Unternehmen nieder. **DK**

E-PLUS GRUPPE



Wirtschaftskraft für starke Kommunen



Der Ausbau der Mobilfunknetze für schnelle, mobile Datendienste bringt Ihre Region nach vorne: für mehr Flexibilität und kürzere Reaktionszeiten in Unternehmen, für neue Produkte, Dienstleistungen und Arbeitsplätze.

Oberbayerischer Integrationspreis 2012:

Gelebte Kreativität

Zum fünften Mal vergab die Regierung von Oberbayern den vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Frauen mit insgesamt 5.000 Euro dotierten Integrationspreis als Anerkennung für erfolgreiche und nachhaltige Integrationsarbeit in den Bereichen Bildung, Kultur, Soziales und Sport. „Heuer hatten wir mit 35 Bewerbungen aus dem gesamten Regierungsbezirk so viele wie nie zuvor. 28 Bewerbungen waren Kinder- und Jugendprojekte. Diese Zahlen zeigen deutlich, dass über Integration nicht nur gesprochen, sondern diese auch aktiv gelebt wird“, freute sich Regierungsvizepräsident Ulrich Böger im Rahmen einer Feierstunde in Markt Schwaben.

Staatsministerin a. D. Christa Stewens, in deren Amtszeit als Bayerische Sozialministerin der Startschuss für die „Aktion Integration“ der Bayerischen Staatsregierung und damit auch für den Integrationspreis und die Integrationsforen auf Ebene der Regierungsbezirke fiel, zeigte sich begeistert über die zahlreichen kreativen Bewerbungen.

Der Integrationspreis 2012 in Oberbayern ging an die Initiative „Deutschkurs für Kinder mit türkischem Migrationshintergrund“ (Burgkirchen a.d.Alz), „Offenes Haus - Offenes Herz“ (Markt Schwaben), „Kick it München“ (Landeshauptstadt München) und „Förderung der Integration durch Bildung“ (Waldkraiburg). Zudem verlieh Regierungsvizepräsident Böger den Ehrenpreis an die Münchner Philharmoniker.

Offenes Haus – Offenes Herz

Mit dem ersten Preis wurde das Projekt „Offenes Haus – Offenes Herz“ ausgezeichnet. Es stellt über die Grundschule in Markt Schwaben den Kontakt zu Migrantenfamilien her. Deren Kinder im Grundschulalter verbringen dann mindestens einen Nachmittag pro Woche im Haus einer deutschen Familie. Sie machen Hausaufgaben, lernen und spielen miteinander.

Im Anschluss an die Grundschulzeit erfahren jugendliche Migranten Hilfe und Unterstützung durch Schülerinnen und Schüler des P-Seminars und Profilwahl-fachs „Offenes Haus“ im örtlichen Gymnasium. Hier wird unter anderem die Betreuung von ausländischen Grundschulkindern verbunden mit Hausaufgabenhilfe, Unterstützung beim Lernen, finanzieller Hilfe für Schulmaterial, Ausflüge und viele weiteren Aktivitäten angeboten.

Das Bildungszentrum KuBi-Wa in Waldkraiburg (zweiter Preis) ist eine in Eigeninitiative gegründete Einrichtung, die davon ausgeht, dass eine erfolgreiche Integration unserer ausländi-

schen Mitbürger einzig und allein über die Bildung möglich ist. Hierzu wird vom KuBiWa nicht nur Nachhilfe in Deutsch sondern auch in allen wichtigen Schulfächern wie z. B. Mathematik oder Englisch angeboten. Darüber hinaus werden Freizeitaktivitäten für Schüler und Jugendliche sowie Programme für Eltern organisiert. Das Projekt ist außerordentlich erfolgreich. Die wachsende Anzahl der Schülerinnen und Schüler zeigen, dass der Verein maßgeblich zu einem besseren Miteinander beiträgt.

Kick It München

Aus den Bereichen Sport, Kreativ, Bildung und Familie besteht Kick It München, ausgezeichnet mit dem dritten Preis. Kick it Sport bietet den Jugendlichen die Möglichkeit, Straßenfußball oder Basketball zu spielen. Bei Kick it Kreativ können sich die Mädchen in Tanzen oder Erlebnispädagogik austoben. Um Nachhilfe- und Sprachunterricht kümmern sich die ehrenamtlichen Mitarbeiter in Kick it Bildung. Die Arbeit von Kick it München findet in München-Milbertshofen statt. Dort leben viele Jugendliche, denen mit den Angeboten eine positive Lebenseinstellung vermittelt werden soll.

Der Sonderpreis ging an das Türkisch-Deutsch-Islamische Kulturzentrum in Burgkirchen a. d. Alz. Während die Eltern beim Freitagsgebet sind, besuchen 21 Kinder aus der 3. bis 6. Klasse den Deutschkurs, der ca. eineinhalb Stunden dauert. Die Kinder üben das Lesen, die Rechtschreibung, die Grammatik, sowie den Ausdruck. Der Verein ist in der Gemeinde Burgkirchen als ein wichtiger Partner im Bereich Sprache und Bildung kaum noch wegzudenken.

Lobende Erwähnung fanden 30 weitere Initiativen aus Bad Tölz, Burghausen, Ebersberg, Freilassing, Freising, Ingolstadt, Landsberg am Lech, München, Murnau, Neubiberg, Neuburg a.d.Donau, Neuötting, Rosen-

heim, Unterföhring und Wasserburg.

Ehrenpreis an Münchner Philharmoniker

Der zum dritten Mal verliehene Integrations-Ehrenpreis ging schließlich an die Münchner Philharmoniker, die sich unter dem Titel „Spielfeld Klassik“ mit dem Projekt „Neue Impulse! Workshop Berufsschule“ für den Integrationspreis beworben haben. Darüber hinaus haben die Münchner Philharmoniker ein umfangreiches Angebot für Kinder und Jugendliche entwickelt. Sie bauen Brücken zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft und Erfahrung, zwischen Kultur und demokratischen Grundwerten. Sie zeigen, wie Integration musikalisch funktionieren kann.

„Wir freuen uns sehr über den

Ehrenpreis, zeigt er doch, wie wichtig das aktive Engagement unserer Orchestermmitglieder und Mitarbeiter in der musikalischen Vermittlungsarbeit ist, und dass das auch anerkannt wird. Gleichzeitig ist dieser Preis Herausforderung und Ansporn, unsere Aktivitäten auszubauen und unseren Beitrag zu einer Stadtkultur ohne Ausgrenzung zu leisten“, freute sich Paul Müller, Intendant der Münchner Philharmoniker.

Musik verbindet

Münchens Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers meinte: „Mit ‘Spielfeld Klassik‘ wird deutlich, dass Musik auch über kulturelle, soziale und sprachliche Grenzen hinaus verbindet. Ich freue mich, dass die Münchner Philharmoniker, das Orchester der Stadt, durch ihre vielfältigen Aktivitäten im Bereich der Kulturellen Bildung zum gegenseitigen Verständnis und Miteinander beitragen und gratuliere zur Auszeichnung.“ **DK**

Die eigenen Stärken entdecken

erdgas schwaben und das EUKITEA Theater machen Kinder fit für die Zukunft

„erdgas schwaben feiert Jubiläum, und ihr könnt was erleben!“ Unter diesem Motto startete erdgas schwaben 2011 anlässlich des Jubiläums „100 Jahre Gasversorgung – 100 Jahre Innovation in Schwaben“ eine Tour mit dem Kinder- und Jugendtheater EUKITEA. In 65 schwäbischen Kindergärten und Schulen ließen sich die Kinder verzaubern und mit auf eine Reise durch die Welt der Fantasie nehmen. Aufgrund der überwältigenden Resonanz wird die Tour 2012 und 2013 mit jeweils weiteren 50 Terminen fortgesetzt. In der Montessorischule Kaufering war das Theater Ende November zu Gast.

Stark sein für die Zukunft, zu lernen was einem gut tut und was schadet – das Theaterstück „Lebensquelle“, das EUKITEA gemeinsam mit dem Gesundheitssamt des Landkreises Augsburg entwickelt hat, nahm die Kauferinger Schüler mit auf eine spannende Reise. Gebannt folgten sie den beiden Schauspielern Lydia Nassgall und Giorgio Buraggi, die auf der Suche nach ihrer ganz persönlichen Lebensquelle viele Abenteuer zu bestehen hatten.

Geburtstagswünsche

Sie kämpften gegen Drachen und die eigenen Ängste, haderten mit Versuchungen und Unsicherheiten, aber fanden schließlich doch das Vertrauen in sich und die eigenen Fähigkeiten. Bei erdgas schwaben bedankten sich die jungen Zuschauer für die Aufführung passend zum Jubiläum mit einem Geburtstagslied: „Happy Birthday, erdgas schwaben!“ In die Geburtstagswünsche stimmte auch Kauferrings Bürgermeister Erich Püttner mit ein, der sich mit den Schulkin-

dem über ein abwechslungsreiches Theaterstück freuen konnte.

„Es war eine tolle Aufführung, die uns noch viel Anlass zum Nachdenken gibt“, freute sich auch Barbara Schmaus. Die Pädagogin der Montessorischule hatte 2011 bei der Ausschreibung von erdgas schwaben mitgemacht, um EUKITEA einmal mehr an ihre Schule zu holen.

Auch wenn das Jahr sich langsam dem Ende nähert, müssen Kinder, deren Einrichtung bisher nicht zum Zuge kam, nicht traurig sein. „Die Tour wird 2013 mit weiteren 50 Terminen fortgesetzt“, verspricht Helmut Kaumeier, Kommunalकुन्दenleiter von erdgas schwaben. „Uns sind Themen wie Sucht- und Gewaltprävention sowie Umweltbildung besonders wichtig. Und wo können wir mehr erreichen als in Kindergärten und Schulen? Kinder sind schließlich unsere Zukunft“, erklärt Kaumeier das gemeinsame Engagement von erdgas schwaben und EUKITEA. Nachhaltig zu wirken steht für ihn bei diesem Angebot an erster Stelle. **□**

Im Landkreis Tirschenreuth:

Revitalisierung einer Porzellanbrache

Von der Regierung der Oberpfalz wurden der Gemeinde Krummennaab, Landkreis Tirschenreuth, im Rahmen der Städtebauförderung für Abbruch und Neuordnung einer Industriebrache Finanzhilfen in Höhe von 1,2 Mio. Euro bei einem Fördersatz von 80 % bewilligt.

Die Gemeinde erhält diese Mittel aus einem Bayerischen Sonderprogramm zur Revitalisierung von Industrie- und Gewerbebrachen. Durch das mit insgesamt 14,5 Mio. Euro ausgestattete Sonderprogramm sollen spürbare Impulse für die wirtschaftsstrukturelle und städtebauliche Entwicklung vor allem in strukturschwachen Kommunen gesetzt werden.

Die Sondermittel sind im Rah-

men der Aufstellung des Nachtragshaushalts 2012 vom Bayerischen Landtag beschlossen worden. Die Maßnahmen tragen zu einer besseren und nachhaltigen städtebaulichen Struktur bei, fördern eine kompakte Ortsentwicklung und verringern den Flächenverbrauch.

In der Gemeinde Krummennaab sollen - entsprechend den Zielen des Neuordnungskonzeptes - die zentral gelegenen Brachflächen freigelegt und anschließend neu gestaltet und umgenutzt werden. Das Projekt zur Revitalisierung der ca. 2,2 ha großen Industriebrache des stillgelegten Teilwerkes einer Porzellanfabrik wird von der Gemeinde in Kooperation mit dem Vorbesitzer durchgeführt. **□**

Zum 50. Geburtstag von Landrat Thomas Karmasin:

„Glücksfall für unseren Landkreis“

Fürstenfeldbrucks Landrat Thomas Karmasin feierte am 28. November seinen 50. Geburtstag. Seit 1996 ist er Landrat des Landkreises Fürstenfeldbruck. Damals wurde er als jüngster Landrat Bayerns ins Amt gewählt. Bei einem Empfang mit rund 200 geladenen Gästen im Sitzungssaal des Landratsamtes wurde der CSU-Politiker gebührend gewürdigt.

Geboren in München, war Karmasin nach Abschluss seines Jurastudiums u. a. wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Deutschen Bundestag. Nach einer fünfjährigen Tätigkeit als Rechtsanwalt in München wurde er zum Landrat des Landkreises Fürstenfeldbruck gewählt.

Vertreter auf Bundesebene

Seit 2008 fungiert er im Bayerischen Landkreistag als Vorsitzender des Bezirksverbands Oberbayern und seit 2011 im Deutschen Landkreistag als Vorsitzender im Verfassungs- und Europaausschuss. Diese Funktion ist gerade im Hinblick auf die europäische Durchdringung vieler für die Kommunen relevanter Normen von erheblicher Bedeutung.

In seiner bisherigen Amtszeit

Deiner hohen fachlichen Kompetenz, Deiner freundlichen Aufgeschlossenheit und Deines umsichtigen Handelns großes Ansehen und viel Zustimmung erworben. Trotz der Anstrengungen des Amtes bist Du immer locker geblieben, Du bist ein Freund des offenen Wortes, hast eine Portion Humor und liebst Ironie und gehst Deine Aufgaben in einer Art an, die von Können, Tatkraft und Souveränität zeugt“, heißt es in dem Schreiben weiter.

Gutes Image

Von seinen Fähigkeiten und dem guten Image, so Bocklet, profitiere auch die CSU. Der Landtagsvizepräsident wünschte Thomas Karmasin weiterhin Fortune im Amt und dazu eine robuste Gesundheit. **DK**



Thomas Karmasin. **□**

konnte Karmasin gemeinsam mit den Kreisgremien und einer großen Zahl an engagierten Menschen einiges erreichen. Dazu gehören die grundlegende Reform der Kreisklinik und die Errichtung der psychiatrischen Tagesklinik, die Optimierung der Alarmierung der Rettungsdienste durch die Inbetriebnahme der integrierten Leitstelle, der Verwaltungsreformprozess der Kreisbehörde zum modernen Servicebetrieb, der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs zum Beispiel mit Anrufsammeltaxi und erweiterten Bussystem, der Aus- und Neubau weiterführender Schulen, die Einführung der Wirtschaftsförderung, die Senkung der Müllgebühren, die Verbesserung der Angebote für ältere Mitmenschen sowie Hilfen und Präventionsangebote für Kinder und Familien.

Begonnene Prozesse

Klimaschutzkonzept, AGENDA21 oder der begonnene Leitbild-Prozess, z. B. mit den Bereichen Bildung, Kultur, Familie, Soziales, Wirtschaft, Energie, Siedlungsentwicklung und Verkehr unter der Berücksichtigung der Rolle der öffentlichen Haushalte, sind Prozesse, die laut Karmasin begonnen wurden und fortgeführt werden müssen.

Landtagsvizepräsident Reinhold Bocklet nannte den Jubilar in einem Glückwunschschreiben als „Glücksfall für unseren Landkreis“. Karmasin könne zu seinem Ehrentag bereits auf 16 Jahre erfolgreicher Amtszeit als Landrat des Landkreises Fürstenfeldbruck zurückblicken, betonte Bocklet. „In diesen Jahren hast Du Dir dank

GEMEINSCHAFTSGEMEINDEZEITUNG

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Theresa Flotzinger (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 47 vom 01.01.2012

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Trauer um Hans Angerer

Der ehemalige Regierungspräsident von Oberfranken Hans Angerer ist im Alter von 70 Jahren verstorben. Mit großem Bedauern reagierte sein Nachfolger, Regierungspräsident Wilhelm Wenning: „Wir trauern um eine herausragende Persönlichkeit, die mit ihrer Menschlichkeit tiefe Spuren der Wertschätzung und Sympathie in Oberfranken hinterlassen hat. Der gebürtige Oberbayer Hans Angerer wurde in kürzester Zeit zum begeisterten Oberfranken. Er setzte seine ganze Kraft dafür ein, die vielfältigen Interessen Oberfrankens zu bündeln und ein positives Bild der Region im Bewusstsein der Menschen zu verankern. Wir danken ihm für seinen unermüdeten Einsatz für Oberfranken.“

Von 1998 bis 2006 war Angerer Regierungspräsident von Oberfranken. In den acht Jahren seiner Amtsführung hat er zahlreiche Projekte und Initiativen angestoßen und unterstützt. Beispielfhaft zu nennen sind: Mentor und Mitinitiator des Regionalwettbewerbs „Jugend forscht“ in Oberfranken, Leitung der sog. „Angerer-Kommission“ zur Optimierung und Neuordnung der Bayerischen Abfallüberwachung, Engagement für die europäische Idee und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Verwaltungen in Tschechien, Positionierung Oberfrankens als Gesundheits-, Lebensmittel- und Familienregion.

In seinem dienstlichen Wirken ebenso wie in seinen ehrenamtlichen Funktionen war er geleitet von dem Ziel, die Bedeutung Oberfrankens als Region im Herzen Europas hervorzuheben.

Für seinen großen Einsatz für Oberfranken und den Freistaat Bayern erhielt Hans Angerer das Verdienstkreuz am Bande und den Bayerischen Verdienstorden. **□**



Im Vordergrund: Dorothee von Bary (Bürgerstiftung) und Fürstenfeldbrucks Landrat Thomas Karmasin.

Willkommen im Leben

Start für das Neugeborenenbesuchsprogramm im Landkreis Fürstenfeldbruck

Jüngst unterzeichneten die Vertreterin der Bürgerstiftung, Dorothee von Bary, und Landrat Thomas Karmasin den Vertrag zur Einführung des Neugeborenenbesuchsprogramms, das künftig den Namen „Willkommen im Leben“ tragen soll. „Willkommen im Leben“ ist ein Angebot für alle Familien im Landkreis Fürstenfeldbruck mit Kindern im ersten Lebensjahr. Die Bürgerstiftung für den Landkreis Fürstenfeldbruck ist Träger des Neugeborenenbesuchsprogramms.

Die Geburt eines Kindes verändert das Leben einer Familie in vielfältiger Weise. Viele Fragen treten auf und zuweilen auch die ein oder andere Unsicherheit. Die Familienbesucher des Neugeborenenbesuchsprogramms besuchen die Eltern zu Hause und sprechen mit ihnen über ihre Fragen und Anliegen rund um das Baby und geben auch Informationen zu den Angeboten für Familien im Landkreis. Die Fachkräfte, die von der Bürgerstiftung eingesetzt werden, sind z. B. Stillberaterinnen, Hebammen oder Sozial-

pädagogen und allesamt erfahrene Eltern. Die Besuche sind für die Familien kostenlos.

Ab 2013 werden frischgebackene Eltern ein Glückwunschschreiben des Landrats erhalten, in dem er über das Neugeborenenbesuchsprogramm informiert. Dem Brief liegt eine Antwortkarte an die Bürgerstiftung bei, mit der auf Wunsch ein Besuch angefordert werden kann.

In Olching bietet der Verein SCHUB e. V. bereits seit drei Jahren ein Neugeborenenbesuchsprogramm an, das nun in

den landkreisweiten Projekt übergeleitet wird. Die Koordinierende Kinderschutzstelle (KoKi) des Landratsamts Fürstenfeldbruck begleitet das Neugeborenenbesuchsprogramm bei Bedarf mit fachlicher Unterstützung und Netzwerkarbeit.

Bürgerstiftung

Landrat Karmasin freute sich, dass es gelungen ist, das Projekt gemeinsam mit der Bürgerstiftung auf die Beine zu stellen und führte anlässlich der Unterzeichnung aus „Das Neugeborenenbesuchsprogramm liegt mir sehr am Herzen und ich hoffe, dass viele Menschen es in Anspruch nehmen und es dazu beiträgt, allen kleinen Landkreisbürgerinnen und -bürgern einen guten Start ins Leben zu ermöglichen“.



Spatenstich zur Bayerischen Gartenschau „Natur in Alzenau 2015“

Die „Natur in Alzenau 2015“ nimmt Gestalt an: Der Bayerische Umweltminister Dr. Marcel Huber (Bildmitte) kam nach Alzenau, um den Startschuss für die Bauarbeiten der Gartenschau „Natur in Alzenau 2015“ zu geben. Gemeinsam mit dem Ersten Bürgermeister, Dr. Alexander Legler (4. v. r.), dem Vorsitzenden der Gesellschaft zur Förderung der Bayerischen Landesgartenschauen, Roland Albert (3. v. l.) und Aschaffenburgs Landrat Dr. Ulrich Reuter (l.), wurde der Spatenstich vorgenommen. Ein strahlender Herbsttag lockte viele Bürger in den zukünftigen Generationenpark der Gartenschau, um bei Federweißem und Zwiebelkuchen den offiziellen Beginn der bis voraussichtlich Ende 2014 andauernden Baumaßnahme mitzuerleben. Viele nutzten im Anschluss die Gelegenheit, eine Führung über das künftige Gartenschau Gelände mitzumachen und sich aus erster Hand über die Gartenschau und den Bauablauf zu informieren.

Neue Fachschule für Ökolandbau

Landwirtschaftsminister Helmut Brunner will im oberbayerischen Weilheim eine Fachschule für den ökologischen Landbau einrichten. Sie soll den Landwirten in der oberbayerischen Grünlandregion sowie im Allgäu eine standortnahe fachschulische Weiterbildung und Meisterprüfung ermöglichen, wie der Minister in München mitteilte.

Damit gibt es zusammen mit Landshut-Schönbrunn künftig zwei Fachschulstandorte in Bayern, die komplett auf den ökologischen Landbau spezialisiert sind. Für Brunner ist die neue Fachschule in Weilheim ein wichtiger Baustein seines Aktionsprogramms, mit dem er den Ökolandbau im Freistaat weiter voranbringen will: Ziel ist eine Verdoppelung der Bioprodukte aus Bayern bis zum Jahr 2020. Hierfür braucht es dem Minister zufolge einen ganzheitlichen Ansatz, in dem gerade auch der Bereich Bildung eine maßgebliche Rolle spielt. Im Zuge der derzeit laufenden Evaluierung des ökologischen Landbaus in Bayern will Brunner Anfang 2013 die Eckpunkte seines Landesprogramms vorstellen.

Die neue Fachschule wird am

Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Weilheim eingerichtet. Vorgesehen sind drei Semester, davon zwei Theoriesemes-

ter in den Wintermonaten. Starten soll der Schulbetrieb – sofern die Mindestzahl von 16 Bewerbern erreicht wird – parallel zur konventionellen Landwirtschaftsschule im Wintersemester 2013/2014. Der Lehrplan wird laut Brunner gezielt auf den Schwerpunkt Milchviehhaltung mit Grünlandbewirtschaftung ausgerichtet.

15 Millionen Euro zusätzliche Bundesmittel für die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur

Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil freute sich über zusätzliche Bundesmittel in Höhe von 15,3 Millionen Euro für die Regionalförderung in Oberfranken, der Oberpfalz und Niederbayern. „Das ist ein kraftvoller zusätzlicher Schub für Arbeitsplätze und Investitionen unserer Unternehmen. Damit können wir den Wettbewerbsnachteilen in unseren Grenzregionen zu Tschechien weiter entgegenwirken und das Fördergefälle abmildern“, betonte Zeil. Bereits im Oktober hatte Bayern neun Millionen Euro zusätzlich zu seinem regulären Mittelkontingent erhalten. Eine entsprechende Zusage aus dem Bundeswirtschaftsministerium über weiteres Geld hat der Minister nun erhalten. Das Geld stammt aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW). Sie ist ein Bund-Länder-Förderprogramm, bei dem die Bundesmittel in gleicher Höhe aus dem Landeshaushalt mitfinanziert werden müssen. Das Geld kann nur in den GRW-Fördergebieten in Oberfranken, der Oberpfalz und Niederbayern eingesetzt werden.

Zeil wertete das zusätzliche Geld für Bayern auch als einen Erfolg umsichtiger und vorausschauender Haushaltsführung.



„In Deutschland droht eine Kultur der Genügsamkeit, sagt Volker Kauder – Recht hat der Mann.“ Mein Chef, der Bürgermeister, schwenkte den Zeitungsartikel in der Luft, in dem der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag verkürzt ausgedrückt - beklagt, dass sich Deutschland viel mehr Gedanken darüber macht, wie man Geld verteilen kann, als darüber, wie Wohlstand geschaffen werden soll, damit was zum Verteilen da ist.

In unserem Städtchen kann man das an einer aktuellen Diskussion gut verfolgen. Einer unserer wichtigsten Gewerbesteuerzahler will am Stadtrand ein Vertriebs- und Logistikzentrum bauen, damit er seine Produktionskosten am Standort durch Optimierung der Lieferketten senken und auch den Vertrieb seiner Produkte effizienter steuern kann. Ein Aufstand der Bür-

Kultur der Genügsamkeit

gerschaft ist die Folge. Vordergründig geht es natürlich immer um das beliebte Totschlagargument Lärm. Anwohner von Nebenstraßen, in denen Rasenmäher oder Laubsauger an einem Wochenende mehr Krach machen als die paar durchfahrenden Autos in einem Monat, stellen Schilder in den Vorgärten mit der Aufschrift „Lärm macht krank“. Obwohl die Straßen so schmal sind, dass nicht mal Schleichverkehr-Desperados sie nehmen könnten. Wenn man dann in Bürgerversammlungen oder Einzelgesprächen mit den Initiativen den wahren Kern des Protestes herauskitzeln will, stößt man immer wieder auf eines: Warum soll sich was ändern? Bisher lief es doch gut! Veränderungsangst blockiert die Entwicklung.

Früher hieß es „Export ist Transport“ und jedem war klar, dass wir für unseren Wohlstand Straßen, Flughäfen, Bahnlinien und Wasserwege brauchen. Heute heißt es: Warum will der noch mehr expandieren und noch mehr produzieren? Die Firmen machen doch guten Gewinn, warum muss es immer mehr sein? Keiner wagt es mehr zu sagen, dass auch in der Wirtschaft Stillstand Rückschritt bedeutet. Und was bei uns im Kleinen läuft, geht im Großen weiter. Proteste gegen Bahnstrecken gibt es ja nicht nur

in Stuttgart oder beim S-Bahntunnel in München. Autobahnsüdung um München? Politisch nicht durchzusetzen. Dritte Startbahn am Flughafen? Gott bewahre, lieber schon eine bessere ÖPNV-Anbindung verhindern und ein Nachflugverbot von zehn bis sechs Uhr verhängen, damit noch ein paar Interkontinentalflüge gestrichen werden können. Und zum Donauausbau kam der tolle Spruch, nicht der Fluss müsse sich den Schiffen anpassen, sondern die Schiffe dem Fluss. Gummiboote statt Lastkähne!

Andererseits überbieten sich derzeit alle Parteien mit Vorschlägen, wie man auf Kosten der nachfolgenden Generationen jetzt schnell Geld ausgeben könnte. Etwa mit Verbesserungen bei der Rente. Wir blicken zwar hochmütig auf die Club-Med-Europäer, die angeblich nicht wirtschaften können und legen die Stirn wegen der Entwicklung in Frankreich in Sorgenfalten, wollen aber durch opulente Ausgabenprogramme schnell all die Fehler nachmachen, die diese Länder in die Krise gestürzt haben. Zahlen dürfen die Wohltaten für heutige und in den nächsten zehn Jahren anstehende Rentner dann ich und meine Generationskollegen, denen man die Zeche großzügig überlässt, aber denen man keine Strukturen hinterlässt, die künftig wirtschaftliches Wachstum bringen könnten. Im Gegenteil: Energiesicherheit ist ein Wort, das aus einer Zeit vor der Energiewende stammt, die Internetschwindigkeit ist in Schwellenländern bald höher als bei uns und der Forschungsstandort Deutschland steckt tief im Morast der Überregulierung.

Mein Chef, der Bürgermeister, war etwas erschrocken über meinen heftigen Ausbruch, aber er gibt zu, dass wir Deutsche satt und selbstgenügsam geworden sind – zu selbstgenügsam, um den nachfolgenden Generationen noch den Schwung mitzugeben, den sie brauchen werden, um ihre Zukunft selbst erfolgreich zu gestalten. Zur Bekräftigung sende ich ihm einen Satz von George Berhard Shaw aufs Mobiltelefon: „Wir werden nicht durch Erinnerung an unsere Vergangenheit weise, sondern durch die Verantwortung für unsere Zukunft.“

the
Sabriul

Landkreis Donau-Ries ist eine der „Bildungsregionen in Bayern“:

Auftaktveranstaltung in Harburg mit 700 Bildungsakteuren

Donauwörth. Der Landkreis Donau-Ries beteiligt sich als Pilotregion an der Initiative „Bildungsregionen in Bayern“. Zu der Auftaktveranstaltung in Harburg kamen rund 700 Beteiligte. Daneben sind bis 5. Dezember alle Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, sich unter www.donau-ries.de/bildungsregion an einer Befragung zur Bildungssituation im Landkreis zu beteiligen.

2011 startete das Bayerische Kultusministerium die Initiative „Bildungsregionen in Bayern“. Dazu wurden verschiedene Pilotregionen ausgewählt, darunter auch der Landkreis Donau-Ries, der mit seiner Bildungsinitiative Lernender Landkreis schon ein regionales Bündnis für Bildung aufgebaut hat. Das Programm des Kultusministeriums wird nun zum Anlass genommen, dieses Engagement auszubauen. Um über die Initiative „Bildungsregionen in Bayern“ zu informieren, führte das Regionalmanagement, das Staatliche

Schulamt und die Fachberatung für Kindertagesbetreuung im Landkreis Donau-Ries eine Auftaktveranstaltung durch, zu der 700 Vertreter aus Schulen, Kindertageseinrichtungen, Politik und Wirtschaft kamen.

Bildungslandschaft in den Regionen verbessern

Eingangs stellte Hubert Lepperdinger, Ministerialbeauftragter der Gymnasien in Schwaben als Vertreter des Kultusministeriums, die Initiative „Bildungsregionen in Bayern“ vor. Mit ihr soll die Bildungslandschaft in den Regionen verbessert werden. Dazu wurden fünf Säulen definiert: Übergänge gestalten, Bildungsangebote/Netzwerke, besondere Lebenslagen, Bürgergesellschaft und Demographischer Wandel. „Eine Region, die in allen fünf Säulen gut aufgestellt ist, wird mit dem Qualitätssiegel „Bildungsregion in Bayern“ ausgezeichnet“, so Lepperdinger. Richard Steurer, Koordinator der Bildungsregionen bei der Regierung von Schwaben, stellte anschließend seine Funktion vor. Er sei Ansprechpartner für kommende Arbeitsgruppen und helfe bei der Maßnahmen-

entwicklung in den verschiedenen Säulen.

Landrat Stefan Rößle hob die bisherigen Entwicklungen im Lernenden Landkreis hervor. Mit Hochschulinitiative und Bildungsportal habe man viel erreicht. Er ging auch auf das weitere Vorgehen im Rahmen der Bildungsregion ein: „Sagen Sie uns, welche Bildungsthemen im Landkreis weiter vorangetrieben werden sollen.“ Er rief dazu auf, den Fragebogen auszufüllen und sich in themenspezifischen Arbeitsgruppen zu engagieren. „Auch wenn wir schon viel erreicht haben, beim Thema Bildung kann nie genug getan werden“, so Landrat Rößle.

Hirnforscher-Vortrag

Den Abend beschloss der Ulmer Hirnforscher Prof. Manfred Spitzer, der einen hochinteressanten Vortrag zum Thema Bildung und Lernen hielt. Dabei erklärte er wie Lernen im Gehirn funktioniert und wie sich Fernseher, Spielekonsolen und soziale Medien auf schulische Leistungen auswirken.

Informationen zur Bildungsregion Bayern und zum Fragebogen finden sich unter: www.donau-ries.de/bildungsregion. Alle Bürgerinnen und Bürger können bis 05. Dezember Statements zur Bildungssituation im Landkreis Donau-Ries und ihre Sicht auf Lernen im Bildungssystem abgeben.

Online-Weihnachtsauktion für den guten Zweck

**Fußball-Nationalspieler Thomas Müller versteigert
mit prominenten Unterstützern attraktive Preise**

Seit zwei Jahren engagiert sich der sympathische Fußballer Thomas Müller als Botschafter für die Onlineberatungsstelle YoungWings. Jeden Tag sind die Berater und Pädagogen von YoungWings 24 Stunden für Kinder und Jugendliche, die ein enges Familienmitglied verloren haben, online erreichbar. Damit diese wertvolle Unterstützung weiter ausgebaut werden kann, hat sich auch in diesem Jahr der Star des FC Bayern mit prominenten Unterstützern wie Alexandra Kamp, Stanfour, Funda Vanroy, Stefan Murr und vielen mehr für die Vorweihnachtszeit eine ganz besondere Charity-Aktion einfallen lassen. Neben der deutschen Prominenz hat sich zudem Weltstar Robbie Williams ganz spontan entschieden, das Projekt zu unterstützen.

In Kooperation mit United Charity GmbH – Internetauktionen www.unitedcharity.de werden seit Ende November 24 einzigartige Preise zugunsten von YoungWings versteigert, die es sonst nirgendwo zu kaufen gibt. United Charity ist Deutschlands größtes Charity-Auktionsportal im Internet.

www.unitedcharity.de

Neben Preisen von Thomas Müller wie Matchwom Trikots, Fußballschuhe oder VIP-Karten mit einem Meet&Greet nach dem Spiel gibt es z. B. eine Lesung und Meet & Greet mit Alexandra Kamp, ein Bobby Car mit Unterschrift von Robbie Williams, ein Konzert und Meet & Greet mit Stanfour in Berlin, eine Teilnahme an der legendären Alpenrallye, eine Kinoweltpremiere, einen Hollywood-Stuntman Workshop

und vieles mehr. Und so geht's: Einfach auf www.unitedcharity.de klicken, sich seinen Lieblingspreis aussuchen und kräftig mit steigern.

Licht am Horizont

Thomas Müller ist gespannt, wie viele Menschen sich an seiner Weihnachtsauktion beteiligen und für den guten Zweck steigern werden. „Weihnachten ist das Fest der Nächstenliebe. Die Kinder und Jugendlichen von YoungWings liegen mir sehr am Herzen. Deshalb freut es mich besonders, dass meine Weihnachtsauktion in diesem Jahr von vielen prominenten Persönlichkeiten und renommierten Unternehmen unterstützt wird. So schaffen wir es hoffentlich gemeinsam, einen hohen Spendenbetrag für YoungWings zu erzielen und

können alle einen Teil dazu beitragen, dass es für die vom Schicksal so schwer getroffenen Kinder einen Lichtblick gibt.“

Forum und Chat

Kinder und Jugendliche brauchen nach einem Verlust Hilfe, um ihr Leben wieder neu ordnen zu können sowie den Austausch mit anderen betroffenen Gleichaltrigen. Im Forum und geführten Chat haben die User die Möglichkeit, sich mit anderen Betroffenen auszutauschen. In der Einzelberatung können sie eine geschützte Beratung mit geschulten Beratern in Anspruch nehmen. Zudem erhalten User jugendgerecht aufbereitete Informationen zum Thema Trauer und Trauma sowie einen Überblick über weitere Hilfsangebote der Stiftung.

Hilfe zur Selbsthilfe

Die Online-Beratung versteht sich als ein pädagogisches Angebot, das Hilfe zur Selbsthilfe anbietet und das Ziel verfolgt, die Lebenskompetenz der Rat Suchenden zu stärken. Besonders Wert wird hierbei auf eine langfristige Begleitung gelegt, da die Jugendlichen in ihrem Umfeld meist die Erfahrung machen, dass die Unterstützung nach wenigen Monaten aufhört. User, die zusätzlich zur Online-Beratung Hilfe brauchen, werden darin unterstützt, Anlaufstellen vor Ort zu suchen. Mittels einer von der Münchner Nicolaidis Stiftung aufgebauten Datenbank, in der Einrichtungen in Bayern erfasst sind, können Betroffene auf diese Weise schnell weitervermittelt werden.



Thomas Müller ist gespannt, wie viele Menschen sich an seiner Weihnachtsauktion beteiligen und für den guten Zweck steigern werden.

Staatspreise für Projekte der Ländlichen Entwicklung

München - Für herausragende Projekte und Initiativen der Dorferneuerung, Flurneuordnung und Integrierten Ländlichen Entwicklung hat Landwirtschaftsminister Helmut Brunner bei einem Festakt in der Münchner Residenz drei Staatspreise und acht Sonderpreise verliehen.

Zwei mit je 8.000 Euro dotierte Staatspreise gingen an die Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) „Ilzer Land“ (Lkr. Freyung-Grafenau und Passau) sowie die ILE „Obere Vils – Ehenbach“ (Lkr. Amberg-Weilheim). Einen mit 6.000 Euro dotierten Staatspreis erhielt der Dorfladen mit Mehrgenerationenwerkstatt in Aidhausen (Lkr. Haßberge).

Sonderpreise

Mit Sonderpreisen in Höhe von 4.000 Euro zeichnete Brunner die ILE-Region „Kommunale Allianz A 7-Franken West“ (Lkr. Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim) und die ILE „Oberes Wernitztal“ (Lkr. Schweinfurt und Bad Kissingen) aus. Weitere Sonderpreise mit je 2.000 Euro gingen an die Gemeindeentwicklung Altusried (Lkr. Oberallgäu), die Dorferneuerung und Flurneuordnung Kollersried (Lkr. Regensburg), den Dorfladen

Mittergars (Lkr. Mühldorf a. Inn), das Beweidungskonzept im Flurneuordnungsverfahren Nurn (Lkr. Kronach), die ILE „Bayerisches Vogtland“ (Lkr. Hof) und die Energiestrategie Zellertal (Lkr. Regen).

Individuelle Lösungen

Nach Aussage des Ministers zeigen alle prämierten Projekte beispielhaft, wie sich in den Gemeinden Bürger, Kommunen und Verwaltung intensiv mit ihrer Heimat und deren Zukunft auseinandergesetzt haben. Brunner: „Mit vorbildhaftem Engagement und Ideenreichtum haben Sie individuelle Lösungen aufgezeigt, wie die Herausforderungen des demografischen Wandels oder der Energiewende gemeistert und aktiv gestaltet werden können.“ Die Staatspreise für Dorf- und Landentwicklung werden alle zwei Jahre vergeben.

Ankauf - Verkauf



Containerkindergarten zu verkaufen

bestehend aus 14 Modulen von je 3m x 6m und einer Höhe von 3m. Einige Module sind reparaturbedürftig.

Die Nutzfläche der Anlage beträgt ca. 246 m². Diese Fläche ist aufgeteilt in: 2 Gruppenräume mit je 52 m², 1 Küche mit Abstellräume, zusammen 35,1 m², 1 Garderobe 17,57 m², Toilette 17,57 m², Kinderschlafraum 17,57 m², Kinderschlafraum 14,5 m², Flur insgesamt 38,2 m².

Preis: VB 30.000,- (brutto)

wenn Abbau und Transport vom Käufer getragen werden. Eine Vorortbesichtigung ist in Absprache mit dem Bauamt der Stadt Geretsried möglich.

Kontakt: Stadtverwaltung Geretsried, Karl-Lederer-Platz 1, 82538 Geretsried, Herr Müller Tel. 08171/ 6298-33, Email: christian.mueller@geretsried.de

Bürgermeisterwahlen im Allgäu

In Winterrieden im Unterallgäu ist der bisherige Vizebürgermeister Hans-Peter Mayer mit dem überragenden Wählervotum von 99,6 Prozent der gültigen Stimmen in das höchste Amt der Gemeinde berufen worden. Er tritt damit die Nachfolge des im Sommer verstorbenen Gemeindechefs Gerhard Brosch an. Der 49-jährige parteilose Zimmermeister, der keinen Gegenkandidaten hatte, war von der CSU und der unabhängigen Wählergruppe nominiert worden. Die Wahlbeteiligung lag bei 66,1 Prozent.

Bei der Bürgermeisterwahl in Obergrünz (Ostallgäu) wurde der seit sechs Jahren amtierende 1. Bürgermeister Lars Leveringhaus wiedergewählt. Der CSU-Kandidat erreichte 57,3 Prozent. Für Herbert Heisler, den 2. Bürgermeister von Obergrünz und Kandidaten der Freien Wähler, votierten 28,4 Prozent. Auf Dr. Günter Räder von den Grünen entfielen 14,3 Prozent der Stimmen. **DK**

LIEFERANTEN -



NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.stadtmobel.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111
www.stadtmobel.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kommunale Energieberatung

KlimaKom **Green City Energy**

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/89066890 • www.klima-kommune.de
Peter.Keller@greencity-energy.de

Parkbänke

Zinder

PARKBÄNKE
Zum Moos 1a
87772 Pfaffenhausen
Telefon 08265/7332695
parkbank@max-zinder.de
www.max-zinder.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Partner in Sachen Druck

Gemeindezeitungen · Wahldrucksachen · und vieles mehr

ORTMAIER
DRUCK GmbH

Tel. 0 87 32 / 92 10-663 · Fax 0 87 32 / 92 10-669
service@ortmaier-druck.de · www.ortmaier-druck.de

FLYERPARA.DE
Das Online-Druckportal - Ein Service der Ortmaier Druck GmbH

Schacht-Ausrüstungen

**Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773) 82218
Telefon: (02773) 82256 · www.hailo-professional.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Sportgeräte

www.benz-sport.de

ORIGINAL BENZ SPORT

Tel. 07195 / 69 05 - 0 | Fax 07195 / 69 05 - 77 | info@benz-sport.de

Urkunden, Diplome, Zertifikate

Urkunden Atelier
Wertschätzung & Anerkennung

Urkunden für jeden Anlass
und Urkundenzubehör
www.urkunden-atelier.at

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326 / 502-0

Wartehallen

38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolftrathäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@lr-service.de
Internet: www.lr-service.de

DALW
DRUCK-ANLAGEN-LEISTUNGEN

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

gerasmühlstr. 23
90547 stein
telefon: 0911/69 39 65
telefax: 0911/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshändler für **schlitz**

**Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!**